

KB Unser Weg

Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung

Nr. 24

'Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts'

Verlag Arbeiterkampf

Dieser Artikel soll den rechtsopportunistischen Charakter des KBW an der Frage des Programms und damit verbunden des demokratischen Kampfes und der Bündnispolitik aufzeigen. Dieser Artikel geht also von vornherein nicht auf andere Aspekte des Rechtsopportunisten des KBW (z.B. in der Gewerkschaftsfrage, in der Haltung zur Außenpolitik der VR China u.a.) ein.

Der Artikel geht außerdem nicht näher auf die vom KBW konstruierte unsinnige Trennung zwischen „demokratischen Forderungen“ und „Arbeiterforderungen“ ein. Er geht auch nicht speziell auf die Forderungen wie „Wahl der Lehrer durch das Volk“, „Wahl der Offiziere“ usw. ein. Hierbei handelt es sich um Forderungen, die zwar auf das Programm der SDAPR von 1917 zurückgehen, aber die in der Praxis unseres Wissens in keinem sozialistischen Staat verwirklicht wurden.

Auf die „militärischen Forderungen“ des KBW („Volksmiliz“, „Wahl der Offiziere“ u.a.) wird in einem zweiten Artikel eingegangen, der von einem Genossen bei den Hamburger Stahlwerken stammt. In diesem Artikel wird die Forderung nach Bezahlung der Volksmiliz durch die Kapitalisten rundum als illusionär bezeichnet, auch mit Bezug auf die „Doppelherrschaft“ in Rußland 1917. Tatsächlich wurde diese Forderung aber nicht nur im Programm der SDAPR sondern auch schon vorher, nach der Februarrevolution, von den Bolschewiki erhoben; Lenin erwähnt ausdrücklich ein Beispiel für die tatsächliche „Einführung einer von den Kapitalisten bezahlten Arbeitermiliz“ (Lenin, „Über die proletarische Miliz“, Werke Bd. 24, S. 167). Der springende Punkt ist, daß der KBW Forderungen, wie diese nicht in einer revolutionären Situation erhebt, sondern sie faktisch als Reformvorstellungen an den bürgerlichen Staat heranträgt; genauso wie er auch alle anderen Forderungen („Rechenschaftspflicht der Volksvertreter“ etc.) von den revolutionären Voraussetzungen zu ihrer Verwirklichung löst und sie auf die Ebene reformistischer „Aktionslosungen“ drückt, die er mit Unterschriftensammlungen oder allenfalls Demonstrationen durchzusetzen vorgibt.

Manche Genossen fragen, welchen Sinn es überhaupt noch hat, sich mit dem KBW immer wieder umfassend auseinanderzusetzen, wenn dieser selbst mit unbeschreiblicher Arroganz jeder Auseinandersetzung aus dem Weg geht, immer nur dummfrech von „Anpinkerei“ spricht und „bestenfalls“ eine Polemik mit gefälschten Zitaten und unglaublichen Verdrehungen führt

INHALT

Das Programm des KBW – Wegweiser nach rechts –	Seite 1
KBW bereitet den „Sturz“ des Hamburger Senats vor	11
Solidarität mit dem chilenischen Volk oder ladenbornierte Machtpolitik	14
Zu den „militärischen Forderungen“ im Programm des KBW	15
Kapitalisten wollen an die Basis – ein Dokument zur Strategie- und Taktik-Diskussion innerhalb der Bourgeoisie –	17
PIP-PERSIS-PROFIT – Rationalisierungen im Angestelltenbereich –	21
Hanomag-Henschel-Hamburg – „Neue“ Arbeitsordnung als Kampfinstrument der Kapitalisten –	28
Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder	31
11. Gewerkschaftstag der IGM – Dieser Gewerkschaftstag war ein Tiefpunkt –	39
Kritik an der Durchführung der Hamburger Chile-Veranstaltung – Leserbrief und Antwort –	44



— siehe der berüchtigte Artikel von C.B. zur Faschismusfrage, in dem die Positionen des KBW bis zur Unkenntlichkeit verdreht werden; siehe ein Flugblatt des Hamburger KBW zu Chile, in dem unsere Position genau auf den Kopf gestellt wurde. Besonders ekelhaft ist diese Praktik deshalb, weil der KBW ansonsten dauernd von der Notwendigkeit der politisch-ideologischen Auseinandersetzung etc. schwafelt.

Dies ist im Grunde keine Besonderheit des KBW. So sei z.B. daran erinnert, daß die „KPD“ nach dem 1. Mai dieses Jahres (wo es zu einer von uns anfänglich überschätzten „Aktionseinheit“ mit der „KPD“ kam) in der „Roten Fahne“ groß tönnte, nun die Auseinandersetzung mit uns führen und unsere Fehlpositionen aufzeigen zu wollen — aber bis heute damit nicht begonnen hat. Letzten Endes wird aber die Entwicklung der Widersprüche und der Klassenkämpfe dafür sorgen, daß solche Positionen sektiererischer Einigelung und des Verzichts auf politisch-theoretische Auseinandersetzung vor allem innerhalb der kommunistischen Bewegung unhaltbar werden und die Vertreter solcher Positionen untergehen.

‘Das ganz besondere Programm - oder: Wer angibt, hat mehr vom Leben’

„... durch unser Programm haben wir eine klare und umfassende Grundlage für alle Fragen des Kampfes um Demokratie und für die Eroberung der politischen Macht. Dies unterscheidet den kommunistischen Bund Westdeutschland grundsätzlich von den verschiedenen anderen Organisationen, die sich marxistisch-leninistisch nennen.“

(J. Schmierer, Sekretär des KBW, in „Das Programm der Kommunisten muß die Praxis leiten“, „KuK“, 2/74)

Der KBW hat von Anfang an behauptet, daß es sich bei seinem Programm (1973) um etwas ganz Besonderes handle, das ihn von allen anderen Organisationen weit abhebt.

Dieses ganz besondere besteht im Grunde in dem genialen Einfall, einfach das Programm der SDAPR (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands) in der revidierten Form von 1917 weitgehend abzuschriften, anzureichern um einige Zutaten (z.B. zur Frage der ausländischen Arbeiter und des Abzugs der ausländischen Truppen aus der BRD).

Schmierer drückt das etwas vornehmer so aus: „... daß wir unser Programm nicht einfach als Verallgemeinerung unserer bisherigen Praxis entwickelt haben. Stattdessen haben wir uns auf die Programmauseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung und auf die daraus hervorgegangenen Programme gestützt.“ (a.a.O.)

Diese Behauptung ist schon einmal schlicht falsch, da sich das Programm lediglich auf das Erfurter Programm der SPD von 1891 und das Programm der SDAPR in der revidierten Form von 1917 stützt. Die KBW-Führer behaupten sogar ausdrücklich: „Seit dem Erfurter Programm von

1891 ist von der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands kein systematisches Programm mehr ausgearbeitet worden, auf das wir uns stützen könnten.“ („Arbeitsplan zum Programm der westdeutschen Kommunisten“, Dezember 1972, S. 14/15).

Die Programme und Erfahrungen der Arbeiterbewegung, auf die sich die KBW-Führer nach eigenen Angaben „stützen“, reichen also nur bis 1917. So kommt Maier, Chef-Redakteur der KBW-Zeitung „KVZ“, zur Behauptung, die KPD habe vor 1933 „keine positiven demokratischen Forderungen“ vertreten, „in deren Verfolgung sich die Massen zusammenschließen ... können“; sie habe „Phrasen statt der Klarheit über die anstehenden Aufgaben“ verbreitet; das Programm der KPD von 1930 sei „nicht wesentlich über starke Worte und Versprechungen“ hinausgekommen. So ist es auch laut Maier „kein Wunder“, daß die „Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse“ lieber der SPD folgte. (Maier, „Politisches Minimalprogramm oder imperialistischer Ökonomismus“, „KuK“, Februar 74, S. 16).

Es ist also eindeutig, daß sich das Programm des KBW keinesfalls auf „die Programmauseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung“ schlechthin „stützt“, sondern fast ausschließlich auf das Programm der SDAPR von 1917 und unter ausdrücklicher, totaler Ablehnung aller kommunistischen Programme seit 1917.

Schmierer behauptet, das Programm des KBW sei — im Gegensatz zu den Programmen von „KPD/ML“ und „KPD“ — „weder Verallgemeinerung unserer Praxis noch System ausgeklügelter Forderungen“ („KuK“, März 74, S. 99).

Das ist natürlich ebenfalls falsch. Denn soweit das KBW-Programm nicht einfach vom Programm der SDAPR abgeschrieben ist, muß es sich ja auf eigene, mehr oder weniger ausgeklügelte Forderungen stützen. So z.B. über die gesamte Forderung über die „völlige Gleichberechtigung von Ausländern, die in der Bundesrepublik leben“. Dort wird u. a. verlangt, Ausländer sollten eingebürgert werden, „nachdem sie 3 Monate in der Bundesrepublik verbracht haben.“ — Ferner werden „kostenlose und obligatorische Sprachkurse von 4 Stunden in der Woche“ gefordert („während der ersten drei Jahre ihres Aufenthaltes in der BRD“).

Warum gerade 3 Monate, 4 Wochenstunden, drei Jahre? Da sich diese Forderungen nicht auf Forderungen einer realen Bewegung (vor allem der ausländischen Kollegen selbst!) beziehen, sind sie zwangsläufig „ausgeklügelt“. Ebensowenig läßt sich begründen, warum im Programm des KBW ausgerechnet „8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr“ gefordert werden. Zu begründen ist auch nicht, warum der KBW die Forderung „Beschränkung der Arbeitszeit der Jungarbeiter (16 - 20 Jahre) auf vier Stunden“ (im SDAPR-Programm von 1917) ersetzt durch „Für Jugendliche unter 18 Jahren Beschränkung des Arbeitstages auf 6 Stunden.“ Man wird auch kaum klären können, warum der KBW zwar die Forderung nach „Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten“ unverändert aus dem SDAPR-Programm übernimmt, aber die Forderung „enge Verbindung zwischen Unterricht und gesellschaftlich-produktiver Arbeit der Kinder“ aus dem

SDAPR-Programm nicht übernommen hat. In allen diesen Punkten (wie auch in anderen, z. B. im Verzicht auf den Punkt 11 des SDAPR-Programms von 1917, der sich auf die Wohnungsfrage bezieht) geht der KBW offensichtlich von eigenen Überlegungen aus, die bestenfalls Ausdruck der Erfahrungen seiner politischen Praxis sind, wahrscheinlich aber meist nicht einmal das.

Worauf bezieht sich das Programm des SDAPR von 1917?

Das Programm der SDAPR in der revidierten Form von 1917 bezieht sich auf eine Situation, die Lenin folgendermaßen kennzeichnete:

„Das Proletariat Rußlands, das in einem der rückständigsten Länder Europas, inmitten einer kleinbäuerlichen Bevölkerungsmasse wirkt, kann sich nicht die sofortige Durchführung der sozialistischen Umgestaltung zum Ziel setzen“. (Lenin, Bd. 24, S. 304).

Das Programm der SDAPR von 1917 zielt entsprechend auf eine „proletarisch-bäuerliche Republik“ (Programm) und noch nicht auf die Diktatur des Proletariats.

Das Programm der SDAPR von 1917 verbindet diese politische Forderung mit der ökonomischen Forderung nach der „Nationalisierung der Banken, der Syndikate (Trusts) usw.“.

Der KBW überträgt dieses Programm im Prinzip auf einen voll entwickelten imperialistischen Staat, in dem gar nicht die Frage einer „proletarisch-bäuerlichen Republik“ als besondere Etappe vor der Diktatur des Proletariats steht, und er löst die politischen von den ökonomischen Forderungen – d. h. das Programm des KBW enthält im Gegensatz zu dem der SDAPR nicht die Forderung nach Nationalisierung der Banken etc. Es enthält ferner nicht die Forderungen des Programms der SDAPR, die sich auf die „Arbeiterkontrolle“ beziehen („Einführung einer von den Arbeiterorganisationen gewählten Arbeitsinspektion und ihre Ausdehnung auf alle Art Betriebe“, „Bildung von den Arbeiterorganisationen gewählter Wohnungsinspektionen“). Der KBW macht also aus dem Programm der SDAPR von 1917, auch da, wo er scheinbar nur mechanisch abschreibt, etwas ganz Neues, was mit dem klar definierten Charakter des SDAPR-Programms nur noch wenig zu tun hat.

Während sich das Programm der SDAPR nämlich klar auf eine bestimmte „Staatsform“ bezieht, in deren Zusammenhang sich die politischen und ökonomischen Forderungen einordnen, definiert das Programm des KBW seine Forderungen nicht mit Blick auf eine angestrebte Staatsform, sondern in erster Linie als Instrument der Propaganda, „um an die proletarische Revolution heranzukommen“.

Der Verzicht auf die Forderung nach Verstaatlichung der Banken und Konzerne im KBW-Programm

In seinem Artikel in der „KuK“ vom März 74 beschäftigt sich Schmierer u. a. mit der Frage „Warum enthält unser Programm keine Verstaatlichungs- und Enteignungsforderungen für die gegenwärtige Etappe der Revolution in Westdeutschland?“

Schmierer führt dafür nicht weniger als sechs angebliche Gründe an, von denen einer so wenig überzeugen kann wie der andere.

Das „gewichtigste“ dieser Scheinargumente ist wohl folgendes:

„Das Etappenziel in Westdeutschland ist nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat ... In Westdeutschland geht es darum, die politische Macht zu erobern und nicht darum, den Sozialismus einzuführen“.

Der Hinweis auf die „Einführung“ des Sozialismus dürfte bei Lenin herausgelesen worden sein. Tatsächlich schreibt Lenin dazu aber:

„Die Partei des Proletariats darf sich unter keinen Umständen das Ziel setzen, in einem Lande der Kleinbauernschaft den Sozialismus einzuführen“, bevor nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erkannt hat.

Doch nur bürgerliche, sich hinter „beinahe-marxistische“ Schlagworte versteckende Sophisten können aus dieser Wahrheit folgern, daß eine Politik gerechtfertigt sei, die die sofortige Durchführung praktisch völlig ausgereifter revolutionärer Maßnahmen hinausschiebt ...

Solche Maßnahmen wie die Nationalisierung des Grund und Bodens sämtlicher Banken und Syndikate der Kapitalisten oder zumindest die Errichtung der sofortigen Kontrolle über sie durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten usw., Maßnahmen, die durchaus nicht die „Einführung“ des Sozialismus bedeuten, müssen unbedingt verfochten, und nach Maßgabe des Möglichen, auf revolutionärem Wege verwirklicht werden.“ (Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, Werke Bd. 24, S. 58/59; Hervorhebung durch Unterstreichungen bei Lenin, fette Hervorhebung durch Verf.)

Lenin sagt hier also klipp und klar, daß die Frage der Nationalisierung der Banken und Konzerne noch nicht die „Einführung des Sozialismus“ bedeutet. Schmierer liegt also mit seinem Argument voll daneben.

Das geht im Übrigen auch aus der Tatsache hervor, daß z. B. Jusos, DKP und sogar der DGB die Forderung nach der Nationalisierung (Verstaatlichung) von Banken und „Schlüsselindustrien“, „Großkonzernen“ etc. erheben bzw. bis vor einigen Jahren noch erhoben.

Ein anderes Scheinargument Schmierers lautet: es sei „nach unserer Meinung nicht möglich, die ökonomischen und sozialen Maßnahmen des proletarischen Staates auf dem Weg zur Errichtung des Sozialismus und schließlich des Kommunismus als Forderungen zu erheben, bevor dieser proletarische Staat nicht wenigstens in der Form von Organen der politischen Doppelherrschaft existiert ...

Als Lenin 1917 die Forderung nach Enteignung der Banken und Trusts aufstellte, existierte der proletarische Staat bereits in der Form von Organen der politischen Doppelherrschaft. Die Forderung nach Enteignung von Banken und Trusts ist von Lenin eben an diese Organe der Doppelherrschaft gestellt worden.“ (S. 102; Hervorhebung im Orig.)

Hier hat Schmierer einen durchaus richtigen Gedanken, den er aber nicht ehrlich und konsequent bis zu Ende denkt. Tatsächlich bezieht sich die Verwirklichung des gesamten Programms der SDAPR von 1917 auf die „proletarisch-bäuerliche Republik“ bzw. zumindest auf die Existenz von Organen der Doppelherrschaft.

Eine Reihe von Forderungen sind deshalb auch gegenüber dem alten Programm der SDAPR von 1903 (das auf eine bürgerlich-parlamentarische Republik zielte) erst 1917 ganz neu erhoben worden. So etwa die Forderung nach der Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz; die Bezahlung der Volksmiliz durch die Kapitalisten, die jederzeitige Absetzbarkeit aller „Volksvertreter“, das Recht auf Lostrennung von Nationalitäten des Russischen Reiches, die Forderungen bezüglich des Schulsystems („Volksbildungswesen“).

Nach Meinung von Schmierer richtet sich offenbar nur die Forderung nach Verstaatlichung der Banken und Konzerne an die Organe der „Doppelherrschaft“ bzw. an den proletarischen Staat, und dürfte deshalb noch nicht gestellt werden. Was ist mit den anderen Forderungen? Richten sie sich etwa an den bürgerlichen Staat?

Es ist doch im Gegenteil so, daß bürgerliche Staaten durchaus in der Vergangenheit Schritte in Richtung einer „Nationalisierung“ von Banken und Konzernen getan haben, eben weil dies überhaupt noch nicht die „Einführung des Sozialismus“ bedeutet. Es gibt aber kein Beispiel dafür, daß ein bürgerlicher Staat z. B. ein Schulsystem im Interesse des Volkes geschaffen hätte, daß er die Polizei abgeschafft bzw. durch eine „Volksmiliz“ ersetzt hätte usw.

Wenn Schmierer argumentiert, man dürfe keine Forderungen aufstellen, bevor die Machtorgane zu ihrer Durchführung vorhanden sind, so müßte er – wenn er konsequent wäre – den größten Teil des „Minimalprogramms“ des KBW als „verfrüht“ ablehnen, oder aber man müßte meinen, daß im bürgerlichen Staat die Machtorgane zur Durchsetzung dieses „Minimalprogramms“ schon vorhanden seien.

Die Theorie vom „Programm zur Eroberung der politischen Macht“

In dem genannten Artikel schreibt Schmierer, als weiteres Scheinargument, das „Minimalprogramm“ im Programm des KBW (d.h. die konkreten politischen und wirtschaftlichen Forderungen) beziehe sich „im Gegensatz zu seinem allgemeinen Teil auf eine bestimmte Etappe der Revolution, nämlich auf die Etappe bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ (S. 102).

An anderer Stelle des Artikels spricht Schmierer von einem „Programm... dessen Forderungen tatsächlich für die ganze Etappe der proletarischen Revolution bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat Gültigkeit haben.“ (S. 99) – Und schließlich auch von einem „Programm zur Eroberung der politischen Macht als unerläßliche Voraussetzung der sozialen Revolution“ (S. 100).

Damit macht der KBW zum einen eine ganz und gar undialektische und schematische Trennung zwischen den im Programm formulierten Maßnahmen „bis zur Eroberung der politischen Macht“ und den ökonomischen Forderungen (Vergesellschaftung von Produktionsmitteln etc.), die für die Zeit nach der Eroberung der politischen Macht hinausgeschoben werden und im „Minimalprogramm“ des KBW folglich nicht berücksichtigt sind.

Tatsächlich vollzieht sich aber keine wirkliche Revolution nach dem Schema: „Erst Eroberung der politischen Macht, dann wirtschaftliche Maßnahmen wie Vergesellschaftung“ etc., zumal die politische und wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie auch gar nicht in dieser schematischen Weise voneinander zu trennen sind.

In jeder Revolution beginnt das Proletariat und die Bauernschaft sofort an und vor der Eroberung der politischen Macht mit Maßnahmen wie Beschlagnahme von Gutsherren-Böden (oder andere Arten des Grundbesitzes), Kontrolle oder Übernahme einzelner Betriebe usw. Diese Entwicklung hat sich sogar in Chile während der Unidad-Popular-Regierung gezeigt.

Einerseits klammert das „Minimalprogramm“ des KBW also ökonomische Forderungen aus, die das revolutionäre Proletariat noch nie schematisch auf den Zeitpunkt nach der Eroberung der politischen Macht verschoben hat, sondern die vielmehr Bestandteil des Kampfes um die politische Macht sind.

Auf der anderen Seite enthält das „Minimalprogramm“ eine Reihe von Forderungen, die erst nach der Eroberung der politischen Macht zu verwirklichen sind, die also nicht etwa

Forderungen „für die ganze Etappe der proletarischen Revolution bis zur Eroberung der politischen Macht“ (Schmierer) sind, sondern Forderungen für die folgende Etappe.

Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, daß ein Großteil des KBW-„Minimalprogramms“ mehr oder weniger wörtlich vom Programm der russischen Sozialdemokratischen Partei von 1917 abgeschrieben ist, das nun keineswegs ein Programm „bis zur Eroberung der politischen Macht“ ist, sondern wo es vielmehr heißt: „Die Verfassung der demokratischen Republik Rußland muß gewährleisten...“ (Danach folgen die einzelnen Forderungen.) „Demokratische Republik“ bedeutet hier die „proletarisch-bäuerliche Republik“ (Lenin, Werke, Bd. 24, S. 473). Es ist also klar, daß dieses Programm vom Staat des Proletariats (im Bündnis mit den Kleinbauern) verwirklicht werden soll, also die Eroberung der politischen Macht voraussetzt.

Konkret ist z.B. die Forderung bezüglich des „Volksbildungswesens“ eine Forderung für die Etappe nach der Eroberung der politischen Macht, deren Verwirklichung schwieriger, langwieriger und komplizierter sein wird als z.B. bestimmte ökonomische Maßnahmen (Verstaatlichungen), die der KBW jedoch im „Minimalprogramm nicht erwähnt, da sie angeblich „verfrüht“ seien.

Die falsche Theorie vom „Programm zur Eroberung der politischen Macht“ begünstigt den extremsten Rechtsopportunistismus bei der Anwendung des „Minimalprogramms“ des KBW auf die Tagespolitik. Hier zeigt sich klar, daß der KBW seine Programm-Forderung in aller Regel keinesfalls „revolutionär stellt“, sondern reformistisch, d.h. als scheinbar innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft erfüllbar. So kommt es z.B. zu den kuriosen Kampagnen, mit denen der KBW in einzelnen Städten „die Magistrate stürzen“ will und damit bloße Karikaturen auf den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht liefert – wobei seine pseudo-„linke“, abenteuerliche

che Fehleinschätzung der Situation („Die Massen wollen nach links“ etc.) sich sehr harmonisch mit den rechtsopportunistischen Fehlern in der konkreten Anwendung dieser Politik verbindet.

Vom Sturz der Magistrate ...

Die Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt (vor allem im Mai) benutzte der KBW zum Versuch, der Bewegung die Forderung nach dem „Sturz des Magistrats“ aufzupropfen.

Wie üblich strotzten die Flugblätter des KBW dabei von abenteuerlichen Fehl-„einschätzungen“: „Der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen ist stark... Viele Menschen haben sich zum offenen Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen erhoben“; die Demonstrationen zeigten, „daß das Volk erwacht und für seine Interessen und Rechte kämpft“ etc. (andererseits konnte sich selbst die „KVZ“ vom 12.6.74 der Einsicht nicht verschließen: „Die Massen in den Betrieben und in den Stadtteilen konnten weitgehend aus dem Kampf herausgehalten werden – das war die entscheidende Schwäche des Kampfes.“

In den Flugblättern des KBW wurde ferner behauptet: „Überall ist die Empörung über die volksfeindliche Politik des Magistrats groß“, „Heute wissen die meisten Frankfurter, mit wem man es da zu tun hat. Viele handeln schon danach“, „Dieser Magistrat ist reif! Dieser Magistrat muß weg! – das war die Parole, unter der sich gestern die Menschen (!) zusammengeschlossen haben“ etc. (Zitate aus Flugblättern des KBW in Frankfurt Ende Mai 74).

Den politischen Zweck des Rufs nach dem „Sturz des Magistrats“ gab der KBW in einem Flugblatt so an: „Die Arbeiterklasse und das Volk“ müssen „den Kampf um die politische Macht (!) führen unter der Forderung: Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter; Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe, die den Durchschnitts-



lohn eines Facharbeiters nicht übersteigt. Der Sturz des Magistrats ist der nächste Schritt in diese Richtung.“

Der „Sturz des Magistrats“ sollte also „der nächste Schritt“ im „Kampf um die politische Macht“ sein. Und damit nicht genug: laut demselben KBW-Flugblatt ging es dabei „um eine **Machtprobe zwischen Volk und Staat, um die Frage, wer in dieser Stadt das Sagen hat.**“

Der KBW versuchte also den Eindruck zu erwecken, als ob der „Sturz des Magistrats“ (der natürlich angesichts des Kräfteverhältnisses in Frankfurt ohnehin nur eine Fieberphantasie der KBW'ler war) etwas mit der Frage der Staatsmacht zu tun hat, also mit der Frage, welche Klasse die herrschende ist. Selbst wenn aber bürgerliche Politiker einmal zum Rücktritt gezwungen werden (wie Nixon kürzlich in den USA), so berührt das selbstverständlich nicht die Klassenherrschaft der Bourgeoisie, und es bedeutet nicht einmal unbedingt eine Verbesserung für die Arbeiterklasse (z.B. die Ablösung Brandts durch Schmidt).

Wie der KBW dagegen die Dinge sieht, geht aus einer weiteren Äußerung hervor: „**Daß die politische Position des Magistrats erschüttert ist, zeigt sich auch daran, daß sich jetzt die bürgerlichen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung in die Haare geraten.**“ (Flugblatt vom 31.5.74) bzw.: „**Daß der Magistrat nicht unbeschädigt davongekommen ist, zeigt sich schon daran, daß die bürgerlichen Parteien im Stadtparlament beginnen, sich zu zerstreuen.**“ („KVZ“, 12.6.74).

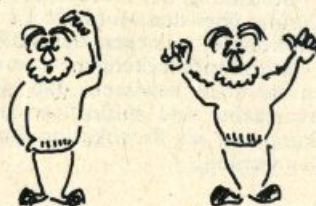
Hier vermischt der KBW also sogar die stinknormalen Streitereien, das alltägliche Spiel mit verteilten Rollen zwischen bürgerlicher Regierungspartei und Opposition mit der Frage des „Sturzes des Magistrats“, die doch angeblich eine „**Machtprobe zwischen Volk und Staat**“ sein soll. Es macht aber einen gewaltigen Unterschied aus, ob eine (Stadt)Regierung „erschüttert“ ist durch eine Massenbewegung (die in Frankfurt eben nicht vorhanden war), oder aber durch Ränke zwischen den bürgerlichen Parteien. Von den Scheingefechten zwischen den bürgerlichen Parteien hat sich das Proletariat ebenso wenig zu erhoffen wie z.B. vom Rücktritt Brandts oder den Angriffen der CDU auf die SPD im Zusammenhang mit der „Wienand-Affäre“.

Der Kampf zum „Sturz“ einer bestimmten bürgerlichen Regierung – im Sinne der Ersetzung durch eine andere bürgerliche Regierung – kann eine „erzieherische“ Funktion für die Arbeiterklasse haben, sofern er Ausdruck einer Massenbewegung ist und unter vorwärtstreibenden Forderungen geführt wird. Selbst dann ist dieser Kampf natürlich nicht mit dem politischen Kampf um die Macht im Staat gleichzusetzen.

In Frankfurt war aber diese Massenbewegung ohnehin nicht vorhanden, und das Geschrei des KBW über eine „**Machtprobe zwischen Volk und Staat**“ erweist sich als rechtsopportunistische Variante des Abenteurer-

tums, als bloßes Maulheldentum. Auf dieser Ebene war es im Grunde logisch, daß der KBW die fehlende Massenbewegung durch Hinweise auf die Streitereien zwischen den bürgerlichen Parteien ersetzte, wodurch die Position des Magistrats „erschüttert“ sei etc.

Und das Frankfurter Beispiel, in der „KVZ“ großartig angepriesen, machte alsbald Schule: Auch andere KBW-Ortsgruppen machten sich Gedanken, wie sie auch in ihrer Stadt eine Kampagne zum „Sturz“ der Stadtverwaltung in Gang bringen könnten.



In Hamburg hatte der KBW bereits im Mai eine Kampagne zum „Sturz“ des Innensensors Klose geführt, nachdem der türkische Arbeiter Neset Danis von türkischen Faschisten erschlagen worden war und die Polizei die Mörder deckte. Der KBW, dem es gelang, für die Forderung nach „Aufklärung“ durch Klose (also noch nicht einmal dessen Rücktritt!) 2.000 Unterschriften zu sammeln, prahlte daraufhin, mit diesen Unterschriften habe „**die Hamburger Bevölkerung**“ (!) dokumentiert, daß sie das Vertrauen in den Staat verloren habe etc. Aus den 2.000 Unterschriften wurde unversehens eine „**Volksbewegung**“ (!), obwohl der KBW (im Verein mit der „KPD/ML“) zu einer Demonstration gegen den Mord kaum 200 (!) deutsche Demonstranten mobilisieren konnte (dazu fast ebenso viele türkische Kollegen).

Das Maulheldentum des KBW zeigte sich also auch hier sehr deutlich in dem Einfall, er könnte mit 2.000 Unterschriften eine Kraftprobe mit dem bürgerlichen Staat inszenieren.

Nach dieser Kampagne entwickelte die Hamburger Ortsleitung des KBW einen regelrechten „**Plan für den Sturz des Hamburger Senats**“. In der Begründung dazu hieß es u.a., daß „**schon größere Teile des Volkes gegen den Hamburger Senat in Bewegung geraten sind**“, daß dies „**eine gute Ausgangslage**“ sei, „**um die Volksmassen zum Sturz des Senats zu führen**“, daß „**gegenwärtig der Hamburger Senat der Hauptangriffspunkt des Volkes ist und sein Sturz zur Aktionslösung der Massen werden kann**“ etc.

Wozu dieser „Sturz“ eigentlich dienen sollte und was an die Stelle des „gestürzten“ Senats hätte treten sollen (etwa eine „Volksregierung“?) blieb offen. Tatsächlich ist die Situation nämlich so, daß gegenwärtig im Hamburger Senat gezielt eine Entwicklung nach rechts betrieben wird, d.h. konkret die Ausschaltung der „linken“ FDP'ler (Auseinander-

setzung um einige Berufsverbote sowie Diffamierung des stellvertretenden FDP-Chefs Weber durch „Verfassungsschutz“ und Innensenator Klose als „Sicherheitsrisiko“). Von einer fortschrittlichen Massenbewegung gegen den Senat kann dagegen überhaupt nicht die Rede sein!

Auch hier also, wie in Frankfurt, das makabre Spiel mit der „Revolution“ (– mißverstanden als Ablösung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere) und das infantile Jonglieren mit angeblichen „Volksmassen“.

In der „KVZ“ vom 4.9.74 wird nunmehr in einem sehr abstrakten und nicht sehr ausführlichen Artikel („Über einige Fehler im Kampf um die Demokratie“) beiläufig eine nicht näher bezeichnete Ortsleitung kritisiert, „**die unter völliger Vernachlässigung der Untersuchung der Entwicklung des Klassen Gegensatzes und der Klassenfronten und in falscher Verallgemeinerung des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt einen detaillierten Plan für den Sturz des Bürgermeisters „ausgearbeitet“ hatte.**“

Man kann annehmen, daß sich dies auf Hamburg bezieht, wenngleich z.B. auch in der Bremer Ortsgruppe eine lange Schrift namens „Anklage gegen die Bremer Volksvertretung“ ähnlichen Kohl vermuten läßt.

Für die „Kritik“ in der „KVZ“ ist jedenfalls bezeichnend, daß keinesfalls eine umfassende Kritik dieses Vorgehens geübt wird, sondern dieses nur sozusagen in einem (nur für „Eingeweihte“ durchschaubaren Satz) kurz angedeutet wird. Außerdem wird das Frankfurter „Vorbild“ ausdrücklich bekräftigt – die anonyme Ortsleitung hat es nur „falsch verallgemeinert“.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der KBW Schindluder mit dem Kampf um die politische Macht betreibt, indem er erstens diesen mit dem Kampf gegen einzelne bürgerliche Politiker (die allenfalls durch andere ersetzt würden) zusammenwirft, und indem er zweitens den Eindruck erweckt, als sei dieser Kampf ein Spaziergang, der mit einigen Tausend Unterschriften zu gewinnen sei. Der KBW verwechselt systematisch einen gewissen Grad von Empörung (dessen Stärke und Verbreitung er zudem maßlos überschätzt) mit der Bereitschaft, den Kampf bis zur äußersten Konsequenz zu führen. Mit Gerede, daß „viele Menschen empört“ seien, will der KBW von der Tatsache ablenken, daß bisher nur sehr wenige Menschen bereit sind, auch nur an einer politischen Demonstration (z.B. gegen den erwähnten Mord an dem türkischen Kollegen) teilzunehmen – von weitergehenden Kampfformen gar nicht zu reden. Mit „Empörung“ und einigen Unterschriften kann man jedoch noch nicht einmal den Rücktritt eines Senators erreichen, geschweige denn den revolutionären Sturz der Bourgeoisie. Der KBW macht den Fehler, über die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie zu schweigen, und diese Frage stattdessen auf die

lächerliche Ebene des „Sturz des Magistrats“ o.ä. durch Unterschriften, „Empörung“ und Fieberphantasien über die „Volksmassen“ zu bringen.

... zur „breitesten Aktionseinheit der Massen“ ...

Ebenso wie der KBW immer mehr das klassenmäßige Herangehen an die Aufgaben der Kommunisten durch Formeln wie „Menschen“ oder „Bevölkerung“ pauschal ersetzt, sucht er die „breiteste Aktionseinheit der Massen“, vorläufig bis einschließlich der CDU.

So hatte der KBW in Hamburg bei der erwähnten Kampagne um die Ermordung des türkischen Arbeiters Neset Danis seine 2.000 Unterschriften so dargestellt (Zitate aus verschiedenen Flugblättern): Hier hätten sich „über 2.000 Menschen zusammengeschlossen“, „Menschen aus den unterschiedlichsten Berufen: Arbeiter, Hausfrauen, Professoren, Ärzte, Handwerker, Studenten, Pastoren usw.“, „Menschen, die die unterschiedlichsten politischen Meinungen und Weltanschauungen vertreten: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, CDU-Mitglieder, Christen, DKP-Mitglieder usw.“ (tatsächlich wies die Unterschriftenliste des KBW einen Herrn W. Schumann aus, laut Angaben Mitglied der Jungen Union der CDU, von Beruf ... Manager! Wahrlich ein umfassendes Spektrum – sogar eine Handvoll richtiger Arbeiter hatte unterschrieben!).

Weiter behauptete der KBW: Das sei „ein Zusammenschluß, der sich sehen lassen kann“, „Das ist ganz was anderes, als wenn sich nur (!) Organisationen und ihre Führungen einigen und dann kommt ein Flugblatt heraus, wo eine Organisation nach der anderen druntersteht“. Es sei „gut und vernünftig“, „wenn jetzt direkt von Hamburger Bürgern durch ihre Unterschrift von Innensenator Klose und anderen Herren Aufklärung verlangt wird.“ Bisher hätten doch „immer nur (!) Organisationen zu dieser Sache Stellung genommen und sind aufgetreten. Da weiß man jedoch häufig nicht, wer dahinter steckt.“ Und schließlich: „So (mit der Unterschriftensammlung – Anm. UW) können wir den nötigen öffentlichen Druck ausüben und dafür sorgen, daß die ‚hohen Herren‘ sich zu Stellungnahmen herablassen. Schließlich sind wir doch nicht macht- und hilflos, wenn solche Dinge passieren wie jetzt hier in Hamburg“.

Zum einen spielt der KBW hier demagogisch die Unterschriftensammlung gegen die Aktionseinheit (kommunistischer!) Organisationen aus, wobei er in üblicher Weise an den primitiven Antikommunismus „anknüpft“ (bei den Kommunisten weiß man nicht, „wer dahinter steckt“); zugleich spielt er das „direkte“, individuelle Auftreten des einzelnen „Bürgers“ gegen das einheitliche Vorgehen von (kommunistischen) Organisationen aus. Daß es gerade

nicht darum geht, sich individuell zu „bekennen“ und eine Unterschrift abzulegen, sondern daß organisiertes Kämpfen, unter Führung einer kommunistischen Partei, nötig ist, wird vom KBW ins Gegenteil verkehrt: das „persönliche“ Bekenntum, die typische „Kampfform“ kleinbürgerlicher Intellektueller (mit ihrem instinktiven Horror vor Organisiertheit und Verbindlichkeit), triumphiert – die Unterschriften des KBW stammen fast ausschließlich von Schülern, Studenten, Lehrern u.a. Akademikern.

Während tatsächlich die Bewegung gegen den Mord an Neset Danis sehr schwach war und keines ihrer Ziele (Bestrafung der Mörder, volle Aufklärung über den Mord etc.) erreichen konnte, versichert der KBW den Unterschriftenleistenden, nun hätten sie doch bewiesen, daß sie „nicht macht- und hilflos“ seien. Das kann nur als Provokation verstanden werden!



Der KBW spielt im Grunde auch die kommunistischen Organisationen gegen die bürgerlichen Parteien aus: Dort stehen „nur“ die Kommunisten (und keiner weiß, wer dahinter steckt ...), hier aber stehen „die Massen“ – Mitglieder der SPD, der CDU, der DKP usw.

Tatsächlich entlarvt sich diese „breiteste Aktionseinheit der Massen“ (die der KBW übrigens der DKP, bzw. deren diversen Vorläufern wie DFU und ADF abguckelt hat) als blanker Schwindel. Das Rezept ist einfach: Man nehme einen Arbeiter, einen Pastoren, einen Lehrer etc., einen SPDler, einen CDUler etc. – und gebe das ganze aus als „breiteste Volksschichten aller politischen Schattierungen“ etc. 2.000 Unterschriften bleiben aber nur 2.000, auch dann, wenn einige CDUler etc., Pastoren und sogar ein leibhaftiger Metall-Arbeiter darunter sind. – „Volksmassen“ sind das eben noch lange nicht.

In Hamburg ist beim KBW auch weiterhin und verstärkt die Tendenz zu beobachten, sich als Organisation unsichtbar zu machen und sich hinter den „Bürgern“ zu verstecken. So führt der KBW jetzt eine Kampagne gegen bevorstehende Tarifierhöhungen von Strom, Gas und Wasser (übrigens gehörte diese Kampagne zum „Plan für den Sturz des Hamburger Senats“), indem er sogenannte „Bürgerversammlungen“ (in Wahrheit natürlich KBW-Veranstaltungen – durchführt. Als eine Art Zugnummer dafür wird die „Haus-

gemeinschaft Lornsenplatz 1!“ (in Hamburg-Altona) benutzt, die laut einem Flugblatt am 15. August „den Kampf gegen die vom Senat beantragten Tarifierhöhungen aufgenommen“ hat. Diese „Hausgemeinschaft“ tritt als Einladender zu den „Bürgerversammlungen“ auf. Sieht man sich daraufhin die Unterschriftenliste genau an, so weist das Haus Lornsenplatz 1 eine für das Arbeiterwohngebiet Altona bemerkenswerte Bewohnerschaft auf: außer 14 (!) Studenten sind es ein Erzieher, ein Sozialarbeiter, ein Referendar, zwei Schüler und ein Angestellter(r). – Da darf man wohl getrost die Nachtigall tratschen hören.

Mit Unredlichkeit wird hier versucht, eine scheinbar schon ungeheuer breite und unter den Bewohnern verankerte „Bewegung“ vorzutäuschen: „Wir“ – die KBW-Hausgemeinschaft! – „sind nicht die einzigen in Hamburg, die beginnen, sich gegen die Tarifierhöhungen zu wehren. Auch in Eimsbüttel, Eppendorf, St. Pauli und Mümmelmannsberg finden Haus- und Straßensammlungen statt“ (aus einem Flugblatt der KBW-„Bürger“). Zögernde „Hamburger Bürger“, die noch nicht so recht mitziehen wollen (auch solche gibt es noch ...), werden „ermuntert“ mit dem kameradschaftlichen Rat: „Es war schon immer etwas teuer, besonders tatenlos zu sein“ (Titel eines KBW-„Bürger“-Plakats).

Dreierlei läßt sich an dieser Art von „Massenpolitik“ feststellen:

1. Die alte Illusion des KBW, er könnte eine „Massenbewegung“ entfachen.
2. Der neu hinzugekommene Versuch, diese „linke“, abenteuerliche (weil von einer völligen Fehleinschätzung der eigenen Kräfte, des Stands der Klassenkämpfe usw. ausgehende) Politik zu verwirklichen, indem man den „kommunistischen“ Anspruch total hinter der biedereren Maske des „Hamburger Bürgers“ (bzw. in Frankfurt z.B. des sogenannten „klaanen Mannes“ usw.) versteckt.
3. Die Beschimpfung der Arbeiter, die natürlich trotz aller raffinierten Maskerade auch den als „Bürger“ frisierten KBWlern nicht in „Massen“ folgen, als „besonders tatenloser“ Haufen.

... und zur Anbiederung an die CDU

Inzwischen hat der KBW auch eine spezielle Theorie zur „Aktionseinheit“ mit der CDU entwickelt, die ihr Vorbild offenbar bei Konzepten wie dem „historischen Kompromiß“ der italienischen Revisio-nisten (PCI) hat.

Der KBW behauptet nämlich, er müsse der CDU „Aktionseinheiten“ anbieten (und praktiziert das auch eifrig), um diese „zu zwingen, Farbe zu bekennen“. Mit demselben irrigem Argument könnte der KBW im Grunde sogar der NPD und anderen Faschisten „Aktionseinheiten“

anbieten. Es wäre damit auch endlich die Frage gelöst, warum 1933 in Deutschland der Faschismus siegte: Die KPD hatte es „versäumt“, der NSDAP „Aktionseinheiten“ anzubieten...

Die Theorie von der „Aktionseinheit“ mit der CDU ist indessen das konsequente Ergebnis einer Politik, die mit ihrem abenteuerlichen Anspruch gescheitert ist, aus eigener Kraft eine „Massenbewegung“ einzuleiten (erstmalig anlässlich der „Energiekrise“ Ende '73), und die dieses Ziel jetzt durch die Anbiederung bei allem und jedem und durch politische Maskenbälle (Verkleidung von KBWlern als „Bürger“) zu erreichen hofft. Diese Entwicklung gibt einen Begriff davon, warum schon in den 20er Jahren so viele anfänglich „Ultra-Links“ der KPD (Ruth Fischer & Co.) später bei der SPD und noch weiter rechts landeten (Ruth Fischer z.B. bei der wildesten antikommunistischen Reaktion als Verfasserin von Schmutzschriften gegen die KPD und Komintern).

Beim KBW ist – z.B. in Hamburg – heute schon zu beobachten, wie er seine (gar nicht zustande kommenden!!!) „Bündnisse“ mit CDU, SPD usw. als sogenannte „breiteste Aktionseinheit der Massen“ in übelster demagogischer Manier gegen die Aktionseinheit mit kommunistischen Organisationen ausspielt, „von denen man häufig nicht weiß, wer dahinter steckt“.

Die neuentdeckte „Bündnispolitik“ Marke KBW sah dann etwa so aus, daß der KBW verschiedentlich der CDU und der „Jungen Union“ „Aktionseinheiten“ zur Chile-Solidarität anbot – ungeachtet der Tatsache, daß es auch die internationalen christ-demokratischen Parteien waren, die direkt am Sturz Allendes mitwirkten, die Gelder des CIA und US-Imperialismus nach Chile weiterleiteten etc. Man mag sich erinnern, daß der KBW vor etwa einem Jahr (nach dem faschistischen Putsch) noch eine „Kampagne“ gegen den (dann nicht stattfindenden) Besuch des Führers der chilenischen Christdemokratie, Frei, zum Hamburger CDU-Parteitag führte – aus heutiger Sicht offenbar ein Fehler?

Der „Aktionseinheit“ mit CDU, SPD, Gewerkschaften etc. zuliebe (eine böß eingebilddete „Aktionseinheit“, die natürlich nicht zustande kam), macht der KBW von vornherein Abstriche in seinen politischen Aussagen, wie es am klarsten in der sogenannten „Göttinger Plattform“ der (vom KBW und der trotzkistischen GIM unterstützten) „Chile-Komitees“ zum Ausdruck kam. Hier wurde auf jede Kritik am US-Imperialismus, an der chilenischen Bourgeoisie, an der chilenischen Christdemokratie völlig verzichtet – mit dem Argument, die Plattform müßte auch für die CDU „annehmbar“ sein. Diese Plattform richtete sich überdies ausdrücklich an alle Parteien und Organisationen, schloß also von vornherein nicht einmal die Faschisten

aus. Überall trat der KBW gegenüber den kommunistischen Organisationen mit dem Anspruch auf, die „Minimalplattform“ müßte Grundlage jeder Aktionseinheit zur Chile-Solidarität sein. Mancherorts wollte der KBW sogar jede darüber hinausgehende Agitation und Propaganda verbieten.

Das Ergebnis ist ablesbar: Die Frankfurter „Nationale Chile-Demonstration“ war trotz plattester „Minimalplattform“ keineswegs zahlenmäßig stärker als frühere ähnliche Unternehmungen des KBW, deren Plattformen etwas mehr Ähnlichkeit mit kommunistischer Politik gehabt hatten.

Daß es nicht zur „Aktionseinheit“ mit der CDU kam, daß uns also die letzte Konsequenz dieser schrägen „Massenpolitik“ erspart blieb, ist wahrlich nicht das Verdienst des KBW, sondern ist im realitv unentwickelten Stand der Klassenkämpfe und im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis begründet.

Unter entwickelteren Bedingungen, wie in Italien, ist festzustellen, daß die Christdemokratie zur Verschleierung ihrer reaktionären Politik sogar dazu drängt, an der „Chile-Solidarität“ und an „antifaschistischen“ Kundgebungen teilzunehmen (z.B. nach den faschistischen Massakern von Brescia und Bologna); daß es vor allem die Revisionisten sind, die den Christdemokraten den Weg dazu ebenen möchten; und daß es die Massen sind, unterstützt von der revolutionären Linken, die von diesem scheinheiligen „Bundesgenossen“ nichts wissen wollen, die die Redner der DC auspfeifen (trotz aller Appelle der Revisionisten!) und diesem ungebetenen „Bundesgenossen“ die Parole entgegensetzen: „Unitisi, ma contra la DC“ (einig ja, aber gegen die Christdemokratie!).

Wie der KBW dagegen heute schon zur „Aktionseinheit“ mit der CDU steht, zeigt sich z.B. an dem Stolz des Hamburger KBW, daß er in der Kampagne nach der Ermordung des türkischen Arbeiters Danis Neset (s.o.) auch einige Unterschriften von „CDU-Mitgliedern“ ergattern konnte. Der KBW stellt gar nicht die Frage, was z.B. den Manager W. Schumann, Mitglied der rechts von der CDU agierenden „Jungen Union“, veranlaßt hat, seine Unterschrift für dieses Unternehmen zu geben. Auf derselben Linie liegt es, daß der KBW die Stimmgewinne der CDU bei den letzten Landtagswahlen seelenruhig als Beweis seiner These registrierte, daß „die Massen nach links wollen“.

Ein anderes Beispiel: nach der Erschießung des Mannheimer Arbeiters Jürgen Remiszko durch die Polizei (im Juli dieses Jahres) machte der KBW ein „Komitee“ auf. Dieses lief dann zu den verschiedenen bürgerlichen Parteien, um sie nach ihrer Meinung zu fragen.

Bei der DKP flogen sie gleich raus. Bei der CDU dagegen wurden sie „freundlich“ empfangen, aber auch nur mit Blahblab abgespeist. Als Ergebnis registrierte der KBW: „Positiv

an allem ist, daß die CDU den Untersuchungsbericht anfordert. Wir werden allerdings sehr genau darauf achten, daß sie sich an ihr Wort hält“ (aus einer Broschüre des „Komitees“).

Der KBW behauptet zwar, er würde mit solchen Mätzchen die CDU „zwingen, Farbe zu bekennen“.

Tatsächlich ist es aber im Gegenteil so, daß der KBW im Zuge dieser eigenartigen „Bündnispolitik“ von vornherein auf die konsequente Entlarvung der Rolle der CDU verzichtet. Das zeigt sich z.B. in der „Göttinger Plattform“ zu Chile, wo den bürgerlichen Parteien zuliebe die Aussagen unterhalb eines auch nur sozialdemokratischen Niveaus gehalten wurden, also jeder Hinweis auf die Drahtzieher und Nutznießer des faschistischen Putsches unterblieb und nur die Junta angegriffen wurde. Dieselbe Tendenz zeigt sich auch allgemein im Versuch des KBW, die CDU und Junge Union als mögliche Partner einer „Chile-Solidarität“ hinzustellen.

Dasselbe zeigt sich am Mannheimer Beispiel, wo es als „positiv“ dargestellt wurde, daß die CDU von der Mannheimer Stadtverwaltung einen Untersuchungsbericht verlangen will; statt daß der KBW aufzeigt, daß die CDU (falls sie das tut) damit keineswegs bezweckt, die Dinge aufzuklären und solche Polizeimorde zu verhindern, sondern nur darum, der regierenden SPD Schwierigkeiten zu machen und damit den Boden für eine noch weiter nach rechts gehende Politik vorzubereiten.



Am Mannheimer Beispiel zeigt sich auch, wie der KBW die Rolle der bürgerlichen Parteien verwischt, statt sie zu entlarven: die bürgerlichen Politiker erscheinen in der Darstellung des „Komitees“ als Individuen, die großen Teils keine Lust haben, dem KBW „Rechenschaft“ zu geben, und die ansonsten ihren privaten Ansichten haben – daß die Polizei nicht immer gleich schießen müsse etc. – Was aber dahinter steht (Rolle des bürgerlichen Staates), fällt bei

dieser oberflächlichen, individualisierenden Darstellung völlig unter den Tisch. Auch die Rolle der CDU und ihrer damagischen Schein-'Opposition' zur SPD wird so verschleiert.

Das Verhalten des KBW gegenüber der CDU ist außerdem auch ein Ausdruck der falschen Gleichsetzung von SPD und CDU/CSU, die der KBW vollzieht. Weder erkennt er die spezielle Rolle der SPD als „bürgerliche Arbeiterpartei“ (mit ihrem Masseneinfluß in der Arbeiterklasse, vor allem über die Gewerkschaftsführer) noch die der CDU/CSU als extrem reaktionäre Partei der Bourgeoisie. Die eine wie die andere sind für ihn undifferenziert „bürgerliche Parteien“, denen man „Aktionseinheiten“ anbieten muß, um sie „zu zwingen, Farbe zu bekennen“.

Das eigenartige Demokratieverständnis des KBW

Die äußere Konsequenz der rechtsdriftigen KBW-Politik zeigt sich in der feindseligen Einstellung zum Kampf gegen Faschismus und Reaktion. Wo linke Organisationen militant gegen Strauß, Löwenthal, NPD etc. auftreten, sucht man den KBW fast stets vergeblich.

Der KBW 'begründet' dies damit, daß es in der BRD keine faschistische Gefahr gebe, daß Aktionen gegen die CDU/CSU nur die SPD unterstützen würden usw. Irgendeine Analyse steht hinter der Leugnung der faschistischen Gefahr durch den KBW natürlich nicht. Die Frankfurter KBW'ler leugneten sogar im Rundumschlag die faschistische Gefahr auch für Italien. Hierbei beriefen sie sich darauf, daß „die faschistischen Regimes in Südeuropa der Reihe nach purzeln“ — im primitivsten Stil eines bürgerlichen Politikers, der mit Hinweis auf die „Demokratisierung“ in Portugal und Griechenland die faschistische Gefahr wegsabbeln will, die vom Imperialismus ausgeht.

Der KBW macht diese Politik nach Kleinbürgerart sehr „links“ auf: der antifaschistische Kampf würde doch bloß von der sozialistischen Revolution ablenken (über diesen kindischen Unsinn ist unseres Wissens sogar die „KPD/ML“ schon hinaus!). Dieser „linken“ Bemäntelung ist zum einen entgegenzuhalten, daß der KBW selbst ja gar nichts dabei findet, etwain der 'Göttinger Plattform' (Chile) jedes Wort von Bourgeoisie, Imperialismus, bewaffnetem Kampf und Sozialismus zu unterlassen, um die CDU nicht zu erschrecken.

Außerdem aber soll die „linke“ Bemäntelung ohnehin nur ein dahinter verborgenes zutiefst kleinbürgerliches „Demokratie“-Verständnis tarnen: daß man nämlich die Reaktionäre und Faschisten reden lassen muß, und daß sich „die Bevölkerung“ (bzw. in der 'Version für Fortgeschrittene': „das Volk“) dann schon echt 'demokratisch' ihr Urteil darüber bilden wird.

Ganz in diesem Sinn kam es z.B. vor, daß KBW'ler in einem Jugend-

zentrum den Rausschmiß eines „Junge Union“-Spitzels verhindern wollten — man müßte erst einen „Untersuchungsausschuß“ bilden etc. Im Grunde eine logische Konsequenz: wenn man die rechtsgetrimmte „Junge Union“ mit „Aktionseinheiten“-Angeboten umwirbt, kann man ihren Spitzel wohl schlecht auf die Zehen treten.

Ein anderes Beispiel ist die Haltung des KBW zur NPD. Er lehnt den Kampf um das Verbot dieser neofaschistischen Partei ab: man müsse sie stattdessen (!) „politisch bekämpfen“. Das Verbot der NPD zu fordern, würde bedeuten — so der KBW — sich zum Vormund der „Bevölkerung“ zu machen; die „Bevölkerung“ müsse selbst sich ihre Meinung über die NPD bilden etc.

So spricht der KBW schon heute, wo die Ablehnung der NPD durch die Arbeiterklasse (und sogar durch „die Bevölkerung“ insgesamt) offensichtlich ist. Erst recht müßte dies wohl gegenüber einer stärkeren faschistischen Partei gelten. Es ist wirklich zu befürchten, daß der KBW 1933 gegenüber der NSDAP eine Politik nicht der scharfen Konfrontation, sondern der „Aktionseinheit“ betrieben haben würde (falls einmal die makabre Phantasie gestattet ist, sich die KBW-Führer einen Moment lang an die Stelle der damaligen KPD zu denken).

christdemokratischen Heuchler, in Italien massenhaften Charakter angenommen, obwohl die revisionistische PCI ihren ganzen Masseneinfluß aufbietet, um diese Forderung zu bekämpfen. Dies genau (was hoffentlich kaum noch einen Leser verblüfft!) mit denselben „Argumenten“ wie der KBW: man müsse die Faschisten „politisch bekämpfen“ usw.

Der KBW mag auch hier auf eine ganz „linke“ Bemäntelung seiner rechtsdriftigen Politik nicht verzichten: Die Forderung nach Verbot der NPD, MSI etc. sei falsch, weil sie an den bürgerlichen Staat gerichtet werde.

Hier handelt der KBW wohl wieder mal nach der Devise „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“. Denn wenn der KBW in Hamburg die Forderung nach der „Bestrafung der Mörder von Danis Neset“, in Mannheim nach „Aufklärung des Mordes an Jürgen Remiszko“ erhob, in Frankfurt gegen die Fahrpreiserhöhungen auftrat usw., so erhob er natürlich in jedem Fall an den bürgerlichen Staat gerichtete Forderungen. Die Alternative wäre, sich z.B. wortlos mit der Begünstigung faschistischer Verbrecher durch den Staat zufrieden geben usw.

Solange der Staat Instrument der Bourgeoisie ist, richten sich demo-

...NA, ÜBER DEN SOZIALIMPERIALISMUS SIND
WIR UNS JA EINIG, ABER WAS HALST DU VON
DER WAHL DER OFFIZIERE DURCH DAS VOLK?...



aus ARBEITERKAMPF 44, Seite 17

Da der KBW, wie wir schon sahen, sich nicht auf die zweifelhafte Beglückung der westdeutschen „Bevölkerung“ beschränkt, sondern nach ganz Europa (mindestens!) ausstrahlt, halten z.B. seine Frankfurter Vertreter herben Tadel für die italienischen Arbeiter bereit, die das Verbot der neofaschistischen MSI fordern (vgl. zu dieser köstlichen Episode auch den Artikel in AK 49, S. 11).

Nach den faschistischen Bombenanschlägen von Brescia und Bologna hat die Forderung nach Verbot der MSI, ebenso wie das Auspfeifen der

kratische Forderungen notwendigerweise an diesen. Opportunistisch wird eine solche Politik erst dann, wenn sie sich nicht auf die Mobilisierung der Massen, sondern auf Bittgänge zu bürgerlichen Politikern (also genau das, was z.T. der KBW schon tut!) stützt; wenn sie nicht im Rahmen der Verteidigung der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Reaktion erfolgt, sondern als „Verteidigung des Grundgesetzes“ usw. (DKP).

Es ist z.B. eindeutig, daß die italienischen Werktätigen das Verbot der MSI nicht als Geschenk vom

Rechts ist nie radikal

Auch in NPD-Veranstaltungen muß die Diskussion geführt werden

Am Mittwoch letzter Woche fand in Darmstadt eine Veranstaltung der NPD statt. Sprechen sollten dort Quintus, Listenführer der NPD für die Landtagswahlen in Hessen, und der Landtagskandidat der NPD in Frankfurt, Bauer.

Nachdem wir die Sache besprochen hatten, sind wir zu der Ansicht gekommen, daß wir hingehen müssen, und mit den Leuten, die in der jetzigen Lage zu NPD-Versammlungen hingehen und sich für die Vorschläge der Faschisten interessieren, diskutieren müssen.

Wir haben ein Flugblatt geschrieben, in dem wir versucht haben aufzuzeigen, daß es falsch ist, wenn die NPD sagt, daß das deutsche Volk – und da meinen die ja die Arbeiter und Kapitalisten zusammen – gemeinsam den Einfluß des Auslands bekämpfen müßte und daß so Politik im Interesse des Volkes gemacht würde.

Vor dem Gebäude standen ziemlich viele Mitglieder der Gruppe Rote Fahne (KPD), die Parolen riefen. Wir haben unser Flugblatt verteilt und sind dann in den Saal hineingegangen, und da haben wir gleich gesehen, daß das richtig war. Während auf die Veranstaltungen der anderen bürgerlichen Parteien meist Leute hingehen, denen man ansieht, daß sie viel Zeit haben, um sich mit der „Politik“ auseinanderzusetzen, waren in dieser Veranstaltung unter den zirka 150 Leuten viele Arbeiter, Bauern, kleinere Angestellte und Jugendliche.

In ihren Reden haben die NPD-Redner sich wohl auf das soziale Elend bezogen, haben die Arbeitslosigkeit angeprangert, über Wohnungspreise geschimpft, auf die Abgeordneten, die sich die Diäten erhöhen, gegen Wirtschaftskriminalität und gegen den Kapitalexpert ins Ausland gewettert. Alles Dinge, wo man ihnen wohl hat recht geben können.

Was haben sie gesagt, wie man solche Zustände abschafft?

Die Redner haben gesagt, daß es Zeit ist, endlich Politik im Interesse des Volkes zu machen – und daß man die Politik, die im Interesse der US-

-Imperialisten (wörtlich!) gemacht wird, bekämpfen muß; daß es nicht Gruppeninteressen zu vertreten gelte, sondern Volksinteressen. Daß die Regierung zu schwach sei und daß starke Leute kommen müssen, die endlich mal Ordnung in den verlotterten, korrupten Bürokratenhaufen (gemeint war der Staatsapparat) bringen würden.

Gleich dazugesagt haben sie, daß es gar nichts nützen würde, CDU zu wählen, weil diese prinzipiell nichts ändern wird, sondern daß ein deutlicher Stimmenaufschwung der NPD dazu führen würde, daß die Vertreter der anderen Parteien im Landtag dann „wie die verschreckten Hühner durch die Gegend scheuchen werden“.

Wir sind dann hingegangen und haben gesagt, daß wir es wohl richtig finden, wenn sie sagen, daß die Lage sich verschlechtert, daß die Preise steigen, die Löhne sinken und die Krise sich entwickelt. Daß wir dies aber nicht zum Anlaß nehmen, uns dagegen mit den Unternehmern zusammenzuschließen, um gemeinsam mit ihnen die „Volksinteressen“ gegen andere Nationen zu vertreten.

Daß man im Gegenteil gut sehen kann an den gemeinsamen Aktionen der deutschen und französischen Bauern, daß es gut ist, wenn die Armen sich mit den Armen zusammenschließen, um gegen die Reichen zu kämpfen.

Und daß alle Kriege bisher gezeigt haben, daß es schlecht für die Armen und gut für die Reichen aller Nationen ist, wenn sich Arme und Reiche, Arbeiter und Kapitalist, gegen Arbeiter und Kapitalisten anderer Nationen zusammenschließen.

Gleich haben die NPD-Redner gesagt, daß das Klassenkampf ist und zur Diktatur führt – dies könne man in der DDR sehen. Wir haben dann erstens unseren Standpunkt zur DDR dargelegt und gesagt, daß dies kein System der Arbeiter und Bauern sein kann, wenn man eine Mauer braucht, um die Leute vom Weglaufen abzuhalten, und weiter gesagt, daß aller-

dings die Unterdrückung der jetzigen Ausbeuter eine Sache ist, die man wird machen müssen, um eine Wirtschaft im Interesse der Arbeiter aufbauen zu können.

Sie haben dann vom „marxistischen DGB-Apparat“ geredet, und daß man da sehen könnte, wenn die Neue Heimat ihre Mieten erhöht, was die Roten mit den Arbeitern vorhaben. Auch darauf haben wir geantwortet, und nach der Veranstaltung ist uns einiges klargeworden:

1. Es ist richtig, auf Faschistenveranstaltungen hinzugehen, weil dort Menschen hingehen, die mit dem System unzufrieden sind und nach einem Ausweg suchen.
2. Es ist notwendig, sich auf diesen Veranstaltungen inhaltlich auseinanderzusetzen, weil die Faschisten dadurch versuchen, Einfluß zu gewinnen, daß sie an den Verhältnissen ansetzen und die Mißstände anprangern, dann allerdings einen Ausweg propagieren, der den Kapitalisten nutzt.
3. Wichtig ist es, gerade dort konkret zu argumentieren und die Diskussion darauf zuzuspitzen, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft werden muß, um zu ermöglichen, daß eine Wirtschaft aufgebaut wird, die dem Volk und nicht dem Profit dient.

Nach der Veranstaltung haben wir weiter mit den verschiedensten Menschen, die der Debatte gefolgt waren, diskutiert – wieder sind wir auf reges Interesse gestoßen.

Durch die Erfahrungen in der Veranstaltung ist es dann auch teilweise gelungen, die Frage richtig zu stellen: Wenn die NPD dafür ist, wenn alles, was das Volk schafft, dem Volk auch zugute kommt – warum will sie dann eigentlich die Kapitalisten nicht abschaffen?

Und das ist es ja: Die Faschisten sind eben nicht radikal – sie wollen das Übel in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit der Wurzel ausreißen. Genau das Gegenteil wollen sie: Sie wollen die Arbeiterklasse und das Volk dafür gewinnen, dieses Übel gegen ihre Interessen zu verteidigen.

–Anette Mönich

Staatsapparat erbitten (dessen Komplizenschaft mit den faschistischen Verschwörungen sie im Gegenteil unüberhörbar anklagen), sondern dies als eine im Kampf durchzusetzende Forderung verstehen.

Daß der KBW sich in dieser Weise gegen die von den Massen selbst erhobene Forderung nach Verbot der faschistischen Pest stellt, beweist im übrigen auch ein rein formales „Demokratie“-Verständnis. Wer im Kapitalismus solche elementaren Forderungen der Arbeiterklasse nach Unterdrückung ihrer Todfeinde ablehnt, der sollte gefälligst auch von der Diktatur des Proletariats schweigen!

Der KBW scheint aber auch gar nicht bereit zu sein, im Faschismus den gefährlichen Todfeind der Arbeiterklasse zu sehen, sondern stellt den

Faschismus als allgemein auf dem Rückzug und fast schon harmlos hin, da doch in Portugal und Griechenland die faschistischen Regimes „gepurzelt“ seien (und Chile?).

In der „KVZ“ vom 2.10.74 beschreibt eine hessische Landtagskandidatin (!) des KBW, wie nett es sich (auf einer NPD-Veranstaltung) mit den Faschisten diskutieren läßt. Daß die Faschisten die Todfeinde der Arbeiterklasse sind, daß sich das millionenfach in Deutschland gezeigt hat (physische Vernichtung Tausender kommunistischer Arbeiter, Ermordung von 6 Mio. Juden, Überfall auf die Sowjetunion usw.), daß sich dies in Chile zeigt, daß die Faschisten in Italien Bomben auf Marktplätze und in Personenzüge legen – von all diesen Dingen, die das Wesen des Fa-

schismus ausmachen, schreibt die KBW'lerin kein Wort. Stattdessen heißt es im Artikel, man habe der sozialen Demagogie der NPD „wohl Recht geben können“. Die NPD sei aber keine konsequent antikapitalistische Partei, denn sie will „das Übel in der kapitalistischen Gesellschaft nicht mit der Wurzel ausreißen“.

Die NPD wird also im Grunde nicht anders behandelt als z.B. die Jusos oder irgendeine andere sozialdemokratische etc. Organisation: als eine bürgerliche Organisation unter anderen, deren Veranstaltungen man natürlich nicht verhindern darf (im Artikel wird sich über die „KPD“ mokiert, die gegen die NPD-Veranstaltung protestierte!), sondern mit deren Mitgliedern man „diskutieren“ muß. Das Besondere des Fa-

Kundgebung gegen Tarifierhöhungen für Strom, Wasser, Gas



aus „KVZ“ Ortsbeilage Hamburg Nr. 20/74

Am 25. September, als in der Bürgerschaft die Tarifierhöhungen für Strom, Gas und Wasser verabschiedet wurden, fand auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz eine Kundgebung statt, an der 200 bis 300 Menschen teilnahmen. Von Initiativen aus verschiedenen Stadtteilen, die sich in der Auseinandersetzung mit diesen Tarifierhöhungen gebildet hatten, war zu dieser Kundgebung aufgerufen worden und auch vom KBW als einziger politischer Organisation.

Sicher war diese Kundgebung nicht sehr groß, und einige haben gesagt, bei einer solchen Maßnahme, die eine Millionenstadt trifft, hätten es mehr sein müssen. Das ist keine Kritik an dem Vorschlag dieser Kundgebung, sondern weist richtig darauf hin, daß es mehr werden müssen, die sich gegen die Politik des Senats erheben. Man konnte auch die Erfahrung machen, daß die Sympathie und Zustimmung zu dieser Kundgebung wesentlich breiter war als die Teilnehmerzahl selber.

KBW — Koloß auf tönernen Füßen

aus ARBEITERKAMPF Nr. 44, Seite 31

Der KBW, der so stark ist, daß er Aktionseinheit und sachliche politische Auseinandersetzung mit anderen Organisationen schon nicht mehr nötig zu haben glaubt, hat in einem Rechenschaftsbericht des ZK aufschlußreiche Zahlen über seine „betriebliche Verankerung“ bekanntgegeben.

Der KBW kann auf die stolze Zahl von 120 „Betriebszellen“ im Gebiet der BRD blicken — es sind hier nur Zellen im industriellen Bereich gemeint; dazu kommen noch 39 Zellen im Öffentlichen Dienst und vier im Bereich von Handel, Banken, Versicherungen.

Von den genannten 120 „Betriebszellen“ bleiben 90, die überhaupt „Zellen“ im Betrieb sind. Die übrigen 30 sind offenbar, wie der KBW es nennt, „Zellen a m Betrieb“ — also „Zellen“, die keinen einzigen Genossen im Betrieb haben. Von den verbleibenden 90 „Zellen“ sind 29 Ein-Mann-„Zellen“, die bei uns auch nicht als Zellen bezeichnet werden, da ein Genosse allein noch keine Zelle ist. Es bleiben 61 Betriebszellen. Etwa die Hälfte davon, nämlich 32, haben nur zwei Genossen im Betrieb, wofür u.E. die Bezeich-

nung „Zelle“ gleichfalls Humbug ist. 13 haben drei, und 16 Zellen haben mehr als drei Genossen im Betrieb. Hieraus dürfte sich, um einmal eine Vergleichszahl zu nennen, ergeben, daß wir allein im Bereich der Hamburger Metallindustrie mehr Genossen in Betriebszellen mit — selbstverständlich! — mehr als drei Mitgliedern organisiert haben als der KBW in der gesamten Industrie der BRD.



Eine neue Spielart des Liberalismus

Der KBW hat ganz offensichtlich die Entfaltung einer Betriebsarbeit bis heute nicht geschafft und wird sie auch kaum noch schaffen.

Dagegen ist ihm ein gewisser „Einbruch“ in linksliberale kleinbürgerliche Schichten (Studenten, Lehrer, alle Arten von Akademikern) gelungen.

Zum einen hat der KBW diesen Menschen, die durch die Verschärfung der Widersprüche mobilisiert wurden und die nach einem politischen Ausweg suchen, mit seinem z.T. abgeschriebenen und z.T. willkürlich zusammengestückelten „Programm“ das Gefühl vermittelt, hier sei eine, sozusagen historisch legitimierte (Berufung auf die „Programmauseinandersetzungen innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung“ etc.) Plattform, um die sich eine fortschrittliche Bewegung sammeln läßt. Daß dies eine Hochstapelei ist — da das „Programm“ des KBW entweder mechanisch beim Programm der SDAPR von 1917 abgeschrieben oder willkürlich „ergänzt“ wurde, also keinesfalls eine fundierte Antwort auf die aktuelle gesellschaftliche Wirklichkeit ist — sollte am Anfang dieses Artikels deutlich gemacht werden.

Zum anderen entspricht das Programm auch ziemlich genau den im Grunde noch nicht kommunistischen sondern linksliberalen Vorstellungen dieser Menschen. Sozialistische Revolution und Diktatur des Proletariats werden zwar gelegentlich erwähnt, aber doch keineswegs systematisch als Voraussetzung grundlegender demokratischer Veränderungen propagiert. Vielmehr wird die „Rechenschaftspflicht der Volksvertreter“ im Rahmen des Kapitalismus und des bürgerlichen Parlamentarismus propagiert, wird die Frage der Macht im Staat mit dem Rücktritt einzelner Politiker und den Rangeleien zwischen den bürgerlichen Parteien verquirlt. Dem organisierten

schismus fällt bei dieser Darstellung ganz unter den Tisch. Im übrigen sticht die Diskutierfreudigkeit des KBW gegenüber den Faschisten grell ab von der unerschütterlichen Arroganz, mit der er der Auseinandersetzung mit kommunistischen Organisationen auszuweichen versucht!

kommunistischen Kampf wird das individuelle „Bekennertum“ (Unterschriftensammlungen, „waghalsige“ Äußerungen von Pastoren, Lehrern etc.) alternativ gegenübergestellt. Fehlende Kleinarbeit und „betriebliche Verankerung“ wird ersetzt durch sogenannte „nationale Demonstrationen“, auf denen der kleinbürgerlichen Anhängerenschaft das trügerische Erfolgserlebnis vermittelt wird, daß die Bewegung doch schon sehr breit sei, daß es vorwärts geht usw. Dies muß

dann wieder ein paar Wochen oder Monate vorhalten, um für die offensichtlichen Mißerfolge dieser Politik im „grauen Alltag“ zu entschädigen.

Schließlich die örtlichen und überörtlichen „Kampagnen“ des KBW, beginnend bei der „Kampagne“ zur Energiekrise vor etwa einem Jahr. Bei jeder dieser „Kampagnen“ wird den Mitgliedern und Sympathisanten des KBW zunächst das Gefühl vermittelt, daß man auf eine „breite Empörung“ aufbauen könne, daß

„viele Menschen“ dasselbe wollen wie der KBW, daß es geradezu schon eine „Volksbewegung“ gebe, die nur darauf wartet, daß sich der KBW an ihre Spitze stellt usw. Das Ende sieht dann etwa so aus, wie im September in Hamburg, wo die mit gewaltigem Aufwand geführte „Kampagne“ des KBW „gegen Tarifierhöhungen für Strom, Wasser, Gas“ in einer „Massen“kundgebung „gipfelte“, an der nach Angaben des KBW „200 bis 300 Menschen teilnahmen“ (zufällige Zuhörer wohl mitgerechnet). Sind so die KBW'ler wieder um eine Illusion ärmer, wird ihnen vom „ZK“ vorgehalten, wie kampfbereit die Massen, wie gut die Voraussetzungen für eine Massenbewegung eigentlich gewesen seien, daß sie es aber nicht verstanden hätten, genug zu „mobilisieren“ etc. (so KBW-Führer J.S. – vergl. dazu UNSER WEG 23 S. 12).

An dieser Praxis wird deutlich, daß der KBW nicht einfach eine linksliberale Organisation ist, die sich leider in einen kommunistischen Mantel gehüllt hat, sondern daß hier massiv Schindluder mit den Hoffnungen und Erwartungen fortschrittlicher Intellektueller u.a. betrieben wird, die auf der Suche nach einem politischen Ausweg den Rattenfängern des KBW gefolgt sind; denen eine Zeit lang trügerische Erfolgserlebnisse und falsche Erfolgsmeldungen („die Massen wollen nach links“) vorgegaukelt werden können, und bei denen schließlich die Gefahr besteht, daß sie resignieren und für eine antikapitalistische Bewegung vorerst nicht mehr zu gewinnen sind. Das macht die Gefährlichkeit des Unternehmens KBW aus.

Anzeige

3,- DM — 74 Seiten

ZUR POLITIK DES KBW (NRF)

In dieser Broschüre haben wir die wichtigsten politischen Differenzen zwischen uns und dem KBW in der Form von Nachdrucken aus dem ARBEITERKAMPF und aus UNSER WEG zusammengefaßt. Die Broschüre ist demzufolge recht umfangreich. Wir können die Lektüre dieser Artikelzusammenstellung nur empfehlen, da hier, mit Ausnahme der Differenzen in der Einschätzung zur Politik der VR China, alle heute in der kommunistischen Bewegung anstehenden Probleme behandelt werden. Die Fragen zum Programm, Zirkelwesen, Faschismus, Sozialdemokratie, Gewerkschaftspolitik und Ökonomismus im Zusammenhang betrachtet geben einen guten Überblick, zum einen

über das System der politischen Widersprüche des KBW und zum anderen über die Diskussionen und Probleme der kommunistischen Bewegung. Wir versuchen mit der Broschüre einen Schritt zur tatsächlichen Überwindung des Zirkelwesens über die ideologische Auseinandersetzung zu leisten und gleichzeitig die Form der Auseinandersetzung mit Platttheit und oberflächlichen Einschätzungen (faktisch eine Verfestigung des Zirkelwesens) zu bekämpfen.

zu bestellen bei:
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Der KBW bereitet den 'Sturz' des Hamburger Senats vor

— Traumtänzer oder Psychopathen —

Wir drucken hier ein Papier der Hamburger KBW-Ortsleitung (OL) ab, das wir von Genossen übergeben bekamen. Mit diesem Papier versuchten die Hamburger KBW-Führer ihren Verein „auszurichten“ ... auf den „Sturz des Hamburger Senats“! Dies Papier bedarf u.E. keines weiteren Kommentars: Es legt beredtes Zeugnis ab über die politische Mentalität dieser Leute — und besonders über ihre Fähigkeit zur „realistischen“ Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Für chronische Optimisten sei an dieser Stelle angemerkt, daß der Hamburger Senat noch im Amt ist (und vermutlich nicht mal etwas von der KBW-Kampagne mitbekommen hat).

An alle Mitglieder und Kandidaten der Ortsgruppe und an deren Massenorganisationen des KBW Hamburg

Am 18.6.74

Beschluß der OL zur Arbeit in den nächsten Monaten:

In Erwägung, daß

– im Kampf gegen den Mord an Neset Danis schon größere Teile des Volkes gegen den Hamburger Senat in Bewegung geraten sind und den Kampfaktiv getragenen haben, und noch breitere Teile empört sind über diesen Mord

– es aber noch nicht gelungen ist, das Ziel des Kampfes: Sturz von Senator Klose, erfolgreich zu organisieren und zu erreichen, sondern dieser seine Stellung halten konnte, wozu er Polizeimanöver startete, was die Wut gegen ihn gesteigert hat

– die Frage des Sturzes des Senats eine Machtfrage ist, die Kraft noch nicht dazu ausreichte, weil die Arbeiterklasse und das Volk politisch uneinig sind und die spontane, an vielen Punkten aufbrechende Empörung noch nicht einheitlich gegen den Senat zusammengefaßt ist

– wir dennoch in dieser Ausrichtung erheblich vorangekommen sind, auch wenn es möglich gewesen wäre, in den Arbeitsbereichen unserer Zellen und denen der Massenorganisationen noch weiter voranzuschreiten

– der Senat nach seiner knappen Wiederwahl gegenwärtig gezwungen ist, sich an vielen Punkten verhaßt zu machen, indem er drastische Tarifierhöhungen von Strom, Wasser und Gas durchführen will, indem er erneut Fahrpreiserhöhungen plant, indem er an den Schulen die Misere verschärft und 140 Referendare nicht einstellt, was die Kämpfe an den Schulen verschärft, indem er durch Sanierungspläne das soziale Elend des Volkes verschärft, indem er politische Entlassungen der Kapitalisten durch Polizeieinsätze gegen den Widerstand schützt (Säuberung des Gerichtssaales beim Prozeß gegen einen HDW-Jugendvertreter), indem er das Anprangern seiner Schandtaten durch massive Einschränkung des Rechts auf Versammlungs-, Meinungs- und Redefreiheit verhindern will (Polizeieinsätze gegen Kundgebungen zu Neset Danis, gegen NPD/ gegen einen Büchertisch der KPD/ML in Langenhorn usw.), was ihn öffentlich ins Unrecht setzt, indem er Staatsschutzmanöver durchführt, um dem Volk seine Macht zu demonstrieren und es einzuschüchtern

– an all diesen Fronten sich die Gegnerschaft zwischen Volk und Staat herstellt und der Staat sowohl als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, als auch als an der Ausplünderung des Volkes direkt Beteiligter zeigt

– der Mord an Neset Danis keine einmalige Entgleisung ist, und wir gute Möglichkeiten haben, die Ausplünderungs- und Unterdrückungsmaßnahmen in ihrem Zusammenhang zu entwickeln

– wir die Aufgabe haben, die zersplitterten Widerstandsaktionen des Volkes zu vereinigen und damit der Macht der Bourgeoisie die sich vereinigende Macht des Volkes entgegenzustellen

– gegenwärtig der Hamburger Senat der Hauptangriffspunkt des Volkes ist und sein Sturz zur Aktionslösung der Massen werden kann, was

nicht heißt, daß wir den Kampf gegen die Zentralgewalt der Bourgeoisie nicht führen („Steuerreform“, Staatsschutzmanöver etc.)

– der Sturz des Hamburger Senats nur Ergebnis des Kampfes an vielen Fronten sein kann, wobei eine Front das Faß zum Überlaufen bringt – dabei sich nicht schematisch an Frankfurt orientiert werden darf und schlicht die Front gegen die Strom-, Gas- und Wasser-Tariferhöhungen zur Hauptfront erklärt werden dürfen

– gegenwärtig die Hauptfront noch nicht zu bestimmen ist, sondern sie sich erst im Verlauf der Kämpfe herausbilden wird

– die Kommunisten in den verschiedenen Kämpfen diejenigen sein müssen, welche durch ihre allseitige schriftliche und mündliche Agitation und Propaganda die Kämpfe über ihren begrenzten Rahmen und ihre Zersplitterung hinaus treiben, so daß wir die Losung des Sturzes des Senats als Aktionslösung aufstellen können

– in der OL (Ortsleitung – UW), der OG (Ortsgruppe – UW) und den Massenorganisationen diese Lage bisher nicht erkannt und nicht gut verstanden worden ist, sondern praktisch die Linie der ersten Ortsbeilage („empörender Einzelfall“) sich durchgesetzt hat, so daß die Politik gegen den Hamburger Senat eingestellt wurde und diesem die Möglichkeit gegeben wurde, in die Offensive zu gehen

– die OL die Zellen der OG und die Massenorganisationen nicht angeleitet hat, die Fehler der gg- und Türken-Kampagne zu korrigieren, indem sie in Betrieb, Schule und Stadtteil etc. den demokratischen Kampf entwickeln, sondern die OL sich auf das Schreiben des Rechenschaftsberichtes zurückgezogen hat, als wäre seine Erstellung nur in Zeiten der „Ruhe“ möglich, während die Zellen sich ihrer „normalen“ Tätigkeit zuwenden, was bedeutet, daß der demokratische Kampf nicht weitergeführt wird, sondern die „normale“ Tätigkeit sich weitgehend erstreckt in Handwerkelei, in der auch der wirtschaftliche Kampf nicht organisiert wird, stattdessen sogar die Gefahr besteht, daß der Verband sich selbst betrachtet und nach innen wendet, dies ebenfalls darauf hinausläuft, daß Zellenarbeit nur während „ruhiger Zeiten“ möglich ist, während in Zeiten des Kampfes die Zellen sich auflösen, statt den Kampf in ihren Bereichen und auf der Straße zu organisieren,

beschließt die OL:

1. Der Verband wird auf einen Plan für den Sturz des Hamburger Senats ausgerichtet, dieser Plan wird auf der DK (Delegierten-Konferenz – UW) der OG verabschiedet. Der Rechenschaftsbericht der OL entwickelt als Konsequenz diesen Plan.
2. Da der Verband aktuell die Politik wieder aufnehmen muß, werden schon Grundzüge und aktuelle Ausgaben dieses Planes festgelegt.
3. Eingeleitet wird der Kampf durch eine Ortsbeilage extra, welche den

Plan erläutert und die verschiedenen Fronten in ihrem Zusammenhang darstellt. Auch im weiteren Verlauf des Kampfes wird wesentliches Mittel zur Vereinheitlichung des Kampfes der verstärkte Verkauf der KVZ und die Ortsbeilage sein.

4. Der Schulkampf wird entwickelt, indem wir aktuell die Nichteinstellung von 140 Referendaren aufgreifen, welcher gleichzeitig großer Lehrermangel und der Versuch, Eltern kostenlos als „Hüfellehrer“ einzustellen, gegenübersteht. Die Ausrichtung der Arbeit darf nicht zum Zentrum haben: „Aufnahme der 140 Referendare ins Studienseminar“, wie dies in der Vorlage von M. angegeben wird, weil so die Nichteinstellung leicht als Angelegenheit von abgewiesenen Referendaren erscheinen läßt, sondern im Zentrum muß die Lage an den Schulen, die Forderung nach „unentgeltlicher und obligatorischer . . .“, nach „Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung“ und nach „Wahl der Lehrer durch das Volk“ stehen. Von da ausgehend wird die Einstellung der 140 Referendare in den Schuldienst (nicht einfach Studienseminar) gefordert. Weiter wird in der Vorlage von M. die Steuerforderung falsch begründet. Die Frage ist nicht: „Woher kommt das Geld?“, sondern „Wer den Nutzen am Staat hat, soll ihn auch bezahlen“. Falsch ist es weiter in der Vorlage, wenn die Politik auf „Schulkreisebene“ entwickelt wird, da wir die Massen auf Stadtteilebene gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen. In allen anderen Punkten der Vorlage stimmt die OL der Gen. M. zu. Was ist zu tun?

– Wir müssen eine zentrale Bürgerversammlung vorbereiten, um den Schulkampf zu zentralisieren. Zeitpunkt: Zwischen dem 25. bis 30. August. Dieser Zeitpunkt ist richtig, weil wir die Zeit zwischen dem 10.8. (Schulanfang) und dem 25.8. benötigen, um die Front an den Schulen aufzubauen. Die Bürgerversammlung wird Apel zur Rechenschaft ziehen (ob er kommt oder nicht) und wird Schritte festlegen, wie an den einzelnen Schulen die Sache durchgekämpft werden kann, sowie zentrale Aktionen festzulegen. Versammlungen an einzelnen Schulen vorher widersprechen der Bürgerversammlung nicht, wesentlich ist aber, nach dieser Bürgerversammlung und ausgestattet mit der Autorität der Versammlung und deren Beschlüssen, in den Stadtteilen Bürgerversammlungen durchzuführen, um den Kampf zu verbreitern.

– Diese zentrale Bürgerversammlung muß sofort einberufen werden. Wir tun dies durch eine Unterschriftenliste, auf welcher die Unterzeichner diese Versammlung einberufen, auf welcher die Forderungen erläutert sind und auf welcher angedroht wird, daß das Volk die fehlenden Referendare selbst in die Schule bringt, falls die Schulbehörde ihre Pläne aufrechterhält.

MIT DIESER UNTERSCHRIFTENLISTE WIRD AB SOFORT AN DEN SCHULEN, IM STADTTTEIL, BETRIEB, AN DER UNI UND IN DEN GEWERKSCHAFTEN (ALLE) GEARBEITET.

An der Uni

- wird die Unterschriftenliste auf der PI VV (Vollversammlung am Pädagogischen Institut - UW) am Donnerstag zur Abstimmung gestellt und alle zum Unterschreiben aufgefordert

- wird jeder Examenskandidat zu erfassen versucht und ein Zentrum eingerichtet (Examensgruppe), wo jeder abgewiesene sich melden kann. Durch Ausschreiben und Besuche oder Telefonieren werden die 140 erfaßt. Die Examensgruppe sollte als Komitee für die Einstellung der Referendare auf der Linie der Unterschriftenliste ausgerichtet werden

- breites Sammeln von Unterschriften in der Mensa und an allen Fachbereichen

- Vorbereitung von Informationsmaterialien über die Lage an den Schulen - die GUV („Massen“organisation des KBW) bekommt den Auftrag, hierzu eine Broschüre zu erstellen.

In der Schule

- Unterschriftensammlung unter Schülern und Lehrern
- Einbringen und Verabschieden auf Elternabenden, Aufforderung an Schüler, die Liste den Eltern mitzubringen

- Verabschiedung auf Konferenzen

- Aufforderung an Elternversammlungen, Klassen und Kollegen, an Apel und die Presse (auch KVZ) Korrespondenzen zu schicken

- Veröffentlichung aller Mißstände, die an den jeweiligen Schulen vorhanden sind und Aufstellung einer Liste über dringende benötigte Lehrer.

Im Stadtteil

- Info-Tische, welche AP Material enthalten, Unterschriftensammlungen

- Haus zu Haus-Sammlung, wobei die KVZ nicht vergessen werden soll

- für den Stadtteil und die Schule müssen Möglichkeiten der aktiven Vorbereitung der Bürgerversammlung angegeben werden: regelmäßige öffentliche Treffpunkte zur Auswertung und Festlegung weiterer Schritte der Vorbereitung

- Aufgreifen des Problems des Deutsch-Unterrichts für Ausländer.

In der Gewerkschaft

- Verabschiedung und Aufruf durch die Ajle's (Arbeitskreis Junger Lehrer in der GEW - UW) zur Bürgerversammlung

- Beschlüsse und Unterschriftenlisten auf Dienststellenkonferenzen, die veröffentlicht und an den Vorstand geschickt werden

- Zusammenstellung von Entzündungsmaterial aus den Schulen
- Beschlüsse und Unterschriften-

sammlung in anderen DGB-Gewerkschaften.

Im Betrieb:

- Unterschriftensammlung unter den Kollegen und Beschlüsse in den VKs und BRs

- Info-Tische vor Betrieben

- Aufgreifen des Problems des Deutsch-Unterrichts für Ausländer
- weiter wird es notwendig sein, die Aktionseinheit von oben zu suchen für den Kampf. Dazu werden wir einen Brief an alle fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen sowie Komitees und Projektgruppen schreiben und sie zu einem Treffen einladen, auf dem wir sie von unserem Vorgehen zu überzeugen suchen. Danach wird man gegebenenfalls zu Offenen Briefen greifen müssen. Die Arbeit muß auch während der Sommerferien fortgesetzt werden.

5. Der Kampf gegen die Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserpreise wird als Ausplünderungsmaßnahme des bürgerlichen Staates unter der Forderung „Keine Tarifierhöhungen für Strom, Gas und Wasser durch den Senat“ und „Weg mit allen indirekten Steuern, Bestreitung der öffentlichen Ausgaben . . .“ aufgegriffen. Die verantwortlichen Vertreter des Senats werden öffentlich zur Rechenschaft gezogen.

Im Kampf wird die Beziehung zur Ausplünderung durch die Wohnungskapitalisten sowie die Sanierungspolitik des Senats hergestellt, und es wird enthüllt, wem der Senat das Geld in den Rachen schmeißt und zu welchem Zweck er es verwendet.

Entwickelt wird auch dieser Kampf durch eine Unterschriftenliste, worin die Unterzeichner Bürgerversammlungen auf Stadtteilebene einberufen, in den Unterschriftenlisten werden die Forderungen entwickelt, sowie dafür eingetreten, daß bei Inkrafttreten der Erhöhungen jegliche Zahlung von Rechnungen eingestellt wird.

Die Bürgerversammlungen sollen in der zweiten Augushälfte stattfinden. Auf ihnen werden weitere Kampfschritte beschlossen. Zur Vorbereitung der Bürgerversammlungen werden Vorbereitungsausschüsse gebildet.

Eingeleitet wird der Kampf durch die Unterschriftensammlung sowie durch eine Veranstaltung am nächsten Montag, auf welcher der Film zum Frankfurter Wohnungskampf gezeigt wird, wo über die jüngsten Kämpfe gegen den Magistrat berichtet wird und auf welcher in einem Referat der Kampf gegen die Strom-, Gas- und Wasser-Erhöhungen eingegangen wird. Auf dieser Veranstaltung sollen Vorbereitungsausschüsse eingerichtet werden. Ort, Zeit und Stadtteile werden bis dahin festgelegt.

Die Vorbereitungsausschüsse wenden sich an die Öffentlichkeit, führen in den Stadtteilen Kundgebungen durch, schreiben der Presse, sie „be-

suchen“ die Bezirksparlamente.

Für die einzelnen Arbeitsbereiche gilt Entsprechendes wie unter 4.

6. Es ist nicht sinnvoll, die beiden Kampagnen einfach miteinander zu verquicken, denn nicht jeder, der gegen die Strom-, Gas- und Wasserpreise von vorneherein eintritt, tut dies auch gegen die Nichteinstellung von Lehrern. Es ist die Aufgabe unserer Genossen, durch die mündliche Agitation, durch das Vertreiben der KVZ und der Ortsbeilage, durch das Einbringen von Resolutionen an anderen Fronten, die Verbindung der Kämpfe herzustellen.

7. Zu den Staatsschutzmanövern und den übrigen genannten Polizeieinsätzen werden Stelltafeln erstellt und in dieser Woche mit Schwerpunkt Do. und Sa. Agitation und KVZ-Verkauf in der Stadt gemacht, wobei kurze Ansprachen gehalten werden. Dabei wird die Ortsbeilage extra sowie ein Flugblatt zu den Staatsschutzmanövern verteilt.

Dies bedeutet, daß wir mit Trupps arbeiten müssen, welche die Vielseitigkeit der AP leisten können (Ein Vorschlag zur Einteilung der Zellen in der Stadt wird gesondert erstellt).

Falsch wird es sein, einen Genossen für Ortsbeilage, einen Genossen für Schulkampf, einen für Staatsschutz etc. hinzustellen. Vielmehr müssen Unterschriften so gesammelt werden, daß die KVZ drunterliegt und andere Materialien mitgegeben werden. Jeder Genosse muß versuchen, vielseitig die Menschen anzusprechen, ihnen die Verbindung der Kämpfe erläutern.

Jede Zelle soll so schnell wie möglich Betriebszeiten herausgeben, in welchen sie den Plan bezogen auf den Betrieb und den Stadtteil erläutern.

9. Es darf keine Veröffentlichung den Verein verlassen, auf welcher nicht die Veranstaltung zum Programm (27.6., 18.30, Audi Max), sowie die Veranstaltung zu Strom, Wasser und Gas (24.6., 19 Uhr, PI-Hörsaal) angekündigt wird. Überall hin müssen die Plakate zu beiden Veranstaltungen mitgenommen werden. Jede Zelle organisiert das Kleben der Plakate (insbesondere das der Programm-Veranstaltung).

10. Jede Zelle faßt auf der Grundlage dieses Beschlusses Beschlüsse zur Umsetzung dieses Plans.

SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN VOLK ODER LADENBORNIERTE MACHTPOLITIK

Wir geben hier Auszüge aus einem Bericht unserer Kieler Genossen wieder. Dieser macht deutlich, wie weit der KBW in der Chile-Solidarität gegangen ist, um seinen Rechtsopportunisten auf Biegen und Brechen durchzusetzen – alles unter dem Deckmantel einer „möglichst breiten Bewegung“.

Der KBW hatte in Kiel für die Aktionseinheitsgespräche das örtliche „Chile-Komitee“ vorgeschickt und alles an linken Organisationen eingeladen, über die DKP/SDAJ bis zu den Jusos und Judos. Da die genannten erwartungsgemäß nicht erschienen, sah sich der KBW nur linken Kritikern gegenüber, einschließlich eines gewerkschaftlichen Gremiums, das die Chile-Woche in Kiel unterstützte.

Der Kritik an der nationalen Plattform verschiedener „Chile-Komitees“ (siehe AK 47), die als Grundlage zur Aktionseinheit in Kiel von den anderen an der Aktionseinheit beteiligten Organisationen abgelehnt wurde, versuchten das „Chile-Komitee“ und der KBW durch kleine Änderungen zu begegnen.

Der KBW faßte seine Vorstellungen ungefähr wie folgt zusammen: Eine Vereinheitlichung sei nur auf der „Grundlage der Tagesforderungen“ möglich, auf die sich auch Revisionisten und Reformisten stellen könnten (die gar nicht gewillt waren, an der Aktionseinheit teilzunehmen). Schließlich gehe es um eine „möglichst breite Bewegung“ in der Solidarität; Kompromisse seien „das wesentliche an einer AE“, und wer „die kommunistischen (?) Anschauungen zur Voraussetzung für eine Aktionseinheit“ mache, der „schließt die Massen aus, isoliert sich sektiererisch“ usw. – die bekannten Argumente, weshalb man rechtsoportunistische Politik angeblich machen müsse. Doch es blieb leider nicht bei „Argumenten“. Als einmal der Vertreter des gewerkschaftlichen Gremiums auf einem der Aktionseinheits-Gespräche fehlte, behauptete der KBW aus freien Stücken, daß die Kollegen nicht mehr an der Aktionseinheit teilnehmen wollten, weil sie die Plattform (die linke Alternativ-Plattform) nicht in ihrem Gremium hätten durchsetzen können; dieser Lüge wurde vom KBW gleich hinzugefügt: Wir haben

ja immer gesagt, daß sich „gerade der Gewerkschaftsvertreter mit seinen radikalen (!) Ansichten von den Massen isoliert“. Fazit: Man solle sich doch endlich „von den Tatsachen belehren lassen“ und der KBW-Plattform zustimmen.

Später stellte sich heraus: Das gewerkschaftliche Gremium hatte nie im Sinn, ja überhaupt nie diskutiert, aus der Aktionseinheit auszusteigen, sondern stand nach wie vor voll hinter der „radikalen“ Plattform. Man hatte nur angemerkt, was ohnehin von vorneherein klar war, daß man nicht namentlich und öffentlich unterschreiben könne, weil es ja bekanntlich Antikommunismusbeschlüsse gibt, nach denen die Beteiligung an der Chile-Woche als „gewerkschaftsfeindliche Aktivität“ gilt und mit dem Ausschuß geahndet werden kann.

Doch auch zur Denunziation war sich der KBW nicht zu schade und veröffentlichte seine Lügen brühwarm in der örtlichen Studentenpresse unter namentlicher Nennung des Gremiums (!?) und beschwerte sich über dessen „radikale Ansichten“!! Eine Beschwerde bei der Gewerkschaftsführung also? Doch nachher stellte der KBW das als „Mißverständnisse am Telefon“ dar. Leider gaben sich alle Organisationen mit Ausnahme des KB mit einer „Richtigstellung“ zufrieden, die der KBW versprach. (Auf diese „Richtigstellung“ wartet man noch heute in Kiel vergebens. . .)

Doch damit keineswegs genug: Wenn es nach dem KBW gegangen wäre, wäre alle „weitergehende Agitation“, die „nichts mehr mit Chile zu tun hat“ verboten worden. Das hieße im Klartext: Die Parole des KBW „Für Volksmacht und Sozialismus“ sollte natürlich erlaubt sein, die Parole „Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ dürfe dagegen vom KB nicht verbreitet werden, da das „nichts mit Chile zu tun“ habe. Wer sich an diese Abmachungen nicht hält, so der KBW, müsse dann „mit Prügeln (!) während der Demonstration rechnen“. Ein Hoch also dem Faustrecht anstelle der Auseinandersetzung zwischen linken Organisationen.

Für die Abschlußkundgebung käme, so der KBW, „nur eine Rede des Chile-Komitees“ in Frage, wer damit nicht einverstanden sei, könne ja aus der Aktionseinheit aussteigen.

Unsere Genossen verließen sich auf „Absprachen“ mit der Liga/KSV, die dann noch kurz vor Toresschluß auf den fahrenden Zug aufsprangen.

Während der gemeinsamen Chile-Veranstaltung wurde dann schließlich – als größte Schweinerei anläßlich der Chile-Solidaritätswoche (!!) – vom KBW mittels seiner Übersetzer versucht, den anwesenden MAPU-Vertreter auf KBW-Kurs zu trimmen! Erst wurde „nur“ die Frage von KB-Genossen falsch übersetzt. Als der MAPU-Genosse vom nach wie vor starken Einfluß des Reformismus in Chile sprach und er gefragt wurde, wie er zu den Tendenzen in der Solidaritätsbewegung in der BRD stehe, die Kritik am Reformismus und Revisionismus ausklammern, wurde das bewußt so übersetzt: Ob die MAPU es für richtig halte, reformistische Arbeiter „in die Solidaritätsbewegung mit einzu-beziehen“!!

Dann wurde auch noch der MAPU-Genosse falsch übersetzt! Ein KBW-Hilfsübersetzer meinte plötzlich, daß der MAPU-Genosse dargestellt habe, „daß in Chile jetzt die Erkämpfung des Sozialismus auf der Tagesordnung steht“. Das veranlaßte sogar den zweiten Übersetzer zu dem überraschten Ausruf: „Sowas hat er doch nie gesagt“, denn der MAPU-Genosse hatte vielmehr auf die Notwendigkeit der Erkämpfung konsequent demokratischer Verhältnisse als Voraussetzung für den sozialistischen Kampf hingewiesen.

Die Kieler Genossen schreiben zu diesem Verhalten des KBW: „Die hier an wenigen Beispielen skizzierte verbrecherische Politik des KBW ist aber nicht nur direkt gegen die Erfordernisse der Chile-Solidarität gerichtet, sondern auch das Mittel der Aktionseinheit überhaupt als Errungenschaft der kommunistischen Bewegung wird gewissenlos dabei auf den Hund gebracht.“

Zu den ‚militärischen Forderungen‘ im Programm des KBW

Es geht in diesem Artikel nicht darum, die Richtigkeit einer Volksmiliz im Sozialismus oder im Kommunismus zu bestreiten. Sondern es geht in diesem Artikel um die Richtigkeit (und Durchführbarkeit) der Forderungen nach Volksmiliz vor der Proletarischen Revolution, also noch im Kapitalismus. Der KBW fordert jetzt und heute für die BRD die Abschaffung der Polizei inklusive des BND und des „Verfassungsschutzes“ und der Bundeswehr. An ihre Stelle soll eine demokratisch organisierte Volksmiliz treten. Diese Illusionsmacher soll im Folgenden ansatzweise enthüllt und zurückgewiesen werden.

Der KBW schreibt in seinem Programm:

„Um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der Werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muß die Arbeiterklasse den entschiedensten Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft führen. Im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat werden die Arbeiterklasse und breiten Volksmassen jede Fähigkeit herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck stellen die westdeutschen Kommunisten die folgenden Forderungen auf, wobei sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen so führen, daß er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. ... – Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.“

J.S. (KBW-Führer) schreibt dazu in „Kommunismus und Klassenkampf“ („KuK“) Nr. 2/74, Seite 104, daß sich an den letzten Forderungen innerhalb des KBW Kritik erhoben

habe. Offenbar deshalb, weil den Genossen klar war, daß die Finanzierung einer Volksmiliz durch die Kapitalisten das gleiche wäre, als wenn die Bourgeoisie sich selber die Schlinge um den Hals legt. So etwas von ihr zu erwarten ist – milde ausgedrückt – illusionär; denn entweder ist das Proletariat stark genug und legt der Bourgeoisie auch gegen ihren Willen die Schlinge um den Hals – d.h. das Proletariat führt seine Revolution durch (ohne die Bourgeoisie zur Finanzierung der Revolution aufzufordern) oder das Proletariat ist nicht stark genug, dann muß es noch „warten“. Auf keinen Fall besteht jedoch die Möglichkeit, sich mittels diverser Zwischenstufen an den Sozialismus heranzumogeln. Von daher besitzt die Losung nach Volksmiliz im Kapitalismus auch keinerlei praktische (tatsächliche) Bedeutung.

Es gibt allerdings eine Ausnahme von dieser Regel und auf diese beruft sich JS mit Hilfe einiger Lenin-Zitate – ohne seinen Lesern allerdings zu verraten, daß es sich dabei um eine Ausnahme handelt.

Seine Lenin-Zitate beziehen sich auf die Periode der „Doppelherrschaft“ in Rußland vom Februar 1917 bis Anfang Juli 1917, die dadurch entstand, daß die Februarrevolution nicht den vollständigen Sieg des Proletariats, sondern nur ein Kräftegleichgewicht gebracht hatte.

Die Doppelherrschaft ist – in Anlehnung an einen marxischen Vergleich – nicht die Geburt der neuen Gesellschaft, sondern eine „Fehlgeburt“, bei der es in der Folge darum geht, das Leben des „Kindes“ zu retten.

Lenin charakterisierte die Situation nach der Februarrevolution (1917) so:

„Die höchst bemerkenswerte Eigenschaft unserer Revolution besteht darin, daß sie eine Doppelherrschaft geschaffen hat. Über diese Tatsache muß man sich vor allem klarwerden; bevor man sie nicht begriffen hat, kann man nicht vorwärtsschreiten. So muß man z.B. die alten Formeln des Bolschewismus zu ergänzen und zu korrigieren verstehen, da sie zwar, wie sich gezeigt hat, im allgemeinen richtig waren, ihre konkrete Anwendung sich aber anders gestaltet. An Doppelherrschaft hat früher niemand gedacht und konnte niemand denken.“

Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der Bourgeoisie, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ (Lenin, „Über die Doppelherrschaft“, 9. April 1917).

Wohlgemerkt: Lenin schrieb, es gelte „die alten Formeln des Bolschewismus zu ergänzen und zu korrigieren“, vom über-Bord-Werfen hat er nichts gesagt. Genau das hat JS aber getan, indem er die allgemeine Volksbewaffnung unabhängig von der konkreten Situation propagiert, die Bewaffnung der Parteiorganisationen ablehnt und im übertragenen Sinne eine „Fehlgeburt“ zum Normalfall erklärt, den es anzustreben gelte.

Während im Programm noch davon die Rede ist, der KBW wolle mit Forderungen wie z.B. nach Volksbewaffnung lediglich „die Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten gewinnen“, damit diese im „ständigen demokratischen Kampf“ „die Fähigkeit herausbilden ... um die politische Macht zu erobern“ – was die Möglichkeit von Rückschlägen (Faschismus!) oder letztendlich eben doch die Aufstellung von bewaffneten Formationen der Partei offen läßt, – ist JS einen erheblichen Schritt weiter gegangen; bei ihm geht die Periode der Doppelherrschaft nunmehr bruchlos in den Sozialismus über und zwar „auf der Grundlage der demokratischen Organisation der Volksmiliz“!

Laut JS geht der KBW „von folgenden Prinzipien aus:

1. Die Bewaffnung des Proletariats und die Entwaffnung der Bourgeoisie vollziehen sich in der Form der allgemeinen Volksbewaffnung.
2. Die Volksmiliz muß das ganze Volk umfassen und dies setzt die Bezahlung der Dienstzeit durch die Kapitalisten voraus (solange es die Kapitalisten gibt).
3. Die proletarische Miliz ist eine Volksmiliz unter der Führung des Proletariats.“

Auch an anderer Stelle bemüht sich JS, den Unterschied zwischen bewaffneten Formationen des Proletariats, die unter politischer und organisatorischer Führung der Partei stehen, und der allgemeinen Volks-

miliz, in der die Partei Fraktionsarbeit leistet, zu verwischen. („... Mißverständnis, daß zwischen ... Volksbewaffnung und ... proletarischer Miliz ein Gegensatz bestünde.“ („KuK“, Seite 105).

4. Die Führung des Proletariats setzt sich in der Volksmiliz auf Grundlage der demokratischen Organisation der Volksmiliz durch. Wir müssen die Forderung nach der Volksbewaffnung schon jetzt erheben, um sie in der proletarischen Revolution vollständig in die Tat umzusetzen.“

Der KBW ist der Meinung – ohne es allerdings offen auszusprechen – daß die proletarische Revolution nur über eine Periode der Doppelherrschaft erreicht werden kann.

JS bezeichnet die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung gar als „das entscheidende Kettenglied... um gerade im Imperialismus an die Stellung der Machtfrage heranzukommen“.

Den Beweis für diese Behauptung oder auch nur ein entsprechendes Beispiel, welches beweist, daß dieser Weg im Zeitalter des Imperialismus überhaupt möglich – geschweige denn der einzig mögliche – ist, kann uns der KBW nicht liefern.

Im Gegenteil. JS „vergißt“ sogar, seinen Lesern zu sagen, daß sein historisches Vorbild, die Revolution in Rußland, nicht unmittelbar von der Doppelherrschaft zum Sozialismus führte, sondern daß es der Bourgeoisie Anfang Juli schließlich doch gelang, die SDAPR (später KPdSU) bis zur Oktoberrevolution in die Illegalität zu drängen. Von allgemeiner, durch die Kapitalisten finanzierte (!) Volksmiliz konnte keine Rede sein. Die Oktoberrevolution wurde dann auch von bewaffneten Formationen der Partei (Rote Garden) und von überlaufenden Truppenteilen (Ergebnis der Arbeit der Partei in Heer und Flotte) durchgeführt.

Tief, tiefer, KBW

Um die ungeheure revisionistische Verflachung des KBW zu kaschieren, bemüht sich JS, die kommunistischen Prinzipien, die der VI. Weltkongreß der III. Internationale 1928 für seine Zeit auf den neuesten Stand gebracht hat, zu verleumden und so den KBW als die „wahren“ Kommunisten darzustellen.

Mit diesem Versuch allerdings hat der KBW nur eines bewiesen: sein gebrochenes Verhältnis zur Wahrheit.

JS schreibt über den VI. Weltkongreß:

„Die revolutionäre Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung und Volksmiliz... werden dann aufgegeben zugunsten von demokratischen Teilforderungen, also politischen Reformen, womit... auf's neue die bürgerliche Linie der II. Internationale zumindest in der Theorie eingeschlagen wird... Auch in der Militärresolution der Komintern von 1928 bleibt von der revolutionären Forderung

der Bolschewiki nach allgemeiner Volksbewaffnung und Volksmiliz nichts mehr übrig außer reformistischen Forderungen gegenüber der bürgerlichen Armee:

„Forderungen auf dem Gebiet der Rechte und materiellen Lage der Soldaten: Erhöhung der Löhne, Verbesserung der Verpflegung, Menage-Kommissionen der Mannschaft, Abschaffung der Disziplinarstrafen. Abschaffung der Gruppflucht. Strengste Bestrafung jeder körperlichen Züchtigung seitens der Offiziere und Unteroffiziere. Recht auf Tragen von Zivilkleidung außer Dienst. Täglicher Ausgang. Urlaub und Urlaubszulagen. Recht der Verheiratung; Sicherstellung der Angehörigen. Recht auf Zeitungsbezug. Recht gewerkschaftlicher Organisation. Wahlrecht und Recht zum Besuch politischer Versammlungen.“

Was JS nicht zitiert, und so dem gramgebeugten Leser der „KuK“ vorenthält, ist der Absatz unmittelbar davor:

„Beispiele solcher Forderungen sind:

A) Forderungen auf dem Gebiet der Wehrverfassung:

Auflösung der Söldnerheere, Kader und Kerntuppen. Entwaffnung und Auflösung der Gendarmerie, Polizei und anderer spezieller Bürgerkriegertruppen. Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Verbände. – Konkrete Forderungen betreffs der Verkürzung der Dienstzeit. – Territorialsystem für die Leistung des Militärdienstes. – Entkasernierung, Soldatenkomitees. – Recht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder im Waffengebrauch zu üben, bei freier Wahl der Instrukteure (!!)...

– Für die Söldnerheere, Berufsarmeen ist im allgemeinen nicht die Forderung der Herabsetzung der Dienstzeit, sondern die des Rechts auf Kündigung zu jeder Zeit anzuwenden.

B) Forderungen auf dem Gebiet der Rechte und materiellen Lage...“ weiter wie oben.

Wieder hat JS sich bemüht, die Frage des „Rechts der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder im Waffengebrauch zu üben“ unter den Tisch fallen zu lassen, zugunsten der „allgemeinen Volksbewaffnung“. Warum werden solche (und viele andere) faustdicken Lügen in KBW-Zeitungen gedruckt? Weil der KBW in eine „reine“, trügerische und scheinbar über den Klassen schwebende Demokratie verliebt ist, und weil er diesen Bruch mit dem Marxismus, der in jeder Frage neu auftaucht, kaschieren will.

MF, der im Auftrag des ZK des KBW die „Leitsätze zur Militärfrage“ verfaßte, schrieb: „Die Arbeiterklasse zerschlägt die Ausbeuterordnung durch die Gewinnung aller Ausbeuteten und Unterdrückten; denen sie erklärt, daß die soziale Revolution des Proletariats keine neue, abermals unterdrückte Klasse schafft, sondern die ganze Menschheit befreit.“ (S.6)

Das läßt den Schluß zu, daß entweder die Arbeiterklasse „alle Ausbeuteten und Unterdrückten“ über

ihre wahren Ziele belügen soll, oder daß das MF und das ganze ZK des KBW nicht verstanden haben, was die Diktatur des Proletariats eigentlich ist.

„Das notwendige Merkmal, die unerlässliche Bedingung der Diktatur, ist die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter als Klasse und folglich eine Verletzung der reinen Demokratie, d.h. der Gleichheit und Freiheit, gegenüber dieser Klasse.“

... JS haut in dieselbe Kerbe wie MF: „In Bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse fordern, weder vor, noch nach der Eroberung der politischen Macht. In Bezug auf die Beziehungen zwischen... den Lohnabhängigen und den Käufern ihrer Arbeitskraft (also die ökonomischen Beziehungen – Anm. d. Red.) müssen die Kommunisten besondere Rechte fordern...“ (diese Rechte werden bei JS nicht genannt).

Da glaubt man Kautsky zu lesen der sagt: „Die Ausgebeuteten bilden stets nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung“ und „aus welchen Gründen soll nun die Herrschaft des Proletariats eine Form annehmen müssen, die unvereinbar ist mit der Demokratie?“ Und Lenin antwortet Kautsky und JS gleichermaßen „Kautsky fragt mit der Gelehrtheit eines höchst gelehrten Studierstuhdummkopfes oder mit der Eifalt eines zehnjährigen Mädchens: Wozu wäre wohl eine Diktatur notwendig, wenn es eine Mehrheit gibt? Marx und Engels erklärten es:

- dazu, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen,
- dazu, um den Reaktionären Furcht einzuflößen,
- dazu, um die Autorität des bewaffneten Volkes gegenüber der Bourgeoisie zu behaupten,
- dazu, daß das Proletariat seine Gegner gewaltsam niederhalten könne.

Kautsky begreift diese Erläuterungen nicht. Da er in die Reinheit der Demokratie verliebt ist und ihren bürgerlichen Charakter nicht sieht, besteht er konsequent darauf, daß die Mehrheit, da sie einmal Mehrheit ist, den Widerstand der Minderheit nicht zu brechen, ihn nicht gewaltsam niederzuhalten brauche – es genüge, die Fälle von Verletzungen der Demokratie zu unterdrücken. Der in die Reinheit der Demokratie verliebte Kautsky begeht unversehens denselben kleinen Fehler, den stets alle bürgerlichen Demokraten machen: Er hält nämlich die formale Gleichheit (die unter dem Kapitalismus durch und durch verlogen und heuchlerisch ist) für eine tatsächliche! („In Staatsangelegenheiten... niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse“ – JS). Eine Bagatelle!

Der Ausgebeutete kann nicht dem Ausbeuter gleich sein.

Diese Wahrheit, wie unangenehm sie Kautsky auch sein mag, bildet den Wesensinhalt des Sozialismus.“

Ein Genosse der Betriebszelle HSW, KB/Gruppe Hamburg

Kapitalisten wollen ,an die Basis'

— ein Dokument zur Strategie- und Taktik-Diskussion innerhalb der Kapitalistenklasse —

Wir veröffentlichen hier einen Artikel aus einem Rundbrief des hessischen Arbeitgeberverbands der Metallindustrie vom März dieses Jahres. Auch wenn uns leider der angekündigte zweite Teil dieses Artikels nicht vorliegt, scheint uns dieser unvollständige Abdruck sinnvoll zu sein. Neben einigen eher belustigenden Passagen vor allem im zweiten und dritten Absatz haben wir es hier nämlich mit einem aufschlußreichen Beitrag zur Strategie- und Taktik-Diskussion innerhalb der Kapitalistenklasse zu tun.

Es ist eine Tatsache, und darauf haben wir gerade in unserer Auseinandersetzung mit dem KBW immer wieder hingewiesen, daß die Bourgeoisie als Klasse politisch bewußt handelt. Andererseits, und auch das wurde von uns nie verschwiegen (vgl. z.B. den Artikel „Zur Faschismuskritik“ in UW 19), sind viele Kapitalisten als Individuen durchaus nicht immer auf der „politischen Höhe“ ihrer Klasse. Je mehr sich nun aber die Widersprüche sowohl in der Welt insgesamt als auch in unserem eigenen Land verschärfen, desto mehr wird es für die Kapitalistenklasse eine Notwendigkeit, daß sie auch ihre eigenen Reihen schärfer ausrichtet, daß sie sich selbst auf einer strengen politischen Programmatik enger zusammenstellt. Das haben die führenden Köpfe der Kapitalistenklasse, seien es die Chefs ihrer Industrieverbände oder ihre politischen Funktionsträger in den Parteien usw., längst erkannt. Leute wie z.B. F.J. Strauß haben in letzter Zeit immer häufiger in den Organen der Kapitalisten (wie „Capital“, „Marktwirtschaft“ usw.) energisch gemahnt, daß die Kapitalisten die „Verteidigung der marktwirtschaftlichen Ordnung“ nicht nur von den Berufspolitikern erwarten dürfen, daß sie sich „selbst aktiv in die Politik einschalten“ müssen; daß sie sich — mit anderen Worten — nicht auf die ökonomische Ausbeutung der Arbeiter ihres eigenen Betriebes beschränken dürfen, sondern daß jeder einzelne Kapitalist am politischen und ideologischen Kampf gegen die Arbeiterbewegung teilnehmen muß. In die gleiche Richtung, politische-ideologische Wappung und Mobilisierung der Kapitalisten, zielen auch zahlreiche Vorträge auf den Tagungen der Kapitalistenverbände — wie z.B. der Vortrag des Westberliner

Professors R.Th.Krengel auf der Jahreshauptversammlung der Vereinigung der Eisen- und Metallindustrie Rheinland-Rheinhausen am 21. Juni 1968, wo dieser u.a. ausführte:

„... Vorbei ist die Zeit, wo man zur Ablenkung von eigener Unfähigkeit (!) den bösen Popanz „Ost“ oder „West“ — je nach Bedarf — aufstellen konnte und wo man allen aufgetauten Unmut des eigenen Volkes auf ihn ablenken konnte. Die Auseinandersetzung nach außen wird immer mehr einer Auseinandersetzung innerhalb eines jeden Volkes weichen. Die Schärfe dieser Auseinandersetzung wird variieren, aber die Zeiten eines sowieso ja nur eingebildeten innenpolitischen Konsensus sind nicht nur für uns vorbei. Überall, natürlich auch in der Bundesrepublik. ... Verfliegen sind auch — zumindest für den politisch weitsichtigen Beobachter — alle Illusionen über das heutzutage gesellschaftspolitisch noch zu tolerierende Ausmaß von Arbeitslosigkeit im kapitalistischen System. Hier trifft man zwar gelegentlich auf eine geradezu unglaubliche Blindheit gegenüber der Realität, aber im allgemeinen wird doch — wenngleich oft recht widerwillig — erkannt und anerkannt, daß heute schon eine regional begrenzte Entstehung einer Arbeitslosigkeit noch relativ geringen Ausmaßes bereits einen sozialpolitischen Zündstoff von enormer Sprengkraft sammelt. Eine halbe Million arbeitslose französische Arbeiter genügen, um Frankreich in diesen Wochen an den Abgrund der Revolution zu bringen!“

Oder nehmen wir den CDU-Rechtsaußen Alfred Dregger, der in seinem 1972 erschienenen Buch „Systemveränderung — Brauchen wir eine andere Republik?“ mit seinem von bourgeois Existenzangst hochfrisiertem Wahrnehmungsvermögen herausgefunden hat, daß in der Bundesrepublik „die Propagandakampagne gegen soziale Marktwirtschaft, Leistungsprinzip und freies Unternehmertum seit Jahren auf Hochtouren läuft“ — und dann schlußfolgernd mahnt: „Dieser Angriff konnte bisher abgeschlagen werden, weil sich die deutsche Arbeiterschaft als wichtigste staatstragende Schicht in unserer Republik bewährte (dieser Zyniker!) und den meist aus dem gehobenen Bürgertum stammenden Revolutionären nichts als Verachtung entgegenbrachte. Das sollte alle, Parteien, Intellektuelle, auch manche

Unternehmer (!), die die wirkliche Lage noch nicht erkannt haben, daran erinnern, daß unser freiheitliches System mit der Zustimmung der Arbeiterschaft steht und fällt.“

Dieses Bemühen um ein größeres politisches Engagement der Kapitalisten zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der bestehenden kapitalistischen Ordnung ist auch Hintergrund und Zielrichtung des von uns nachgedruckten Artikels aus dem Rundbrief der hessischen Metall-Kapitalisten. Siemens-Vorstandsmitglied Mohr weist gleichfalls darauf hin, daß die Kapitalisten „sich selbst schulen“ müssen, daß sie die eigenen Veröffentlichungen und die der gegnerischen Organisationen (hier: Gewerkschaften) und „auch einmal eine theoretische Abhandlung über die Ideologien, die derzeit verkündet werden“ lesen müssen. Aber Mohr ist als Kapitalist, und nicht „nur“ als bürgerlicher Politiker, auch mehr „Praktiker“ im Umgang mit der Arbeiterklasse, und sein Artikel ist daher besonders wegen der konkreten Vorschläge für das politische Engagement der Kapitalisten im betrieblichen Alltag interessant. Drei Komplexe verdienen dabei unsere besondere Aufmerksamkeit:

Erstens, daß die Kapitalisten mit einer Art „Vorwärtsstrategie“ die Anonymität der Unternehmensentwicklung für die Belegschaft durchbrechen wollen.

Zweitens, daß die Kapitalisten sich bei ihrem angestrebten „Kontakt zur Basis“ gewisse „schwache Momente“ aussuchen: die „gelöste“ Atmosphäre der Nachtschicht, die geringere Erfahrung der Lehrlinge, die Isolation der ausländischen Arbeiter usw.

Drittens der Versuch, Meister und Vorarbeiter, und sogar Teile der Facharbeiter, für die aktive Organisation der kapitalistischen Produktion und als politisch-ideologische Stützen der „Betriebsfamilie“ einzuspannen.

Gerade was diesen letzten Punkt betrifft, ist es schon lange nicht mehr bei bloßen Aufforderungen und allgemeinen Ideen der Kapitalisten geblieben. In einer der nächsten Ausgaben von UNSER WEG wollen wir das am Beispiel des im Bereich der ITT durchgeführten Null-Fehler-Programms noch genauer erläutern.

KB/Gruppe Frankfurt

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Öffentlichkeitsarbeit an der Basis (I)

=====

Zu der aktuellen Diskussion nahm Dipl.-Ing. Walter Mohr, Mitglied des Vorstandes der Siemens AG, Stellung und gab praktische Beispiele und Anregungen für die unternehmerische Öffentlichkeitsarbeit an der Basis. Nachstehend geben wir einen Auszug aus seinen Ausführungen:

Wir können zwei Arten unternehmerischer Öffentlichkeitsarbeit unterscheiden. Einmal diejenige, die sich im großen politischen Raum vollzieht. Bei ihr geht es darum, unsere Vorstellungen in der politischen Willensbildung zum Tragen zu bringen. Sie wird schwerpunktmäßig von unseren Verbänden wahrgenommen. Ich will Ihnen Anregungen für die zweite Art der Öffentlichkeitsarbeit geben, die des Unternehmers an der Basis.

Jeden Tag müssen wir es in Zeitungen lesen oder hören es von Ministern, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern, Schriftstellern über Rundfunk und Fernsehen, ja, wir hören es in der eigenen Familie: Wir und wir allein seien verantwortlich für Konsumterror, Ausbeutung, Lohnraub, Leistungszwang, Profitdenken und Umweltverschmutzung kurz bald für alles, was in dieser schönen Welt zu kritisieren ist.

Wenn man dann da und dort zu diskutieren beginnt, mit guten Argumenten und heißem Herzen, dann heißt es nur zu oft, warum sagt ihr das denn nicht, warum äußert ihr euch nicht, warum wird uns das nicht erklärt?

Wo fehlt sie, diese Aufklärung?

Bei unseren Belegschaften, in unserer näheren und weiteren Umgebung bis zur Familie, draußen bei der Mittelschicht, in den Städten und auf dem flachen Land, mit einem Wort an der Basis.

Bei uns allein liegt der Ball

Öffentlichkeitsarbeit dieser Art, die unter die Haut geht, kann man nicht von Informationszentralen aus machen, nicht von Instituten, Akademien, Verbänden und Pressediensten. Für diese Arbeit sind wir selbst gefordert.

Diese Basis braucht unser Wort und unsere Argumente. Nüchtern, sachlich, ohne Polemik - aber engagiert. Diese Basis ist von den Medien, von Jusos und von Demonstrationsveranstaltungen täglich aufgeputzt. Die Basis in unseren Betrieben wird durch eine wesentlich verstärkte Arbeit der Betriebsräte, durch Vertrauensleute, aber auch durch linksradikale Gruppen und Betriebszeitungen mit hohem Aufwand und hohem Durchdringungsgrad täglich bearbeitet.

Bei der eigenen Information beginnen

Es ist einfach notwendig, sich selbst zu schulen und sich mit den Problemen vertraut zu machen. Dazu gehört das Lesen entsprechender Artikel in der Presse ebenso wie das Verfolgen wichtiger Sendungen im Fernsehen und Hörfunk, die sich mit Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik befassen. Unerlässlich ist es auch, Flugblätter, Veröffentlichungen der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände zu lesen - und, auch einmal eine theoretische Abhandlung über die Ideologien, die derzeit verkündet werden.

Was die Öffentlichkeit interessiert

Was sind die Themen, die diese Öffentlichkeit interessieren!

In erster Linie interessiert das Geschehen unserer eigenen kleinen Welt. Aber wie wenig weiß man, um bei unserem Beispiel zu bleiben, in einer kleinen Stadt über ihren Betrieb. Über Ihr Unternehmen als Steuerzahler, Käufer, Lieferant, Arbeitgeber und unentbehrlichen Wirtschaftsfaktor. Wie wenig erfährt oft sogar die Belegschaft aus Ihrem Mund über Geschäftslage, Bestelleingang, Umsatz und Ertrag. Was weiß sie über neue Entwicklungen und Konstruktionen? Warum erzählen wir nichts über Rückschläge? Der Betriebsrat freilich erfährt die Dinge dank der Mechanik des Betriebsverfassungsgesetzes oft früher als unsere Führungskräfte und unsere Meister.

Da werden hohe Besucher durchs Werk geführt, vielleicht ein Minister oder ein schwarzer Fürst. Warum sagen wir das nicht vorher oder veröffentlichen eine klare Bekanntmachung? Und wenn wir selbst im Ausland waren, warum berichten wir nicht darüber, z.B. auf der Betriebsversammlung?

Mut zur Konfrontation

Der Chef, der "Boss", der "Alte" oder wie immer man ihn nennt, gehört mit auf das Podium. Er hat keine Betriebsversammlung zu versäumen. Er hat zu sprechen. Ich praktiziere und fordere dies in meinem Bereich seit 1954, und wir haben in unserem Hause in allen Betrieben unsere Herren dazu verpflichtet. Ich habe immer auch die Diskussion gefordert und, wenn sie oft nicht in Gang kam, sogar provoziert. Weshalb sollte ich selbst nicht einmal einen schwachen Punkt im eigenen "Laden" zur Sprache bringen, wenn sonst keiner etwas sagt? Wenn Sie selbst den Anfang gemacht haben, dann kommen auch die Belegschafts-

mitglieder und machen den Mund auf. Dann gibt es manchmal Schwierigkeiten mit Radikalen und Chaoten - und meist geht's gut und manchmal wird sogar gelacht. Ihr Mut, sich zu konfrontieren und vielleicht eine drauf zu bekommen, wird mit Sicherheit mehr honoriert als vornehme Zurückhaltung.

Ausländer nicht vergessen !

Ein großes Problem sind dabei die Ausländer. Sie dürfen nicht nur daneben stehen. Ein loyaler Dolmetscher ist dabei die Hauptsache. Oft helfen die Konsulate und gerne kommt zu einer solchen Gelegenheit auch einmal der Konsul oder sein Vertreter. Lernen Sie ein paar Begrüßungsworte auf Türkisch oder Jugoslawisch - das wird hoch honoriert. Gehen Sie in das Ausländerwohnheim, einmal oder zweimal im Jahr für ein paar Stunden am Abend. Kümmern Sie sich einmal um die sozialen Probleme Ihrer ausländischen Arbeitnehmer, denken Sie an ihre Einsamkeit.

Mit der Belegschaft sprechen

Wissen Sie, daß die Brotzeitpause in der zweiten Schicht um 22.00 Uhr, wie überhaupt die zweite Schicht, eine psychologisch großartige Gelegenheit ist, mit Ihren Männern in's Gespräch zu kommen? Scheuen Sie sich nicht, sich in der Pause mit in die Runde auf die Kiste zu setzen, nachts ist alles gelöster.

Wann waren Sie das letzte Mal im echten Gespräch mit Ihren Auszubildenden?

Es quält uns der hohe Krankenstand oder die größere Zahl von Unfällen. Wäre es nicht ein Thema unter Männern, die wir uns aussuchen, einmal nach Feierabend im Kasino?

Wir stellen um auf Datenverarbeitung! Haben wir uns die Mühe gemacht, unserer Belegschaft, die sich sicher dafür interessiert, dazu einmal eine ganz einfache und schlichte Einführung zu geben?

Warum sträuben wir uns, einmal mit Meistern, Vorarbeitern und Facharbeitern über Gewinnverwendung, Investitionspläne und betriebliche Sorgen zu sprechen? Hunderte von Themen bieten sich an. Jedes einzelne ist ein "Aufhänger" für ein Gespräch über die Gesellschaftspolitik und unser Wirtschaftssystem, weil dafür Verständnis aus der Praxis und aus dem Alltag heraus erwächst.

(Schluß folgt in der nächsten Ausgabe)

PIP- PERSIS- PROFIT

Rationalisierungen im Angestelltenbereich

Zur Vorgeschichte: Als im Frühsommer 1966 die Texaco Inc., New York, die Deutsche Erdölaktiengesellschaft (DEA) nach anfänglichen Widerständen der damaligen Bundesregierung gekauft hatte, erklärte ein Vertreter des amerikanischen Mammutkonzerns auf einer Pressekonferenz in Bonn, die Bundesregierung werde ihren verständlicherweise schweren Entschluß nicht bereuen, denn die DEA werde als Tochter der Texaco in wenigen Jahren als ein „blühendes“ Unternehmen dastehen, was in erster Linie Sicherheit der Arbeitsplätze bedeute. Was das in Wahrheit hieß, wurde bald klar: Unmittelbar nach der Übernahme ging die Texaco daran, die DEA in ein reines Mineralölunternehmen zu verwandeln: Alle Betriebe, die nicht zumindest dem chemischen Sektor zuzurechnen waren, wurden nach und nach veräußert: die Zechen Rheinpreußen und Bismarck an die Ruhrkohle AG, die Grundstückverwaltungen einschließlich der umfangreichen Besitzungen an Wohnhäusern und Brachland an die Städte und Gemeinden oder kleinere Kapitalisten und den Schachtbaubetrieb Gebhard & König, Essen, an ein Spezialunternehmen. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. Noch gehören die Kraftwerke Rheinpreußen und Bismarck der Texaco, desgleichen die Wachsfabrik Compes in Düsseldorf und der technische Betrieb Edelenau in Frankfurt. Diese Betriebe halten die Belegschaftszahl des gesamten Konzerns relativ hoch und den Umsatz pro Kopf niedrig: Ein Rentabilitätsvergleich mit Esso, BP, Shell und Mobil, der sich an dieser Kennziffer orientiert, fällt daher noch immer zuungunsten der Texaco aus. Und selbst dann, wenn das Texaco-Management all diese branchenfremden Unternehmensteile zu profitablen Bedingungen losgeschlagen haben wird, kann aller Voraussicht nach nicht von einem Aufholen des Rückstandes gesprochen werden. Dies wird wahrscheinlich erst nach einer großen Rationalisierungswelle möglich sein, deren Vorbedingungen teils schon bestehen, teils gerade geschaffen werden. Die Instrumente für diese große Flurbereinigung – Rationalisierungsteams, eine neue Betriebsordnung, Beurteilungs- und Personalinformationssystem – stehen bereit oder werden vorbereitet. Ziel der Aktion ist es, die Rentabilität der deutschen Tochter der Texaco der der übrigen Mineralölkonzerne anzugleichen, sie nach Möglichkeit gar an die Spitze der Skala profitablen Wirtschaftens in der Mineralölindustrie zu stellen. Der folgende Artikel schildert diesen Prozeß.

Die derzeit laufende Rationalisierungswelle trifft besonders scharf die Sektoren des Angestelltenbereichs. Schon heute stellen die Angestellten das größte Kontingent unter den Arbeitslosen in der BRD. Besonders brutale, ideologisch nahezu perfekt verbrämte Rationalisierungssysteme werden aus den USA importiert. Exemplarisch analysieren wir hier die Rationalisierungsvorhaben der Deutschen Texaco, Tochter des gleichnamigen US-Konzerns.

Rationalisierungsstudien – PIP/TEIP

Zur wirksamen Durchführung von Rationalisierungsplänen müssen die Kapitalisten und ihre Beauftragten die Arbeitsabläufe in den Bereichen, in denen sie sich die größten Rationalisierungserfolge versprechen, genau kennen. Zweitens haben sie zu entscheiden, welche Arbeitsplätze und -kräfte einzusparen sind und drittens ist zu prüfen, welche organisatorischen Maßnahmen und welche Investitionen nötig sind, um die Produktion bei niedrigeren Stückkosten zu erhöhen.

Um den Arbeitsablauf kennenzulernen, bedienen sich die Texaco-Kapitalisten seit Jahren eines bestimmten Systems von „Arbeitsablaufstudien“. PIP (Profit-Improvement-Program = Gewinnverbesserungsprogramm) und TEIP (Texaco-Earnings-Improvement-Program = Texaco-Ertragsverbesserungsprogramm) sind bei Texaco weithin bekannte Begriffe. Die Durchführung der unter diesen Bezeichnungen zusammengestellten Studien hat den Gewinn der Kapitalisten verbessert und so manchem Kollegen den Arbeitsplatz gekostet. In Zukunft wird das verstärkt der Fall sein.

Im Texaco-Konzern gibt es kaum noch einen Bereich, in dem nicht schon einmal „gepipt“ oder „geteipt“ worden ist. Zumindest ist eine „M&P-Studie“ (Manpower-Studie) aufgestellt worden, um zu überlegen, wie der vorhandene Arbeitsanfall auf die Kollegen konzentriert werden und der eine oder andere Arbeitsplatz auf diese Weise eingespart werden kann.

Zweifellos liegen im Verwaltungsbereich die größten Rationalisierungsréserven. Das gilt im übrigen – wie sich in den einschlägigen Kapitalisten-Magazinen nachlesen läßt – für die gesamte kapitalistische Wirtschaft. Texaco versucht, dem „Problem der Rationalisierung“ durch eben jene PIP-, TEIP oder M&P-Studien „Herr“ zu werden. Das geht, wie alles, was die Kapitalisten anfasen, nicht ohne Ideologisierung und Indoktrinierung all derjenigen ab, die in ihren Diensten stehen.

So erklärte The Board of Directors, das höchste Exekutivorgan des Konzerns, vor einigen Jahren einmal, das Gewinnverbesserungsprogramm diene nicht dazu, Fehler aufzufinden, sondern Bestehendes zu verbessern. Jeder im Unternehmen müsse bereit sein, Änderungen zu akzeptieren und sich diesen Änderungen anzupassen. Das Verbessern und das Sich-Anpassen erfordere von allen Beteiligten, also von allen Kolleginnen und Kollegen, eine „positive Einstellung“, die sich darin ausdrücke, daß jeder Beteiligte der Überzeugung zu sein habe, daß es „immer einen Weg gebe, Bestehendes zu verbessern“. Das Programm und die Überzeugung, von der es getragen werde, habe sich auf alle Gesellschaften und Abteilungen des Texaco-Konzerns zu erstrecken.

Wie funktioniert nun dieses totalitäre System rigoroser Funktionalisierung der Arbeit?

Der Vorsitzende des Texaco-Vorstandes legt die Richtlinien für die Durchführung des Gewinnverbesserungsprogramms fest. In den derzeit geltenden Richtlinien wird nicht so sehr das Ziel – Kostensenkung und Ertragserhöhung – hervorgehoben als vielmehr die Methode, mit der das Ziel auf dem kürzesten Weg ange-

strebt wird. Danach werden die auf die Möglichkeit der Gewinnverbesserung hin zu untersuchenden Objekte für Jahre geplant. Die Untersuchung erfolgt nicht durch einzelne Rationalisierungsfachleute, sondern durch „Teams“, durch Arbeitsgruppen, in denen „... analytisch denkende, fachlich qualifizierte und im positiven Sinne kritische Mitarbeiter ... systematisch, intensiv und nicht von der täglichen Arbeit abgelenkt Möglichkeiten der Gewinnverbesserung untersuchen.“ Aus diesen Möglichkeiten entwickeln die Teams die „optimalen Lösungen“, „... die es den Verantwortlichen in den einzelnen Unternehmensbereichen ermöglichen, fundierte Entschlüsse zu fassen.“

Ein speziell mit der Leitung des Programms beauftragtes Vorstandsmitglied und ein Beauftragter für das Gewinnverbesserungswesen planen, steuern und überprüfen auf der Grundlage dieser Richtlinien die Arbeit der Gewinnverbesserung im gesamten Unternehmen Texaco in der BRD. In jedem Unternehmensbereich, Aufschluß und Gewinnung, Forschung und Anwendung, Verarbeitung, Chemie, Vertrieb und allgemeine Verwaltung ist ein sogenannter PIP/TEIP-Manager benannt, der in seinem Bereich die Aufgaben der Gewinnverbesserung leitet und dem zuständigen Vorstandsmitglied berichtet.

Die Texaco-New York wird regelmäßig über die Ergebnisse der Studien und der durchzuführenden Maßnahmen in einem „Saving-Record“ (Einsparungs-Bericht) unterrichtet.

Vorschläge für Studien haben aus allen Unternehmensbereichen zu kommen. Sie werden ihrer Bedeutung und Dringlichkeit nach von den Bereichsleitern in einem Programm zusammengestellt. Besonderer Wert wird gemäß den Richtlinien auf Studien gelegt, „... die ein breites Anwendungsgebiet – beispielsweise in allen Büros – haben, eine bedeutende Erhöhung des Gewinns ermöglichen, eine bleibende Vereinfachung des Arbeitsablaufs beschreiben, ohne hohe Investitionen durchführbar sind und in kurzer Zeit realisiert werden können.“

Nachdem der PIP/TEIP-Plan vom zuständigen Vorstandsmitglied gebilligt worden ist, werden die PIP/TEIP-Teams für die einzelnen zu untersuchenden Arbeitsabläufe gebildet. Die Team-Mitglieder werden für die Dauer der Studien von ihren übrigen dienstlichen Aufgaben befreit und von den Bereichsleitern, die meistens mit den Teamleitern identisch sind, berufen.

1. Die Teams stellen sogenannte Projektpläne auf, die aus Arbeits- und aus Zeitplänen bestehen. Dieser methodischen Einführung folgt das Sammeln von Fakten. Oft reichen dazu vorhandene Aufzeichnungen wie Kostenübersichten, Betriebsprotokolle, Projektberichte und der Schriftverkehr nicht aus. Die Teams ermitteln daher ihnen wesentlich erscheinende Tatsachen an jedem einzelnen

Arbeitsplatz durch besonders ausgeklügelte Fragebogenaktionen, da die ganztägige Beobachtung der Kollegen durch die Teammitglieder sich als unrationell und die Stichprobenbeobachtung sich als zu ungenau erwiesen hat. Die Fragebögen geben den Teams Auskünfte über die wesentlichen Schritte bei jeder Tätigkeit, die Reihenfolge, in der die Schritte ausgeführt werden, die Gesamtzeit (in Minuten), die für alle Schritte einer Tätigkeit benötigt wird, die benutzten Werkzeuge und die angewendeten Arbeitsmethoden, die Arbeitsbedingungen, die vorhandene Aufsicht, die Menge und Qualität der geleisteten Arbeit, die Anzahl und Dauer von Verzögerungen und die Gründe für ihr Auftreten und der Umfang von „Leerlaufzeiten“ und Zeiten für „persönliche Belange“.

Aufgrund der Fakten wird das Verhältnis von produktiven zu „unproduktiven“ Tätigkeiten errechnet, und die Ursachen für die „unproduktiven“ Tätigkeiten werden katalogisiert.

2. Dem Sammeln der Fakten und ihrem Ordnen schließt sich die sogenannte Problemanalyse an. In dieser Phase suchen die Teams für alle von ihnen erkannten Probleme, die Kosten und/oder Erträge der untersuchten Bereiche beeinflussen, nach Möglichkeiten der Arbeitsvereinfachung, also der Kostenersparnis und Erhöhung der Effektivität, also der Ertragssteigerung. Im einzelnen wird untersucht: Warum wird auf einem bestimmten Arbeitsplatz gerade dieser Vorgang ausgeführt? Was könnte an seiner Stelle unternommen werden, um dasselbe Ziel zu erreichen? Wo könnte oder wird er sonst noch ausgeführt werden? Wer in dem untersuchten Bereich führt ihn sonst noch aus oder könnte ihn sonst noch ausführen? Auf welche Weise könnte er sonst noch ausgeführt werden?

Auf diesem Wege gelangen die Teams zu einer Liste von Möglichkeiten, „unnötige“ Vorgänge auszusondern, bestimmte Vorgänge gleichzeitig zu erledigen, andere Vorgänge umzustellen und die „notwendigen“ Vorgänge zu vereinfachen.

3. In der dritten Phase der Untersuchungen arbeiten die Teams ihre Empfehlungen aus. Alle Alternativen werden auf Vor- und Nachteile, Kosten, mögliche Einsparungen und Ertragssteigerungen, den frühestmöglichen Zeitpunkt für die Einführung und auf sich möglicherweise bei der Einführung ergebende Schwierigkeiten untersucht. Die für das Unternehmen vorteilhaftesten Alternativen werden als „Empfehlungen“ ausgewählt. Auf diese oder jene Art und Weise sei der Arbeitsablauf zu „vereinfachen“. Die Zeitersparnis in Minuten wird errechnet, die einzusparenden Planstellen festgestellt und die Investitionen berechnet, die nötig sind, um die Empfehlungen der „Teams“ zu verwirklichen. Sie sind natürlich minimal im Vergleich zur Ersparnis.

Gleichzeitig wird ein sogenannter „Aktions- und Fristenplan“ aufgestellt. Er legt die zu treffenden Maß-

nahmen fest wie auch die Termine für deren Durchführung und die dafür Verantwortlichen.

Aus den Projektberichten läßt sich eine minuziöse Beschreibung aller verbleibenden Planstellen herleiten, was für die Personalplanung, die Mitarbeiterbeurteilung und das Personalinformationssystem – wie wir noch sehen werden – von Bedeutung ist. Nach der Kostenersparnis und der Ertragssteigerung ist dies das zweite Ergebnis von PIP/TEIP-Studien.

Das dritte Ergebnis liegt regelmäßig in der Tatsache, daß die Ermittlungen der Rationalisierungseffekte die Texaco so gut wie nichts kostet. „Bewährte Mitarbeiter“ des Unternehmens werden für diese Ermittlungstätigkeit „freigestellt“, d.h. ihre Arbeit auf andere Kollegen abgewälzt, die in der Phase des Faktensammelns in die Rationalisierungstätigkeit durch die Aufforderung, bestimmte Fragebögen auszufüllen, einbezogen werden. Nicht selten schauen sie damit das eigene Grab – ohne es zu ahnen.

Und schließlich: Durch die Teamarbeit züchten sich die Texaco-Bosse aus der Arbeiter- und Angestellten-schaft selbst einen zuverlässigen Stab von Schergen heran, der für alles und jedes – unter anderem auch für Streikbrechertätigkeit – zu gebrauchen ist. In den Richtlinien heißt es:

„Kehren die Mitarbeiter nach Abschluß der Teamarbeit an ihre normalen Arbeitsplätze zurück, sind sie in kostenbewußtem Denken so geschult, daß sie auch in ihrem eigenen Bereich fortan noch mehr zur Verbesserung des Unternehmensergebnisses beitragen können.“

Hierin liegt das vierte Ergebnis der PIP/TEIP-Tätigkeit in der Texaco.

Die neue Betriebsordnung – Recht durch Sicherheit und Ordnung

In Zeiten verschärfter Klassenaus-einandersetzungen genügt es nicht, wenn ein Unternehmen durch PIP/TEIP- und M&P-Studien die sachlichen Anforderungen an den einzelnen Arbeitsplätzen erhöht, es muß auch den juristischen Rahmen enger ziehen, in dem die Kollegen ihre erhöhten Sachleistungen zu erbringen haben. Die durch PIP/TEIP- und M&P-Studien gestrickte sachbezogene und die durch die geplante Betriebsordnung dargestellte Zwangsjacke sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Der Verengung der einen entspricht die geplante Verengung der anderen. Wie sieht das im einzelnen aus?

Bisher ist das Disziplinarrecht in der deutschen Sektion des Texaco Konzerns noch uneinheitlich. Die noch aus den DEA-Zeiten stammende Arbeitsordnung gilt nur für die Hauptverwaltung, die Raffinerien Heide und Grasbrook, die Betriebsstätten in Hohne/Wietze und für die Fettfabrik Kiel, soweit letztere noch nicht liquidiert ist. Alle übrigen Betriebe – die Kraftwerke, die chemischen Werke in Meerbeck, die Vertriebsgesell-

schaft Deutsche Texaco Vertrieb (DTV) mit ihren Fuhrparken und Lägern sowie den technischen Betrieb Edelenau – erfaßt sie nicht. Hier muß bei Verwarnungen und Verweisen nach den Gesetzen und der Rechtsprechung verfahren werden, die – obwohl nicht gerade arbeiter- und angestelltenfreundlich – den Kollegen etwas mehr Spielraum lassen, als die von den Texaco-Bossen geplante Betriebsordnung.

Wie soll nun diese Zwangsjacke „Neue Arbeitsordnung“ im einzelnen aussehen?

Bei Einstellungen soll dem Betriebsrat das Mitbestimmungsrecht genommen werden. Im Kapitalisten-Entwurf ist nicht wie im Betr. VG von „Zustimmung“, sondern nur noch von „Mitwirkung“ des Betriebsrats bei Einstellungen die Rede. Bewerber müssen „... alle für die Einstellung erheblichen Fragen vollständig und wahrheitsgemäß beantworten“, nicht nur alle nach dem Betr. VG zulässigen. Sie müssen sich einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, um den Nachweis ihrer Eignung für die vorgesehene Tätigkeit zu erbringen. Das Urteil des Arztes soll für die Einstellung maßgebend sein. Im Falle von Notständen sollen Kollegen „nach Absprache mit dem Betriebsrat“, nicht nach dessen „Zustimmung“, mit anderen Arbeiten als mit den im Arbeitsvertrag vorgesehenen beschäftigt werden können. Was heißt hier „im Falle von Notständen“? Streik, Aussperrung? Natürlich will die Texaco auch bestimmen, wann ein Arbeitsverhältnis ohne Kündigung endet, nämlich durch Vereinbarung (beiderseitiges „Einvernehmen“, in das verschreckte Kollegen oft unter unbewußter Preisgabe ihres Anspruchs auf sofortige Arbeitslosenversicherung mit Rücksicht auf ein „gutes“ Zeugnis einwilligen), durch Ablauf der in den berichtigten Zeitverträgen, die jeder neu bei Texaco eintretende Kollege bekommt, vereinbarten Zeit und bei Erreichung der Altersgrenze, die Texaco-Gesetz hin Gesetz her – mit 65 festlegt. Gründe zur fristlosen Kündigung von Kollegen will Texaco sofort in der Betriebsordnung verankern; mit seiner Unterschrift unter diese „Ordnung“ soll der Betriebsrat von vornherein anerkennen, daß es sich hier um Gründe zum fristlosen Rausschmiß handelt. Damit soll die Neuregelung des BGB (Bürgerliches Gesetz-Buch), nach der es nicht mehr möglich sein wird, einzelne Kündigungsgründe aufzuführen, unterlaufen werden. Darüber hinaus will Texaco in Zukunft jederzeit berechtigt sein, auf die Arbeit der Kollegen unter Fortzahlung von Lohn oder Gehalt zu „verzichten“, und damit vollendete Tatsachen zu schaffen; Zustimmung des Betriebsrats oder auch nur Beratung oder Benachrichtigung sind nicht vorgesehen. Das zielt eindeutig gegen linke und gewerkschaftlich aktive Kollegen, die so auch – wenn einmal überhaupt kein Kündigungsgrund zu finden ist – durch eine Beurlaubung „freigestellt“ werden können, damit sie nicht mehr

mit Kollegen zusammen kommen.

Alle vertraulichen gesellschaftlichen und betrieblichen Vorgänge sind geheimzuhalten. Diese Super-verschwiegenheitspflicht soll auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses gelten. Verwertung von Kenntnissen in anderen Arbeitsverhältnissen will Texaco auch dann ausschließen, selbst wenn es sich bei den Kenntnissen nicht um Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse handelt. Natürlich haben die Kollegen auch ihre gesamte Arbeitskraft in den Dienst der Texaco zu stellen „und eine andere entgeltliche oder unentgeltliche Tätigkeit, die das Interesse der Texaco beeinträchtigen kann“ – z.B. die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative zur Verhinderung eines Raffinerieaus- oder-neubaus – „nur mit Einwilligung der Texaco auszuüben“. Und um auch ja keine Lücke offen zu lassen, durch die ein „renitenter“, seine Rechte beanspruchender Kollege schlüpfen könnte, heißt es zum Schluß der betreffenden Bestimmung: „Jeder Mitarbeiter hat alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Belange des Betriebs zu beeinträchtigen.“ Kollegen, die den Betrieb aus „dringenden Gründen während der Arbeitszeit vorzeitig oder vorübergehend verlassen wollen, bedürfen hierzu der Genehmigung ihres Vorgesetzten.“

Was ist, wenn der Vorgesetzte die Genehmigung nicht gibt? Dann wird der Kollege im Betrieb festgehalten; geht er trotzdem, riskiert er seinen Arbeitsplatz. Dieses Denken in Kategorien der Leibeigenschaft wird auch deutlich in den Bestimmungen „zum Schutz des betrieblichen und persönlichen Eigentums“. Danach können „Kontrollen angeordnet werden, bei denen grundsätzlich ein Betriebsratsmitglied anwesend sein muß.“ Die geplante Betriebsordnung verpflichtet die Kollegen, „... derartige Kontrollen zu dulden.“ Werksschutz und Betriebsrat gemeinsam bei Maßnahmen des Strafvollzugs an Kollegen; dabei heißt es „... weitergehende Ordnungsvorschriften sind zu beachten.“

Für Bekanntmachungen wird dem Betriebsrat ein „schwarzes Brett“ zugewilligt. Rundschreiben darf er nur in „wichtigen Ausnahmefällen“ verteilen, während die Texaco für ihre Belegschaft ständig die Hausdruckerei in Gang setzt. Hinsichtlich der Arbeitszeit sollen nur Beginn und Ende, nicht aber die Dauer mit dem Betriebsrat vereinbart werden. Zur Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sollen die Kollegen in Übereinstimmung mit „... den gesetzlichen und tarifvertraglichen Bestimmungen ...“ „herangezogen“ werden können. Maßgebend sollen nur die betrieblichen, nicht auch die persönlichen Gründe sein, die ein Kollege gegen seine Einteilung z.B. für Nachtarbeit anführen könnte. Natürlich kann der Betriebsordnung nach die Texaco bei „wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ Kurzarbeit anordnen. Dabei ist das „Arbeitsförderungs-gesetz“ zu beachten, nicht aber das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats; ein

Hinweis hierauf fehlt. Statt einfach zu sagen, Zeiten einer Kur und Schonzeiten würden nicht auf den Urlaub angerechnet, erklären die Texaco-Kapitalisten, „die Anrechnung von Kur- und Heilverfahren sowie anschließenden Schonungszeiten auf den Urlaub ...“ richteten „sich nach den tarifvertraglichen Bestimmungen“, was sich besser anhört, aber auf dasselbe hinausläuft. Betreten des Betriebes durch Gewerkschaftsbeauftragte ist nicht vorgesehen. Verwarnungen und Verweise sollen bei allen Verstößen gegen die Betriebsordnung ausgesprochen werden können.

Dieser Ordnungskatalog soll nur für „Arbeitnehmer“ gelten, auf die das Betriebsverfassungsgesetz, „... uneingeschränkt Anwendung findet“, also für alle Kolleginnen und Kollegen, natürlich nicht für den Kapitalisten selbst und seine Vasallen, die „leitenden Angestellten“, was immer man auch darunter verstehen mag. Durch die Betriebsordnung sollen damit die Teile des Betr. VG, die die Rechte der Kollegen und des Betriebsrats nach Meinung der Kapitalisten noch nicht genügend einschränken, außer Kraft gesetzt werden, ebenso derartige Bestimmungen des Manteltarifvertrages – wie z.B. die über die Anordnung von Kurzarbeit. Darüber hinaus sollen jenseits von Gesetz und Rechtsprechung Normen geschaffen werden, die es den Texaco-Bossen gestatten, jederzeit die ihnen notwendig erscheinenden betrieblichen Maßnahmen und Maßregelungen von Kollegen zu realisieren. Dies ist im Hinblick auf die schnelle Durchführung von Empfehlungen aufgrund von PIP-/TEIP- und M&P-Studien von Bedeutung. Empfiehlt ein PIP-/TEIP-Team z.B. die Freistellung eines Kollegen aus einer Gruppe, die mehrere gleichartige Arbeitsplätze umfaßt, so ist für die Auswahl des Kollegen ganz sicher nicht nur die fachliche Qualifikation, sondern auch die Antwort auf die Frage maßgebend, wie oft er gegen die Betriebsordnung „verstoßen“ hat.

Die Mitarbeiterbeurteilung – ein System betrieblicher Urteilsfindung

Durch PIP/TEIP- oder M & P-Studien hochgeschraubte Anforderungen am Arbeitsplatz und ein durch „Betriebsordnungen“ festgelegter Verhaltenskodex nützen dem Kapitalisten so lange weniger, wie er kein System hat, durch das er feststellen kann, wer „seiner“ Arbeiter und Angestellten die erhöhten Anforderungen erfüllt, den Verhaltenskodex beachtet oder wer aus diesem Rahmen herausfällt und dabei möglicherweise die erhöhten Anforderungen am Arbeitsplatz nicht erfüllt. Bisher blieb es daher der Willkür der Bereichsleiter und Personalreferenten überlassen, wie sie die Empfehlungen von Rationalisierungsstudien personell verwirklichten, wer in den „gepöbelten“ Abteilungen aufgrund seiner „Leistungen“ und seines „Ver-

haltens"versetzt oder entlassen werden sollte.

In Zukunft will die Texaco auch hier auf „Nummer sicher“ gehen und die persönliche Willkür der Bereichsleiter und Personalreferenten bei der Auswahl der zu versetzenden oder zu kündigenden Kollegen durch eine „Mitarbeiterbeurteilung“ in Verbindung mit einem „Personalinformationssystem“ – auf das weiter unten eingegangen wird – ersetzen.

Nach dem geplanten „Mitarbeiterbeurteilungssystem“ soll jeder Kollege „beurteilt“ werden. Zu bewerten sind Leistungen und „Wirkung als Persönlichkeit“, „Führungsqualifikationen“ nur, „... sofern für derzeitige Position erforderlich oder aus anderweitiger Kenntnis eine Beurteilung möglich.“ ist. Dies geht aus dem von der Texaco vorgeschlagenen Beurteilungsbogen hervor, der in sechs Sparten eingeteilt ist. Unter „Leistungsbewertung“

werden beurteilt: „Kenntnisse des Arbeitsgebiets“, „Quantität der Arbeitsergebnisse“, „Qualität der Arbeitsausführung“ und „Initiative und Einsatzbereitschaft“. In der Vertikalen ist der Bogen in fünf Bewertungskategorien eingeteilt, die in Punktspannen (von null bis 20, von 20 bis 40 etc. bis 100) ihren Ausdruck finden. In der Sparte „Kenntnisse des Arbeitsgebiets“ z.B. heißt es: „Braucht häufig Anleitung, auch bei Routinearbeiten“. Dafür erhält der Beurteilte null bis 15 Punkte. In der nächsten Spalte heißt es dann: „Ausreichendes Fachwissen. Bedarf weiterer Ausbildung und Erfahrung.“ Dafür gibt es dann 20 bis 35 Punkte. „Gute Kenntnisse und Erfahrungen“ sind eine Summe zwischen 40 und 50 Punkten wert, während „sicheres vielseitiges Verständnis aller Aufgabenbereiche“ mit einer Note zwischen 60 und 75 Punkten honoriert wird. Besitzt jemand „überragende Kenntnisse und Erfahrungen“ erhält er eine Summe zwischen 80 und 100 Punkten. – Entsprechend sind die übrigen Sparten unterteilt. „Nicht ausreichendes Leistungsvermögen“, „nicht ausreichende Qualität der Arbeitsausführung, braucht ständige Kontrolle“, „arbeitet zeitaufwendig, braucht direkte Beaufsichtigung“, das sind die Leistungsbewertungen für die „zu ersetzenden Mitarbeiter“.

Diejenigen Kollegen, die nach Auffassung der Kapitalistenvertreter nach den „zu ersetzenden Mitarbeitern“ kommen, erhalten die folgenden „Beurteilungen“: „Ausreichende Leistung, könnte gesteigert werden“, „Qualität der Arbeitsausführung ausreichend, muß gelegentlich kontrolliert werden“, „Initiative und Einsatzbereitschaft könnten gesteigert werden. Bedarf gelegentlicher Impulse“.

Dem „guten“ Durchschnitt wird bescheinigt, er erfülle „regelmäßig und mit Sorgfalt die Anforderungen“, und er zähle zu den „zuverlässigen und einsatzbereiten Mitarbeitern.“

Die „guten, aufstrebenden Mitarbeiter“ erledigen stets „einen grossen Arbeitsumfang“, führen dabei

ihre Arbeit „stets korrekt aus“ und sind „initiativ, gewissenhaft und einsatzfreudig“.

Die „hervorragenden Mitarbeiter“ mit den „überragenden Kenntnissen und Erfahrungen“ bringen eine „ungewöhnlich hohe Arbeitsleistung“ auf „gleichbleibend höchstem Niveau“ und sie sind „außergewöhnlich einsatzfreudig, sehr einfallsreich und verantwortungsbewußt“.

Schon diese Formulierungen im Beurteilungsbogen machen den Zusammenhang zwischen Beurteilungssystem und den Normen der geplanten Betriebsordnung deutlich: Ein Kollege, der – um z.B. während der Arbeitszeit zum Arzt zu gehen – sich bei seinem „Vorgesetzten“ lediglich abmeldet, statt um dessen „Genehmigung“ nachzusuchen, wird von seinem „Beurteiler“, nämlich seinem „Vorgesetzten“ wohl kaum als „zuverlässiger oder einsatzbereiter Mitarbeiter“ angesehen werden. Ebenso wenig wird der Kapitalistenvertreter einem Kollegen die Erledigung eines großen Arbeitsumfangs bescheinigen, wenn bekannt ist – und nach der Betriebsordnung hat dies ja dem Kapitalisten nicht nur bekannt zu sein – daß der Kollege in einer Gewerkschaft oder einer Bürgerinitiative aktiv mitarbeitet. Wer Arbeitskraft auch noch diesen „betriebsfremden“ Institutionen zur Verfügung stellt, widmet logischerweise nicht seine ganze Arbeitskraft dem Kapitalisten, wie dieser gemäß Betriebsordnung es gern hätte. Doch die Zielsetzung der „Mit-

arbeiterbeurteilung“ als eines zusätzlichen Disziplinierungsinstrumentes geht noch weiter: Der Kollege soll nicht nur „Initiative und Einsatzbereitschaft“ zeigen, die durch PIP, Teip und M & P-Studien hochgeschraubten Anforderungen zu erfüllen, sondern er soll persönlich dabei – wie es im Beurteilungsbogen unter „Wirkung als Persönlichkeit“ heißt – einen „günstigen Eindruck machen“, „in der Regel korrekt“, nach Möglichkeit „durchweg gut und sicher“ auftreten, die „volle Anerkennung“ – wohl des „Vorgesetzten“ – finden, oder gar „besondere persönliche Ausstrahlungskraft und Autorität hervorkehren. Auch dafür gibt es bis zu 100 Punkten.

Von den „Führungskräften“ wird erwartet, daß sie zumindest „befriedigende Leistungen“ aus „ihren Mitarbeitern“ herausholen, sie „zu Leistungen anspornen“, „mit Selbstvertrauen führen“, nach Möglichkeit aber „hervorragende Führungseigenschaften“ entwickeln und „hohe Arbeitsmoral und Leistung“ erzielen.

Nun könnte man einwenden, die „Mitarbeiterbeurteilung“ diene ja nicht nur der Leistungserhöhung zugunsten des Kapitalisten, sondern auch dem Erkennen von fachlichen Schwächen und deren Beseitigung, somit also der Bildung und Ausbildung, der beruflichen Förderung der Kollegen. Und tatsächlich ist in den von der Texaco vorgeschlagenen „Beurteilungsgrundsätzen“ unter „Ziele“ von „Aus- und Fortbildungsmaßnah-

-Anzeige



DOKUMENTATION

ÜBER DIE KAMPAGNE GEGEN LINKE BETRIEBSRÄTE BEI DER TEXACO HAMBURG

Bestellungen an
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

DM 2,--

INCL. 50 PFG. SOLIDARITÄTSSPENDE

men im Interesse der beruflichen Förderung unserer Mitarbeiter", langfristiger „Einsatzplanung für eine Nachfolge auf Führungspositionen" und davon die Rede, daß keine externe Ausschreibung „von Aufstiegspositionen ohne vorherige Überprüfung unseres Mitarbeiterpotentials" erfolgen soll.

Doch ganz abgesehen davon, daß vom Standpunkt der Kollegen her genau definiert werden müßte, was denn unter all diesen Zielsetzungen zu verstehen ist, wird die wahre Zielsetzung deutlich, wenn man in den „Beurteilungsgrundsätzen" unter den Hinweisen für die Beurteiler als Antwort auf die Frage „wie beurteilen" liest, es sei ... *„erforderlich, die Leistungen eines Mitarbeiters mit der Leistung anderer Mitarbeiter, die gleiche oder ähnliche Aufgaben haben, zu vergleichen und dadurch eine Rangreihe der Mitarbeiter nach ihren Leistungen aufzustellen."* Auf der Grundlage solcher Orientierungsdaten erhalte der Beurteiler eine Übersicht ... *„für eine klare und differenzierte Beurteilung der Mitarbeiter, die erfahrungsgemäß der Gauß'schen Normalverteilungskurve entsprechen wird."*

Leistungsvergleich, Rangreihe, Normalverteilungskurve. Letztere wird zunächst symmetrisch, also „normal" verlaufen. Die Punktzahlen der „guten" und die der „schlechten" „Mitarbeiter" werden sich die Waage halten, während der Durchschnitt als der „dicke Bauch" zwischen diesen beiden Polen angesiedelt sein wird. Die Kurve wird also – die Anzahl der Kollegen mit den niedrigen Punktzahlen darstellend – links gleichmäßig ansteigen, auf der Höhe der mittleren Punktzahlen, die von den meisten Kollegen erreicht sein werden, ihren Höhepunkt erreichen und dann – die Anzahl der Kollegen mit den hohen Punktzahlen veranschaulichend – ebenso gleichmäßig fallen.

Das Problem der Kapitalisten wird es nun sein, die Anzahl der Kollegen mit den niedrigen Punktzahlen abzubauen. Bildlich ausgedrückt heißt das: Die linke Seite der die „Qualität der Mitarbeiter" einer Abteilung, eines Bereichs oder des gesamten Unternehmens veranschaulichenden Kurve soll „abgeschnitten", damit also das „Niveau der Mitarbeiter" angehoben werden.

Um das zu erreichen, stehen den Kapitalisten drei Alternativen zur Wahl:

Entweder sie „fördern" die Kollegen mit den niedrigen Punktzahlen durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die nach den „Beurteilungsgrundsätzen" vorgesehen sind. Entsprechende Vorschläge sollen von den Beurteilern gemäß den Grundsätzen auf bestimmten Formblättern gemacht werden.

Oder sie setzen die Kollegen mit den niedrigen Punktzahlen um auf Planstellen, die nach Auffassung der Beurteiler „angemessen" sind. Auch hierfür sollen die Beurteiler Vorschläge machen. Das soll natürlich Gehaltskürzungen mit sich bringen.

Oder den Kollegen mit den niedrigen Punktzahlen wird gekündigt, aus „betriebsbedingten" Gründen, weil aufgrund von PIP-/TEIP- oder M & P-Studien gerade ihre bisherige Planstelle „eingespart" wird, oder aus „verhaltensbedingten" Gründen, weil sie erwiesenermaßen gegen die Betriebsordnung verstoßen haben. (Sollte die oben skizzierte Betriebsordnung verabschiedet werden, so wird dieser Nachweis den Kapitalisten nicht schwer fallen.)

Gleichgültig, welche Alternative die Kapitalisten wählen, das Ergebnis wird für sie immer dasselbe bleiben: Das Niveau der Kollegen wird in ihrem Sinne angehoben, die linke Seite der Verteilungskurve wird abgeschnitten, was sich nach der nächsten Beurteilung zeigt. Vielleicht ist es dann auch gelungen, die Kurve in Richtung auf die hohen Punktzahlen weiter nach rechts zu verschieben.

Wer nun aber glauben wollte, die Kapitalisten ließen es bei dieser Maßnahme bewenden, sieht sich getäuscht. Wie sagte doch The Chief Executive Officer vor einigen Jahren? *„Es gibt immer einen Weg, Bestehendes zu verbessern!"* Das Bestehende wird bekanntlich durch die Empfeh-

lungen von PEP-, TEIP- und M & P-Studien im Sinne der Kapitalisten verbessert. Jeder so gewonnene Zustand ist somit Ausgangspunkt für weitere Rationalisierungsmaßnahmen.

Damit ändern sich nicht nur die Arbeitsbedingungen für die Kollegen, sondern natürlich auch die Beurteilungsmaßstäbe. Es leuchtet ein, daß nach einem bestimmten Zeitraum die Verteilungskurve nach einer erneuten Beurteilungswelle wieder „normal" verlaufen muß. Diejenigen Kollegen, die bei der vorigen Beurteilung nur knapp unter dem Durchschnitt gelegen haben, fallen jetzt sicherlich in die Kategorie der Kollegen mit den niedrigsten Punktzahlen herab. Das Spiel der „Förderungsmaßnahmen" kann also wieder von vorn beginnen: Fortbildung, Umsetzung, Kündigung.

Dies ist ein ewiger Kreislauf. Sein Ziel ist nicht die „Förderung des Mitarbeiters", sondern dessen verstärkte Ausquetschung. Ihr hat sich alles unterzuordnen, auch und gerade der Fortbildungslehrgang, auf den ein Kollege aufgrund einer Beurteilung geschickt wird. Daß der Kollege selbst davon auch profitieren kann, ist eine andere Frage. Entscheidend ist, daß die Fortbildung „gezielt" gewährt wird, und das heißt eben, daß sie primär im Interesse des Unternehmens zu liegen hat, also später zu einer Erhöhung des wirtschaftlichen Erfolges führen muß. Über diese alleinige Zielsetzung einer von den Kapitalisten gewollten „Mitarbeiterbeurteilung" vermag eine auch noch so gefällige Formulierung über „Förderungsmaßnahmen für unsere Mitarbeiter" in den „Beurteilungsgrundsätzen" hinwegzutäuschen.

Das geplante Personalinformationssystem – das Auge des großen Bruders

PIP-/TEIP- und M & P-Studien stecken den sachlichen, die Betriebsordnung den juristischen Rahmen ab, in welchem sich die Kollegen nach dem Willen der Kapitalisten bewegen müssen. Mit Hilfe des Beurteilungssystems wird festgestellt, wer aus diesem Rahmen herausfällt und was zu tun ist, um die Kollegen entweder wieder in diesen Rahmen einzupassen oder sie loszuwerden. Um diese Maßnahmen durchführen zu können, brauchen die Kapitalisten und ihre „Personalreferenten" Informationen.

Bisher besteht das Problem, diese Informationen schnell und vollständig bereitzustellen. Denn es gibt Gesetze, die den von den Kapitalisten geplanten Maßnahmen möglicherweise entgegenstehen, darunter das Betriebsverfassungsgesetz, das dem Betriebsrat Möglichkeiten des Widerspruchs gegen Kündigungen einräumt, das Mutterschutzgesetz, das Jugendschutzgesetz, das einigen von der Unternehmensleitung geplanten Beschäftigungen von Jugendlichen entgegensteht und das Schwerbeschäftigtenengesetz zu nennen. All diese Gesetze stellen u.a. auf „soziale Gesichtspunkte" ab, die der Kapitalist bei seinen Maßnahmen berücksichtigen muß. Auf welche Kollegen aber treffen sie zu?

Die Schwierigkeit, all diese Informationen zum Zeitpunkt personeller Entscheidungen zu beschaffen und sie richtig miteinander in Beziehung zu setzen, kann nur durch ein umfassendes „Personalinformationssystem" gelöst werden, das sich bei der Texaco auf die elektronische Datenverarbeitung stützen soll.

Die Hersteller elektronischer Datenverarbeitungsanlagen haben dieses Problem und die Tatsache, daß hier ein großer „Markt" ist, frühzeitig erkannt. Sie haben Systeme – die sogenannten Personalinformationssysteme – entwickelt, die sie den Unternehmen, die ihre Großrechenanlagen aufstellen, anbieten. Bevor diese Systeme eingeführt werden, sind u.a. sogenannte Anwendungsstudien erforderlich, die von den Herstellerfirmen und den Unternehmen gemeinsam betrieben werden.

Über diese gemeinsamen Anwendungsstudien werden Verträge geschlossen. So hat z.B. die Deutsche Texaco mit der IBM ein Vertragswerk vereinbart, wonach „Analyse und Dokumentation der Anwendungskonzeption 'Personalinformationssystem' auf der Grundlage der der Anwendungspraxis des Studienpartners (IBM) und der Kenntnis der IBM..." erstellt werden sollen.

Inzwischen sind Analyse und Dokumentation weitgehend abgeschlossen, die Problemstellung und Anwendungsmöglichkeiten bekannt. Danach sind im Texaco-Personalwesen

sechs große Bereiche zu unterscheiden: die der Personaldaten, der Stellenbeschreibung, der ausgeübten Tätigkeiten, der Fähigkeiten der Kollegen, des Tarifwerkes und der Führungsfähigkeiten.

Entsprechend diesen Anwendungsbereichen werden die „Datenbanken“ eingerichtet und zwecks Kombination der Daten nach bestimmten Programmen zueinander in Beziehung gesetzt.

Kern des Systems ist die Personal-datenbank. Sie ist als einzige mit allen anderen Datenbanken direkt verbunden. In ihr sind Namen, Adressen, Bankanschriften, Daten des Ausbildungsweges und des Schulabschlusses, der früheren Tätigkeit in anderen Unternehmen, der Entwicklung bei Texaco und alle weiteren persönlichen Daten wie Familienstand, Anzahl der Kinder etc., Steuerklasse, gespeichert. Sie druckt eine Personalkarte aus für jeden Kollegen. Ihr sind alle persönlichen Daten mit einem Blick zu entnehmen.

In der Stellendatenbank sind die Beschreibungen aller Planstellen des Unternehmens gespeichert. Außerdem enthält sie Angaben über die Fähigkeiten, die die Kollegen auf diesen Planstellen haben müssen.

In unmittelbarer Verbindung mit der Stellendatenbank steht die Tätigkeitsdatenbank. Sie speichert die genaue Beschreibung der Tätigkeiten, die auf den einzelnen Planstellen verrichtet werden.

Die Fähigkeitendatenbank speichert Angaben über die Fähigkeiten und Leistungen der Kollegen. Sie bezieht ihre Daten aus der „Mitarbeiterbeurteilung“. Sie ist mit den Datenbanken für Planstellen und Tätigkeiten direkt verbunden. Ihre Daten werden auch nur in Verbindung mit diesen Datenbanken dargestellt.

Natürlich werden auch alle Daten aus den Lohn- und Gehaltstarifen und aus dem Manteltarifvertrag gespeichert – in der Tarifwerkdatenbank. Sie enthält auch Angaben über „Schutzgesetze“ wie Mutterschutz-Schwerbeschädigten- und Betriebsverfassungsgesetz, soweit sie für Kollegen anwendbar sind.

Die Datenbank über Führungsinformationen enthält Daten aus der Fehl-, Überstunden-, Unfall-, Bestands- und Fluktuationsstatistik. Sie bezieht ihre Daten vorwiegend aus Ergebnissen der übrigen Datenbanken.

Es dauert Jahre, eine solche Konzeption zu verwirklichen. Texaco steht erst am Anfang, andere Unternehmen sind da schon etwas weiter. Die IBM selbst z.B. fällt konzernweit keine Personalentscheidung mehr ohne Kombination aller Daten aus den verschiedenen Datenbanken.

Texaco plant zunächst die Schaffung eines Stellen- und Organisationsplanes, der den alten, auf Angaben aus dem Jahre 1968 beruhenden Plan ablösen soll. Es wird überlegt, ob die Reisekostenabrechnung in die Gehaltsabrechnung einbezogen werden kann, desgleichen, ob die Statistiken bereits jetzt maschinell erstellt werden können.

Der Anfang erscheint ebenso harmlos wie bescheiden. Doch so wird es nicht bleiben. In den nächsten Jahren werden die Datenbanken und der Informationsfluß systematisch ausgebaut werden. Die Grundlagen, die der Personalabteilung als Hilfe zur Entscheidung personeller Einzelmaßnahmen dienen, werden in der Zukunft immer unangreifbarer werden.

Das folgende Beispiel soll dies verdeutlichen:

Nehmen wir einmal an, im Jahre 1978 werden PIP – TEIP oder M & P Studien verstärkt erstellt und realisiert, Betriebsordnung und Mitarbeiterbeurteilung sind entsprechend den Vorstellungen der Unternehmensleitung eingeführt worden, und das Personalinformationssystem erfreut sich einer reibungslosen Funktionsweise.

In diese Zeit fällt die Kündigung des Kostenanalytikers Frank B. durch die Unternehmensleitung; eine M & P-Studie hat die Empfehlung ausgesprochen, seine Planstelle aufzulösen und seine Aufgaben auf andere Planstellen zu verlagern. Franz B. ist 44 Jahre, verheiratet, hat zwei schulpflichtige Kinder, seine Ehefrau arbeitet ebenfalls.

Nehmen wir weiter an, das Betriebsverfassungsgesetz 1972 gilt 1978 in unveränderter Form. Danach muß der Kapitalist den Betriebsrat vor jeder Kündigung hören und ihm die Gründe für die Kündigung mitteilen. Der Betriebsrat kann innerhalb einer Woche gegen die Kündigung Bedenken äußern oder ihr widersprechen, dies aber nur aus fünf im Gesetz erschöpfend aufgezählten Gründen – Nichtberücksichtigung „sozialer“ Gesichtspunkte bei der Auswahl des zu kündigenden Kollegen, Verstoß gegen etwa im Betrieb bestehende „Auswahlrichtlinien“, Möglichkeit der Weiterbeschäftigung an einem anderen Arbeitsplatz, nach dem Kapitalisten zumutbaren Umschulungsmaßnahmen oder aufgrund geänderter Vertragsbedingungen, mit denen sich der Kollege einverstanden erklärt hat.

Bekanntlich hat nun ein Widerspruch des Betriebsrats gegen eine Kündigung die Wirkung, die Ausführung der Kündigungsabsicht zwar nicht zu verhindern, wohl aber den Eintritt ihrer Rechtswirksamkeit hinauszuschieben. Erhebt nämlich jetzt Franz B. Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht innerhalb von drei Wochen nach Zugang der Kündigung, so muß ihn der Kapitalist bis zum rechtskräftigen Abschluß des Prozesses bei unveränderten Arbeitsbedingungen weiterbeschäftigen, es sei denn, der Kapitalist wird vom Arbeitsgericht von dieser Verpflichtung durch einstweilige Verfügung entbunden, weil die Klage „keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet, mutwillig erscheint oder der Widerspruch des Betriebsrats offensichtlich unbegründet war“. Den weiteren Grund lassen wir hier einmal außer Betracht.

Im Fall von Franz B. werden dem Betriebsrat jetzt vorgelegt: M & P-

Studien zum Nachweis, daß die betreffende Planstelle aufgelöst wird, Mitarbeiterbeurteilung und aus den Personaldatenbanken: Personalkarte, Fähigkeitendiagramme, Beschreibungen von Planstellen mit Begründung, warum B. sie nicht ausfüllen kann und der Nachweis, daß auch in der Auswahl des zu kündigenden Kollegen unter Berücksichtigung aller sozialen Gesichtspunkte keine Fehler gemacht worden sind.

Ein Betriebsrat, der mit diesem Material ausgedruckter Endloslisten einer perfekten Datenverarbeitungsanlage erdrückt wird, kann der Kündigung des Franz B. nur zustimmen oder einen offensichtlich unbegründeten Widerspruch produzieren. Wahrscheinlich hat er allenfalls die Chance, den Nachweis zu führen, daß im Betrieb oder im Unternehmen eine geringwertigere Planstelle frei ist, die B. besetzen kann, wenn er sich mit geänderten Vertragsbedingungen, also mit einer Gehaltskürzung einverstanden erklärt. In allen Fällen erreicht der Kapitalist das, was er will: Einsparung der ursprünglichen Planstelle des Franz B.

Das neue Verwaltungsgebäude – ein gigantischer Rationalisierungscoup

PIP/TEIP und M & P-Studien, Betriebsordnung, Mitarbeiterbeurteilung und Personalinformationssystem werden aller Voraussicht nach schon begonnen haben, ihren Part zu spielen, wenn die Kolleginnen und Kollegen der Texaco-Verwaltung etwa im Jahre 1978 in das neue Verwaltungsgebäude in der City-Nord einziehen. Ja, man wird sagen können, daß es gerade diese Systeme waren, die den Umzug glänzend vorzubereiten geholfen haben.

Bisher ist die Verwaltung der Texaco in fünf verschiedenen Bürohäusern in Hamburg untergebracht, die teilweise weit auseinanderliegen.

Die Zusammenlegung in der City Nord soll – das erwartet die Unternehmensleitung – zu einer durchrationalisierten Verwaltung führen, deren Belegschaft „stromlinienförmig“ den Bedürfnissen des Unternehmens angepaßt ist. Obwohl sicherlich schon viele Kolleginnen und Kollegen von sich aus kündigen werden, weil ihnen der An- und Abfahrtsweg zu lang werden wird, wird es zusätzlich Kündigungen geben, die von der Unternehmensleitung ausgesprochen werden. Hier werden Rationalisierungsstudien, Betriebsordnung, Mitarbeiterbeurteilung und Personalinformationssystem ihre Dienste tun.

So ist heute angeblich nicht genau bekannt, mit wie vielen „Mitarbeitern“ die Texaco in das neue Verwaltungsgebäude übersiedeln wird. Eine langfristige Personalplanung existiert angeblich nicht. Gebaut wird offiziell für 1.500 „Mitarbeiter“. Aber schon heute gibt es davon nur 1.350. Die Projektgruppe, die sich mit der Planung des Gebäudes beschäftigt, spricht hier und da von einer „Mitarbeiterzahl“ von 1.200 zum Zeitpunkt des Umzuges. Realistisch dürfte daher eine Schätzung um 1.000 „Mitarbeiter“ sein.

Die totale Konfusion, in die Betriebsrat und Belegschaft hier gestürzt werden sollen, geht auch aus der verwirrenden Planung hervor, die von der Unternehmensleitung — zumindest nach außen hin — betrieben wird.

Mal soll z.B. das Einzelraumkontingent zwischen 12 und 22 % betragen, mal soll es auf endgültig 22 % festgelegt worden sein. Dann wieder heißt es, von einer Festlegung des Einzelraumkontingents auf exakt 22 % habe nie die Rede sein können, es bleibe bei einer Prozentzahl zwischen 12 und 22 %, wobei die Unternehmensleitung allerdings überlege, wieviel Großräume — sie sollen den Löwenanteil der Bürofläche ausmachen — man so anlege, daß sie jederzeit in Einzelräume umgewandelt und vermietet werden könnten.

Ähnlich verhält es sich mit der Breite des Gebäudes. Zunächst heißt es, das Gebäude solle mit Großräumen von 28 m Breite von Fenster zu Fenster ausgestattet werden. Dann überlegt die Unternehmensleitung plötzlich, ob sie nicht mit einer Breite von

22 m bei gleicher Geschosßzahl auskommt. Als diese Zahl in der Belegschaft bekannt und mit den naheliegenden Fragen nach der Anzahl der letztlich nun geplanten Arbeitsplätze verbunden wird, da heißt es plötzlich wieder, die Breite von 28 m habe nie in Frage gestanden, es werde also bei ihr bleiben.

Fest steht gegenwärtig nur, daß die Texaco das Gebäude baut. Fest steht auch, daß sie so viel Reserven an Arbeitsplätzen einplant, daß sie unmittelbar nach schlüsselfertiger Übergabe vermieten muß.

Fest steht auch, daß sie dieses Gebäude für die nächsten fünf bis sechs Jahrzehnte im Voraus plant, was eine hohe Flexibilität der Bürofläche unausweichlich macht. Es wäre daher mehr als unwahrscheinlich, wenn die Personaldirektion nicht schon heute zumindest über eine überschlägige langfristige Personalplanung verfügte, die es ihr ermöglicht, die durch den Umzug hervorgerufenen Personalveränderungen ganz den Bedürfnissen des Unternehmens anzupassen.

So wird das Personalinformationssystem ganz sicherlich bald in der Lage sein, eine Wohnsitzanalyse zu liefern, aufgrund deren die Unternehmensleitung herausfinden kann, wer von den Kolleginnen und Kollegen wahrscheinlich infolge der Verlegung der Hauptverwaltung in die City Nord gezwungen sein wird, den Arbeitsplatz zu wechseln, weil der An- und Abfahrtsweg nicht mehr zumutbar ist. Aufgrund der Beurteilungen wird sie wissen, wen sie zu halten versuchen muß und wen sie zur Kündigung überreden muß.

PIP-, TEIP- und M & P-Studien sollen sie in die Lage versetzen, genau anzugeben, welche der eventuell frei werdenden Planstellen sie liquidieren und welche sie wieder besetzen muß.

Betriebszelle Texaco
KB/Gruppe Hamburg

Anzeige

DEUTSCHE REVOLUTION VON 1918 BIS 1923



Der 1. imperialistische 'Weltkrieg' beschleunigte gesellschaftliche Umwälzungen in zahlreichen Ländern Europas. In Rußland stürzte das von den Bolschewiki geführte Proletariat den Zarismus und forderte alle kriegführenden Staaten zu einem sofortigen Friedensschluß ohne Annexionen auf. Das Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 wirkte stark auf das Proletariat der ganzen kapitalistischen Welt.

Wie in Rußland machten in Deutschland im November 1918 die Arbeiter und Soldaten dem imperialistischen Krieg ein Ende und stürzten die Monarchie. Anders als in Rußland endete die deutsche Revolution aber nicht mit einem Sieg des Proletariats, sondern nur mit der Errichtung einer bürgerlichen Republik. In diesem Buch wird besonderes Gewicht auf die Untersuchung der Rolle der Sozialdemokratie, sowie auf eine korrekte Darstellung der Politik der KPD gelegt — insbesondere was das Jahr 1923 angeht.

Das hat sich als um so notwendiger erwiesen, als die z.T. recht ausführlichen Schriften, die von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Autoren geschrieben wurden, einschließlich der in der DDR veröffentlichten, erhebliche politische Mängel und Fehleinschätzungen enthalten.

Preis : 8,- DM

Bestellungen an
Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35

erhältlich im
ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Grindelhof 45
Tel. 45 38 01

erhältlich im
ARBEITERBUCH
285 Bremerhaven
Sonnenstr. 8

Hanomag-Henschel Hamburg

'Neue' Arbeitsordnung als Kampfinstrument der Kapitalisten

Vor ca. 14 Tagen wurde in fast allen Abteilungen des Werks die seit Juli 74 bereits gültige neue Arbeitsordnung verteilt. Diese Arbeitsordnung wurde unverändert von der Daimler-Benz AG übernommen – im Zuge der „Angleichung an Daimler“, wie es immer so schön heißt. Bezeichnenderweise wurde das Machwerk einen Tag nach der letzten Betriebsversammlung verteilt – die nächste Betriebsversammlung findet voraussichtlich erst März 75 statt!

Die Arbeitsordnung (AO) strotzt nur so von Verpflichtungen, Verordnungen und Bestimmungen, die die Kollegen einzuhalten haben. Nach der AO wird man bereits beim Betreten des Betriebes in eine Zwangsjacke gesteckt. Da ist man verpflichtet, beim Betreten des Betriebes den Ausweis unaufgefordert vorzuzeigen, Kontrollen über sich ergehen zu lassen, die sich auf mitgeführte Gegenstände, Taschen, Pakete usw. erstrecken können. Weiter hat man sich nur in Teilen des Betriebes aufzuhalten, in denen man beschäftigt ist, die Pausenzeiten sind einzuhalten, Wasch- und Umkleieräume dürfen, abgesehen von „begründeten“ Ausnahmefällen, nur in den Pausen und nach Arbeitsschluß betreten werden, im übrigen hat man das Werk schnellstmöglich nach Arbeitsschluß zu verlassen.

Dies sind nur einige ausgesuchte Reglementierungen, die allerdings gegen die „dicken“ Hämmer glatt verblässen:

Einführung des 10-Stundentags:

„5. Trifft bei Schichtwechsel die Ablösung nicht rechtzeitig ein, so teilt dies der Arbeitnehmer seinem Vorgesetzten mit und arbeitet bis zum Eintreffen der Ablösung – höchstens 2 Stunden – weiter.“

Diese Bestimmung schaltet faktisch die einst hart erkämpfte 40-Stunden-Woche aus; durch die Hintertür wird der 10-Stundentag eingeführt. Bis jetzt war nach acht Stunden Feierabend, das Problem der Maschinenbesetzung war das der Meister und Abteilungsleiter – heute wird hier der „Schwarze Peter“ den Kollegen zugeschoben; sie haben automatisch weiterzuarbeiten. Weiter wird durch eine derartige Regelung

der Spaltpilz unter die Belegschaft getragen: anstatt auf die Geschäftsleitung soll man sauer werden auf den nicht erschienenen Ablöser.

Legitimierung des Lohnraubs:

„2.Einsprüche gegen die Berechnung des Lohns oder Gehalts sind spätestens am dritten auf den Auszahlungstag folgenden Arbeitstag zu erheben.“

Nun ist es eine üble Eigenart der Hanomag-Abrechnungen, daß ohnehin nur ein Teil der Kollegen sie entziffern kann und außerdem oftmals haarsträubende Fehler enthalten sind. Faktisch ist es unmöglich, diese in drei Tagen nachzurechnen. Fehler von z.T. 100,- oder 200,- DM sind manchmal nur nach schwierigen „Recherchen“ nachzuweisen. Mit der 3-Tages-Bestimmung wird somit der Betrug am Lohn legitimiert – Pech bloß, daß dies im Widerspruch zum Gesetz steht, denn lt. § 196 des BGB verjähren Lohnansprüche nach zwei Jahren!

Existenzbedrohung durch Schadensersatz- und Haftpflichtzwang:

„9. Qualitätsarbeit ist nur mit guten und sachgemäß behandelten Werkzeugen und Maschinen möglich. Die Betriebsangehörigen unseres Hauses haben daher Anspruch auf gutes Werkzeug; sie haben aber auch die Verpflichtung, das ihnen zur Verfügung gestellte Material sorgfältig zu pflegen und zu behandeln. Wenn Werkzeuge schadhaft werden oder in Verlust geraten, ist dies sofort dem zuständigen Vorgesetzten zu melden. Wer diese Meldung unterläßt oder Firmeneigentum mutwillig beschädigt, vernichtet oder verliert (? ?), kann zum Schadenersatz herangezogen werden.“

und
„13. Für jeden Schaden, der vorsätzlich oder grobfahrlässig (? ?) verursacht worden ist, kann der Schuldige haftbar gemacht werden.“

Nach diesem höchst merkwürdigen Paragraphen steht die halbe Belegschaft fortan mit einem Bein im Kerker; eine Maschine zu Bruch fahren – das passiert jedem mal. Und natürlich kann die Geschäftsleitung aus vielen Defekten eine „grobfahrlässige“ Beschädigung konstruieren.

„Grob-fahrlässig“ kann es schon sein, wenn in eine Stanze aus Versehen zwei Bleche auf einmal reingepackt werden, oder wenn an einer Drehbank die Stähle falsch eingespannt werden, wenn ein Stapler in eine Maschine fährt usw. „Grob-fahrlässig“ und „mutwillig“, das sind derart dehnbare Begriffe, daß die Geschäftsleitung sie tatsächlich nach Bedarf auslegen kann. Man braucht sich nur zu erinnern, daß bei Mannesmann nach dem letzten Streik zwei Kollegen zu Schadenersatz verknackt wurden, weil infolge des Streiks die Walzstraße (logischerweise) stand. Damit ist die Richtung von solchen Bestimmungen klar: zum einen kann ein Teil des natürlichen Verschleißes von Maschinen den Arbeitern aufgelastet werden, zum anderen können mit solchen Bestimmungen gezielt Arbeiter nachhaltig fertiggemacht werden. (Die Schäden gehen oft in die zigtausende DM.) Daß dies durchaus so gemacht wird, zeigt Mannesmann.

Bei Hanomag kommt dazu, daß mit Maschinen gearbeitet werden muß, bei denen die Einhaltung von bestimmten Vorschriften unmöglich ist, z.T. aufgrund der Akkordhetze, z.T. aufgrund der Altertümlichkeit.

(So stehen dort noch Maschinen von vorm Krieg, an einer hängt noch ein Schild „Kriegsaufmachung“ – Baujahr 1944, an einer anderen alten Gurke steht „Schrottantrag gestellt“ – bis heute wird daran aber noch gearbeitet.

Einführung eines generellen Maulkorbs für die Belegschaft:

„16. Jede dem Betriebsfrieden, der Ordnung und dem Arbeitszweck abträgliche Betätigung muß innerhalb des Betriebes unterbleiben.“

Die Verbreitung von Druckschriften, Umlauflisten, Fragebogen und dergleichen sowie die Durchführung von Sammlungen jeder Art innerhalb der Werksanlagen durch Betriebsangehörige sind nur mit Zustimmung der Geschäftsleitung nach Anhörung des Betriebsrats gestattet“.

„21. Alle Betriebsangehörigen sind verpflichtet, sowohl während

der Dauer ihrer Tätigkeit als auch nach deren Beendigung über alle die Firma angehenden Fragen und Arbeiten, soweit sie für den Betrieb wesentlich und nicht allgemein bekannt sind, Stillschweigen zu bewahren."

Danach ist alles verboten – außer Arbeiten. Bereits eine Diskussion über schlechte Akkorde, geschweige denn über die Tarifrunde oder wichtige politische Fragen ist nicht er-

laubt. Um die Arbeitsordnung kümmert – nur hat die Geschäftsleitung gleich für hinterher Entlassungsgründe in Masse für die aktiven Kollegen!

Mit der „Druckschriftenbestimmung“ soll jedem die Möglichkeit genommen werden, die Belegschaft über bestimmte Vorgänge – außerhalb der regulären Betriebsversammlungen – zu unterrichten oder eine Forderung durch eine Unterschrift

de Schweigepflicht auf jeden Arbeiter ausgedehnt.

Diese Punkte sind eine ganz offene Unterdrückung jeglicher Art von Meinungsfreiheit, jeglicher Art von Diskussion (es sei denn, darüber, wie die Produktion gesteigert werden kann). Durch einen derartigen Maulkorbberlaß soll vorbereitend verhindert werden, daß im Betrieb überhaupt über Abwehrmaßnahmen diskutiert wird, geschweige denn diese

DER SOLTAU GEHT UM

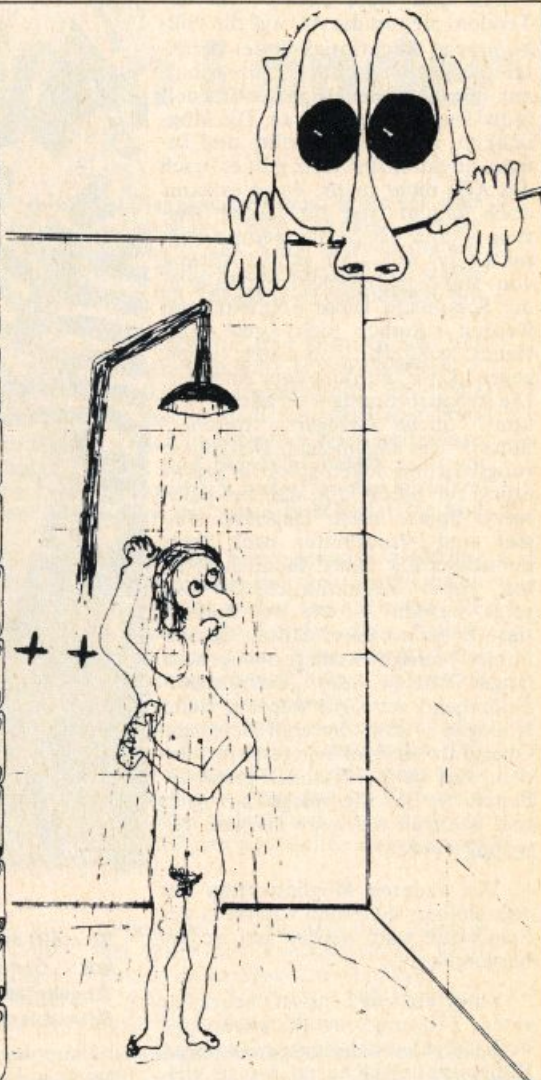
Spätschicht bei Hanomag – halb elf längst vorbei – da ertönt aus dem Duschraum ein wildes Geschrei. Im Treppenhaus hört man ein lautes Gekrumm, ein Kollege flüstert: "Der Soltau geht um!"

Einst Vorarbeiter im Achsbau, am Band. Ist er jetzt zum Spätschichtmeister ernannt. So ist dieses Schwein auf unsere Knochen die Beförderungsleiter nach oben gekrochen.

Gegen Feierabend da kommt seine Stunde, da macht er durch jeden Waschraum die Runde. Verfolgt die Kollegen sogar bis aufs Scheißhaus – nur wenn wir zu viele sind, dann nimmt er Reißaus.

Wir sehen daran, daß jeder allein nicht allzuviel machen kann gegen dies Schwein. Doch stehn wir zusammen*, wie wirs bei Meier* taten, dann ist für den Schnüffler bald Feierabend!

*Anmerkung: Vor zwei Jahren wurde der Möchtegern-Ingenieur Meier von den Kollegen beim heimlichen Stoppen erwischt. Nach einstündigem Warnstreik der Kollegen wurde ihm verboten, die Abteilung wieder zu betreten.



Gewidmet einem berüchtigten Schichtmeister bei Hanomag, der sich vor allem durch seine Nachspioniererei und Anscheißerei auszeichnet. (Veröffentlicht in METALLARBEITER-Extrablatt zur Arbeitsordnung)

laubt. Kampfmaßnahmen, welcher Art auch immer, sind natürlich auch nicht „statthaft“ – überdies dürften diese ohnehin nur noch schwerlich zustandekommen, da es nach Punkt 5, S. 8 verboten ist, sich in anderen Abteilungen „rumzutreiben“ – wie sonst soll aber wohl eine Aktion auf Betriebsebene vorbereitet werden? Es liegt auf der Hand, daß in einer solchen Situation sich natürlich nie-

tensammlung zu unterstützen (Genehmigungspflicht durch Geschäftsleitung!!!!). Im Fall eines Gewerkschaftsausschlusses bei Hanomag war es dem betroffenen Kollegen beispielsweise einzig dadurch möglich, die Kollegen breit zu unterrichten, daß er „Druckschriften“ verteilte...

Ebenfalls wird die bisher nur für Aufsichtsrat und Betriebsrat gelten-

durchgeführt werden.

Soweit zu den dicksten Hämmern im Einzelnen, im übrigen wird „noch so nebenbei“ das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Verwarungen kurzerhand beseitigt (Betriebsrat wird nur noch „unterrichtet“).

Kampfinstrument der Kapitalisten

Mit einer solchen Arbeitsordnung versucht die Geschäftsleitung ein Mehrfaches zu erreichen:

Zum einen wird eine allgemeine, breite Disziplinierung angestrebt, ein dem – für Hanomag neuen – Arbeitstempo bei Massenproduktion angemessenes „Arbeitsklima“ soll geschaffen werden. Das bedeutet durchaus mehr als das „normale Arbeiten und Maul halten“: in der Tendenz steuert die AO auf die vollkommene Rechtlosigkeit der Arbeiter zu. So besteht auch heute schon nur die formale Möglichkeit, sich individuell zu beschweren. Die Möglichkeit, solidarisch Rechte und Interessen durchzusetzen, gibt es (nach der AO) nicht mehr. Wenn es dann doch „kracht“, hat die Geschäftsleitung – und das ist der weitere Charakter der AO – ein ganzes Arsenal von Maßregelungsmöglichkeiten in der Schublade. Diese Möglichkeiten werden natürlich nicht breit angewandt, sondern richten sich gezielt gegen aktive, konsequente Arbeiter. Die Arbeitsordnung wird auch insgesamt nicht schlagartig durchgeführt – die allgemeinen Disziplinierungsbestimmungen Stück für Stück. Stück für Stück, d.h. daß beispielsweise immer mehr fachliche Meister und Vorarbeiter nach ihrer Pensionierung durch fachliche Niete, aber Vollblutanscheißer ersetzt werden – wie der berühmte Schichtmeister Soltau. Indem immer häufiger Kollegen wegen zu langer Pausen oder „verfrühtem“ Feierabend verwarnt werden, wenn Kollegen zum Geschäftsleitungs-Obermütz Kellner reingerufen werden, weil sie nicht schnell genug arbeiten. So soll die Belegschaft nach und nach an die neue Gangart gewöhnt werden.

Die anderen Möglichkeiten der AO bleiben sicherlich vorerst in der Schublade und werden bei Bedarf hervorgeholt.

Eingeführt wird die AO heute, zu einem Zeitpunkt wo die zukünftige Arbeitshetze noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, wo sie vielfach durch Akkordfestlegung noch gar nicht manifestiert ist und wo der betriebliche Widerstand erst in Ansätzen sich zu entwickeln beginnt. Zweifellos aber werden sich die betrieblichen Auseinandersetzungen verschärfen – darauf ausgerichtet kommt die AO heute – vorbereitend.

Damit stehen die Hanomag-Kapitalisten nicht alleine. In der letzten Zeit werden verstärkt derartige Arbeitsordnungen eingeführt, oder sie liegen, wie bei Daimler-Benz, schon seit langem in der Schublade. Vielfach sind diese Arbeitsordnungen gar nicht im Blick – weil sie derzeit noch nicht umfassend angewandt werden. Sie schlummern aber nur solange in den Schubladen – wie

die Kapitalisten sie zur Unterdrückung nicht benötigen.

Die Tatsache, daß derartige AOs in der letzten Zeit verstärkt eingeführt werden, ist ein Zeichen der kapitalistischen Ausrichtung auf verschärfte Klassenauseinandersetzungen. Diese Arbeitsordnungen müssen daher als Teil der allgemeinen Fasisierung angesehen werden – und als solche auch bekämpft werden.



So stellt ihn sich die Geschäftsleitung vor – den neuen Hanomag-Arbeiter: Angekettet in Sträflingskleidung mit Scheuklappen und Maulkorb

Kampf der Arbeitsordnung

Es ist notwendig, diese Arbeitsordnung entschieden zu bekämpfen. Hierzu muß einerseits geprüft werden, ob sie gerichtlich angefochten werden kann, zum anderen aber muß vor allem der betriebliche Widerstand hiergegen entwickelt werden. Das heißt, daß sich die fortschrittlichen Teile der Belegschaft nicht mit der AO abfinden, sondern sie an allen „Ecken und Kanten“ bekämpfen, was z.B. so aussehen kann, daß Abteilungen trotz Arbeitsordnung zu den alten Zeiten zum Waschen gehen. Die Arbeitsordnung ist im Werk, trotz aller Scheinheiligkeit („das ist die nor-

malste Sache der Welt“) von Geschäftsleitung und Betriebsrat, auf eine recht breite Empörung gestossen, was sich in verstärkten Diskussionen, in einigen Abteilungen in Auseinandersetzungen mit Betriebsräten und Meistern zeigte. Die Empörung äußerte sich aber nur bei sehr wenigen Kollegen in der Bereitschaft zum aktiven Kampf gegen die AO. Hier gilt es vor allem für die Kommunisten, die politische Agitation zu verstärken – in die Richtung, daß die AO als politische Unterdrückungsmaßnahme, als Teil einer vorhandenen Fasisierung begriffen wird und somit der Kampf gegen die AO nicht begrenzt wird auf eine punktuelle „Verschönerung“ der AO. Gleichzeitig muß so versucht werden, den Kreis der aktiven Kollegen zu verbreitern.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist gerade in diesem Zusammenhang die Politik des derzeitigen Betriebsrats. Dieser stimmte ohne Zögern der AO bereits im Juli zu und lieferte die Belegschaft damit den Daimler-Benz-Kapitalisten aus. Dies alles ohne die geringste Information der Kollegen oder erst dann, wenn das Kind bereits ins Wasser gefallen ist. Besonders frech war es, die AO einen Tag nach der Betriebsversammlung zu verteilen – die nächste Versammlung ist, wie gesagt, März 75. Begründung: der Druck verzögerte sich – seit Juli!!

Angesichts der Tragweite dieser AO ist dies neben der Zustimmung zur Stilllegung der Autoproduktion der schärfste Angriff der letzten Zeit. Anstatt dies auch nur ansatzweise einzusehen, wird von einzelnen BR-Mitgliedern die AO heute den Kollegen selbst in die Schuhe geschoben – „ihr wolltet doch die Angleichung an Daimler-Benz“ hielt BR-„Linker“ Hein Barfuß empörrten Kollegen vor – der Zynismus und die Demagogie ist offenkundig, die Kollegen hatten die Angleichung an die Daimler-Sozialleistungen gefordert.

Diese Politik der „Auspöwerung“ und „Austrickerei“ ist mehrmals öffentlich auf Betriebsversammlungen kritisiert worden – geändert hat sich nichts.

Nächstes Frühjahr sind Betriebsratswahlen – für die fortschrittlichen Kollegen wird es jetzt darauf ankommen, verstärkt an den konkreten Punkten der Auseinandersetzung eine alternative Politik im Interesse der Belegschaft zu entwickeln.

Betriebszelle Hanomag/Henschel
KB/Gruppe Hamburg

Zur Lage der unterentwickelt gehaltenen Länder

„Die Armen kommen, die Neureichen (Ölexporture sind gemeint) sind schon da“ lautete die Überschrift eines ganzseitigen „Welt“-Artikels über die Rohstoffkonferenz der UNO in diesem Frühjahr in New York. Dort wurde mit Zustimmung aller Staaten z.B. beschlossen: „Volle Souveränität aller Staaten über ihre Bodenschätze und die wirtschaftliche Tätigkeit einschließlich des Rechts der Verstaatlichung.“

Mußten tatsächlich die Imperialisten „klein beigegeben“ und konnten sich nur noch bemühen, „den Angriff“ der Länder der „Dritten Welt“ abzuschwächen? Im Jahre 1973 stiegen die Rohstoffpreise im Durchschnitt um etwa 70% – für Zink z.B. sogar um das vierfache. Sind die Imperialisten etwa nicht mehr in der Lage, die armen Länder weiter auszubeuten, sondern müssen im Gegenteil immer härter berappen? Ganz und gar nicht passen in dieses Bild die besonders in den letzten Monaten verschärft aufgetretenen Hundersnöte mit Tag für Tag Tausenden von Opfern vor allem in Mittelfrika und Indien.

Dieser Artikel soll aufzeigen, in welchem riesigem Maße heute genauso wie in der Vergangenheit die unterentwickelt gehaltenen Länder von den Imperialisten ausgebeutet werden. Die imperialistischen Staaten, bisher vor allem der US-Imperialismus, versuchen jede Eigenständigkeit der Länder der „Dritten Welt“ zu zerstören – wirtschaftlich genauso wie politisch. Wenn sich auch die Formen der Unterdrückung und der Ausplünderung geändert haben, so hat sich doch seit dem „alten Kolonialismus“ nichts Wesentliches geändert.

Seit kurzem hat sich der Spielraum der unterentwickelt gehaltenen Länder geringfügig vergrößert aufgrund der veränderten Kräfteverhältnisse in der Welt – der schärferen Konkurrenz zwischen den Imperialisten und einem Aufschwung der nationalen und sozialen Bewegungen in einer ganzen Reihe von Ländern. Die Vergrößerung des Spielraums wird jedoch nur dann und nur dort nicht vorübergehend sein, wo die eigenständigen politischen Bewegungen der Volksmassen weitere Fortschritte machen.

Wie Amin (in: „Neuere Beiträge zur Imperialismustheorie“, Bd.1) angibt, haben sich die Austauschverhältnisse („terms of trade“) für die Länder der „Dritten Welt“ seit 1880 ver-

schlechtert – also seit dem Eintritt der führenden kapitalistischen Staaten ins imperialistische Stadium.

Für die Zeit von 1953 bis 1970 zeigt das folgende Tabelle:

Weltpreise der Industrie- und Rohprodukte:
(Quelle: *United Nations Statistical Yearbooks*)

	1953	1955	1960	1965	1970
Exportpreise von Industrieprodukten	100	99	108	113	123
Exportpreise von Rohprodukten					
– aus entwickelten Ländern	100	98	93	101	102
– aus unterentwickelten Ländern	100	102	92	91	97
Austauschverhältnis entw./unterentw. Länder	100	104	91	88	80

Der Anteil der armen Länder an den Weltexporten ist ständig gesun-

ken, wie nachfolgende Tabelle zeigt (Quelle: wie oben):

Anteile an den Weltexporten

	1955	1960	1965	1970
Imperialistische Welt	65,0	67,0	69,0	71,5
– USA	16,5	16,0	14,5	13,8
– EWG (der sechs)	20,0	23,5	25,5	28,0
– Japan	2,0	3,2	4,5	6,0
RGW-Länder	8,5	10,0	10,5	10,0
Unterentwickelte Länder	25,0	21,5	19,5	17,8

Die dritte Tabelle zeigt, daß die Rate des Industriegewachstums der armen Länder nur 1955 bis 1960 (nachdem 1955 die Rohstoffpreise relativ hoch gewesen waren) höher als der Weltdurchschnitt war, 1960 bis 1965 lag sie darunter. Der Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg von 1958 bis 1970 nur um 1/2% von 7,5 auf acht Prozent,

Gleichzeitig wuchs die Bevölkerung um rund das Doppelte schneller als in den imperialistischen Ländern (also einerseits die Zahl der für die Produktion zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, andererseits die Zahl der zu versorgenden Menschen). Insgesamt sank also sogar der ohnehin schon niedrige Anteil der Länder der „Dritten Welt“.

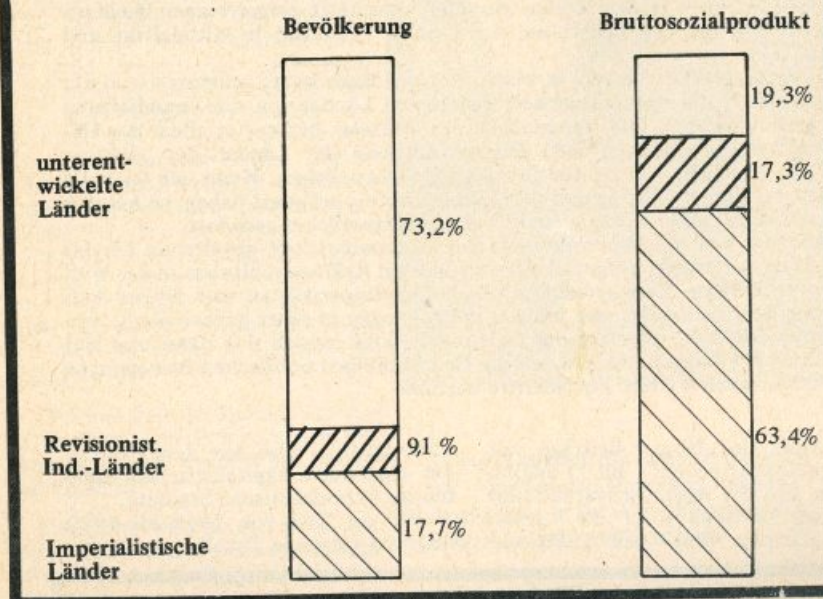
Wachstum der Weltwirtschaft 1950 bis 1970
(Quelle: wie oben)

	Rate des Bevölk.-Wachst. 1960-1965	Rate d. Ind.-Wachst.			Verteilung der Ind.-Produktion	
		50-55	55-60	60-65	1958	1970
Imperialistische Länder	1,3	5,7	3,3	6,0	65,5	61,0
– USA	1,5	5,0	1,0	5,8	37,0	30,5
– EWG (der sechs)	1,3	8,2	6,5	5,4	14,0	15,5
– Japan	1,0	18,0	13,5	11,6	2,0	4,5
RGW-Länder	1,2	12,5	11,0	8,7	27,0	31,0
Unterentwickelte Länder	2,5	7,0	7,0	6,5	7,5	8,0
Welt insgesamt (ohne VR China)	1,9	7,0	5,4	6,7	100,0	100,0

Die folgende Graphik zeigt, daß aufgrund dieser Entwicklung im Jahre 1973 für 73,2% der Weltbevölkerung

nur 19,3% des Welt-Bruttosozialprodukts zur Verfügung standen:

Anteile an der Weltbevölkerung und am Welt-Bruttosozialprodukt in %
(Quelle: US-Department of State nach „Spiegel“ 24/74).



Auch die Rohstoffpreissteigerungen nützen den Imperialisten

Die Rohstoffpreissteigerungen seit Ende 1972 (um etwa 70%) haben zur Ursache:

1) Die Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA einerseits und EG/Japan andererseits bewirkte eine gesteigerte Konkurrenz der Imperialisten um die Rohstoffe und ermöglichte den Ländern der „Dritten Welt“ gewisse Preissteigerungen. Aufgrund der in vielen Ländern wachsenden Volksbewegungen stieg aus-

serdem der Druck auf die nationalen Bourgeoisien der Länder der „Dritten Welt“, härter gegenüber ihren imperialistischen Herren aufzutreten. 2) Zum weitaus größten Teil sind die Rohstoffpreissteigerungen zurückzuführen auf höhere Profitspannen der imperialistischen Produktions- und Handelskonzerne.

Die Monopole waren die eigentlichen Profiteure der Preissteigerungen, und nicht etwa die unterentwickelt gehaltenen Länder. So gibt z.B. die „FR“ vom 20.4.74 an, daß Chile schon sein ganzes für 1974 zu erwartendes Kupfer für 0,75 cent das Pfund verkauft hat, während der Kurs aber bei 1,50 Dollar liegt. Das heißt also, daß die Händler und Spekulanten durch das Hin- und Herschieben des Kupfers auf dem Papier

noch mal so viel einnehmen wie das Erzeugerland für den Abbau und die Weggabe seiner Rohstoffschätze (übrigens noch einschließlich der hohen Profitraten der US-Konzerne in Chile). Die „Zeit“ berichtete am 10.8.73, daß Ghana (größter Kakao-Erzeuger) um 6,6% höhere Preise erzielt – bei einem Anstieg der Großhandelspreise um 18%. Bei Zink liege der Preis an der Londoner Börse bei 397 Pfd. Sterling je Tonne, der Produzentenpreis liege bei 220 Pfd. Sterling.

Inzwischen sind übrigens die Rohstoffpreise seit März/April schon wieder um zehn bis 15% gesunken. Ein weiteres Sinken ist wahrscheinlich, da nach der vergangenen Steigerung (die Preissteigerung Anfang der 50er Jahre war übrigens zurückzuführen auf den Wirtschaftsboom infolge der US-Aggression in Korea) durch Aufschluß neuer Bergwerke und neuer Anbaugelände, teilweise auch Ersatz bestimmter Rohstoffe durch andere Stoffe, das Angebot wieder mehr über die Nachfrage steigen wird. Und eine monopolistische Bestimmung des Rohstoffmarktes durch Erzeugerkartelle wird den Ländern der „Dritten Welt“ solange nicht möglich sein, wie an ihrer Spitze Vertreter sitzen, die im Grunde genommen nicht ihr Volk und deren Interessen repräsentieren, sondern die Interessen der nationalen Bourgeoisie; die antiimperialistische Stimmung im Volk nur dazu ausnützen wollen, etwas mehr von der imperialistischen Ausbeutung des eigenen Landes mitabzubekommen, aber gegen die Ausbeutung des Volkes im Grunde nichts einzuwenden haben, und auch eine entsprechende reaktionäre, volksfeindliche Innenpolitik betreiben. Der Zusammenschluß solcher Kräfte in Rohstoffkartellen ist genau aus diesem Grunde so wenig wirksam. Denn in allen bisher aufgetretenen Kartellen dieser Art handelte es sich in keinem Fall um einen Zusammenschluß der entsprechenden Völker. Die Erfahrungen mehrerer Befreiungsbewegungen nach 1945 haben jedoch gezeigt, daß die Völker durchaus in der Lage sind, wenn sie sich zusammenschließen, eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen.

So erklären sich auch die Erfolge der OPEC, die die Ölpreise erheblich erhöhen konnten mehr durch ein gewisses Interesse der US-Konzerne an solchen Preissteigerungen, als durch eine entschiedene Politik der OPEC-Mitglieder, wo bekanntlich 50% der Mitglieder erreaktionäre Scheichs sind. Die US-Konzerne haben ja auch für eine gewisse Zeit das Öl künstlich zurückgehalten.

Abschließend kann man feststellen, daß sich in den letzten zwei Jahren insgesamt das Austauschverhältnis für die unterentwickelt gehaltenen Länder etwas verbessert hat, daß damit aber längst nicht die Verschlechterung der 50er und 60er Jahre aufgeholt worden ist.

Im einzelnen hat sich eine wesentliche Verbesserung nur ergeben für die Erdölländer und vielleicht noch einige weitere Länder, die besonders

viel Zink oder ähnlich im Preis gestiegene Rohstoffe exportieren. Für alle übrigen Länder hat sich die Lage weiter verschlechtert. (Für die Länder, die den sozialistischen Weg eingeschlagen haben, hat sich die Lage jedoch eindeutig verbessert).

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Untersuchung der UNCTAD (Unterorganisation der UNO): Sie stellt fest, daß – Erdöl ausgenommen – sich die Einnahmen der Industrieländer für den Export von Grundprodukten (Getreide, Textilfasern, Kunstdünger usw.) 1973 von 29 auf 58 Mrd. Dollar erhöht haben, die Einnahmen der „armen Länder“ nur von 20 auf 31 Mrd. Dollar. 1973 mußten die „armen Länder“ fünf Mrd. Dollar mehr für die Ein-

„Entwicklungshilfe“ der „armen Länder“ an die Imperialisten in Höhe von 25 Mrd. Dollar

Schon lange sind die Länder der „Dritten Welt“ enorme Quellen von Extraprofit für die imperialistischen Länder. So hat z.B. England bis zum Jahre 1800 aus Indien Werte von 500 Mio. bis einer Mrd. Pfd. Sterling herausgeholt. Schätzungsweise zehn Prozent des Bruttoeinkommens Indiens eignete sich England während der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts an.

Die Methoden der Ausbeutung haben sich im Laufe der Zeit immer

unterentwickelt gehaltenen Länder an die imperialistischen Staaten auf 22 Mrd. Dollar. Dazu wären dann noch zu rechnen die Gewinnüberweisungen der Niederlassungen der Monopole dort in die imperialistischen Länder. Das gesamte Inlandsprodukt der „Dritten Welt“ betrug zu der gleichen Zeit (1969) rund 150 Mrd. Dollar – da bedeutet ein Verlust von rund 25 Mrd. Dollar eine unheimlich große Summe. Die gesamte sogenannte „Entwicklungshilfe“ und das in den armen Ländern investierte Privatkapital ist weniger als die Hälfte dieses jährlichen Verlustes – mal ganz abgesehen davon, wozu der Kapitalexport und die staatliche „Hilfe“ dienen und daß die staatliche „Hilfe“ größtenteils mit Zinsen zurückzahlen ist.

Der Imperialismus unterdrückt jede Eigenständigkeit der Völker der „Dritten Welt“

Genauso wie die Imperialisten jede selbständige politische Bewegung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern brutal zu unterdrücken suchen, genauso versuchen sie, jede ökonomische, ja auch kulturelle Selbständigkeit zu verhindern und auszulöschen. Kulturell versucht der Imperialismus, alle den Völkern der „Dritten Welt“ eigenen Kultur- und Traditionselemente auszumerzen. Nur die rückständigen Seiten spielt er hoch und nutzt sie für sich aus wie z.B. die mohammedanische und buddhistische Religion in Indien zur Spaltung des Volkes und des Landes. Teilweise schreitet der Imperialismus bis zur physischen Vernichtung der Völker der „Dritten Welt“. Sei es bei der Bedrohung seiner Herrschaft (wie in Vietnam und Mosambik) oder auch aufgrund ökonomischer Gewinne wie im brasilianischen Amazonasgebiet, wo ganze Indianerstämme niedergemetzelt oder durch gezielte Infektion mit dort bisher unbekannten Krankheiten (keine Abwehrstoffe im Körper vorhanden) ausgerottet werden (weil sie der imperialistischen „Erschließung“ und Ausplünderung dieses Gebiets im Weg stehen).

Nach der Eroberung der Kolonien zerstörten die Kolonialmächte auch jede ökonomische Eigenständigkeit. England verschärfte z.B. in Indien nicht nur die Rassen-, Kasten- und Religionsspaltungen, es betonte nicht nur die Rolle der Fürsten, der Gutsbesitzer, der hohen Beamten und es zerschlug nicht nur jeden politischen Widerstand, sondern es zerstörte auch das relativ weit entwickelte indische Wirtschaftssystem, Landwirtschaft, Handwerk und Handel Indiens wurden ganz abgestimmt auf die Bedürfnisse Englands.

Ähnliche Funktion haben heute die Kapitalinvestitionen und die „Entwicklungshilfe“ (besser: Unterentwicklungshilfe): Sie dienen der Ausbeutung der Bodenschätze für die Imperialisten und der Erzielung von möglichst viel Gewinn aus landwirtschaftlichen Monokulturen (bei vielen Ländern bestehen 70, 80 oder



Verhungernde – Opfer des Imperialismus

fuhr von Lebensmitteln und Kunstdünger zahlen. Die Ausgabe für die gleiche Menge von Industrieprodukten wie 1972 erhöhten sich um sieben bis zehn Mrd. Dollar. So bleibt von ihren elf Milliarden Mehreinnahmen nur noch ein Minus von einer bis vier Mrd. Dollar. (Zusätzlich müssen diese Länder auch noch sieben Mrd. Dollar mehr an die Ölmonopole zahlen).

Extraprofite durch Investitionen in den Ländern der „Dritten Welt“

Zu der Ausbeutung der unterentwickelt gehaltenen Länder mittels des ungleichen Tausches ihrer Rohstoffe mit den industriellen Gütern kommt noch die Ausbeutung durch die dort niedergelassenen Monopolfilialen hinzu. So erreichte z.B. 1969 die offiziell (!) ausgewiesene Profitrate langfristiger US-Direktinvestitionen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern 16,4%, gegenüber 4,3% in den entwickelten Ländern. 1960 bis 1968 investierten die imperialistischen Staaten in 31 „armen Ländern“ Kapital in Höhe von 7,3 Mrd. Dollar und erzielten darauf einen Gewinn von 19,1 Mrd. Dollar (beide Angaben von V. Brandes, „Krise des Imperialismus“).

mehr „verfeinert“: Ursprünglich direkter Raub (z.B. der Spanier in Südamerika), später etwas mehr verschleierte Beraubung der Kolonien (z.B. dürfen die portugiesischen Kolonien ihre Produkte größtenteils nur an Portugal verkaufen – zu weit unter Weltmarktniveau liegenden Preisen), dann die Ausbeutung der formal unabhängigen Länder mittels des ungleichen Austausches sowie hoher Gewinne auf den Kapitalinvestitionen. Wenn Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ feststellen, daß das Kapital den Weltmarkt herstellt, so hat die Bourgeoisie dies doch nach dem zweiten imperialistischen Weltkrieg erst wirklich vollzogen. Erst jetzt treten beim Welthandel formal völlig gleichgestellte Partner einander gegenüber, genauso wie der Arbeiter dem Kapitalisten in der bürgerlichen Demokratie formal gleichgestellt ist (beide dürfen Banken besitzen und Steuern sparen durch einen Wohnsitz im Tessin, beide dürfen nicht „unter Brücken schlafen, auf den Straßen betteln und Brot stehlen“ – Anatole France). Erst jetzt dient der Kapital-Export nicht nur dazu, notwendige Rohstoffe zu beschaffen, sondern auch durch Niedriglöhne bei arbeitsintensiver Produktion die Profite zu erhöhen.

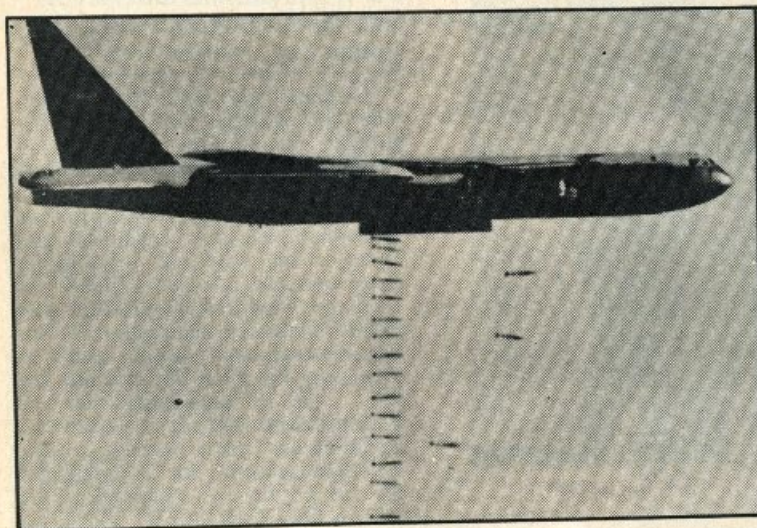
Amin schätzt (in dem o.a. Buch) die jährliche Wertübertragung der

90% des Exports aus einem Produkt, z.B. Bananen, wovon sie vollständig abhängig sind), oder z.B. der Produktion von Textilien und Filmkameras bei Niedrigstlöhnen für die imperialistischen Länder. Nicht produziert wird für die Bedürfnisse der einheimischen Wirtschaft. Nebenbei werden zugleich die Reste des einheimischen Handwerks zerstört. Die hochentwickelte, sehr spezialisierte und komplizierte, auf Ersatzteile aus den imperialistischen Ländern (und meist auch Techniker) angewiesene Technologie zerstört ebenfalls eine selbstständige Entwicklung der Produktivkräfte. Das Hamburger „Handelsblatt“ (5.3.71) jedoch gilt sogar den Bergbau als „entwicklungsfördernd“ aus, da er viele Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Abhängigkeit der Länder der



Das offene Gesicht des Imperialismus: Ermordete Befreiungskämpfer in Vietnam – Bombardierung Vietnams – KZ-Insel Jaros in Griechenland



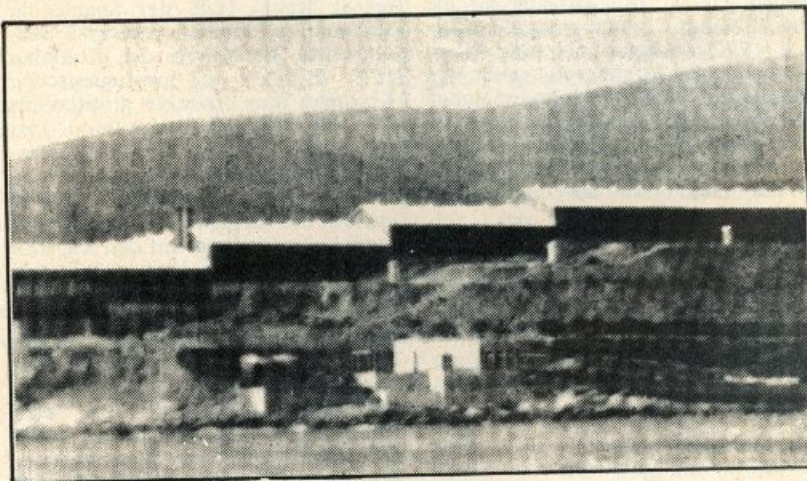
Ähnliches gilt heute für die Textilindustrie und andere niedrig entwickelte Branchen. Außerdem machen die Imperialisten Extraprofit, soweit die Betriebe in den Ländern der „Dritten Welt“ ihre eigenen Betriebe sind.

Bei einigen Ländern, die ursprünglich zur „Dritten Welt“ gehörten, ist die Entwicklung jedoch anders verlaufen. Sie konnten eine Entwicklung durchmachen – oder sind dabei – sich von den übrigen Ländern der „Dritten Welt“ abzuheben, sich in einer gewissen Weise zu industrialisieren und sich meist gegenüber ihren Nachbarländern in imperialistischer Weise zu verhalten und so zu Mitträgern der imperialistischen Welt zu werden. Beispiele

„Dritten Welt“ zeigt sich auch deutlich daran, daß 80% ihres Handels Handel mit den imperialistischen Ländern ist, während diese zu 80% untereinander austauschen.

Abhängigkeit auf höherer Stufe und eigene imperialistische Entwicklung

Seit einiger Zeit beginnt sich die Abhängigkeit auf höherer Stufe fortzusetzen. Während bis dahin nur Rohstoffausbeutung und teilweise erste Verarbeitungsstufe sowie einfache Konsumgüter (z.B. Textilien) erzeugt wurden, befindet sich allmählich auch eine einfache Stahl- und Chemieindustrie, also eine gewisse Grundstoffproduktion, im Aufbau. Das bedeutet jedoch keineswegs mehr Unabhängigkeit. Denn die imperialistischen Länder behalten sich selbst vor: Den hochentwickelten Maschinenbau, Atomindustrie, Elektronik u.ä. Die Monopole haben ein gewisses Interesse daran, daß die armen Länder die niedrige Industrie haben: Denn importierte Textilien senken die Löhne in den imperialistischen Ländern.



So sank z.B. in England der Lohn vom Index 124 im Jahre 1810 auf 88 im Jahre 1845. (Erst 1860 erreichte der Nominallohn wieder das Niveau des Jahres 1810).

Diese Lohnsenkung wurde zu einem großen Teil ermöglicht durch Import von Weizen aus den englischen Kolonien, statt ihn wie vorher im eigenen Land zu produzieren. Außerdem wurden dadurch Arbeitskräfte auf dem Land für die Industrie und die Arbeitslosenarmee frei.

hierfür sind Südafrika, Brasilien und Iran. Bei dieser Entwicklung kam ihnen entweder ihre strategische Lage oder innerimperialistische Gegensätze oder beides zugute. Eine mehr oder weniger starke Abhängigkeit von einem imperialistischen Land oder von den großen imperialistischen Ländern als ganzes bleibt jedoch bestehen. Mit diesen arbeiten sie auf alle Fälle in engster Weise zusammen, wenn es darum geht, nationale Befreiungsbewegungen zu unterdrücken.



Demonstration in den USA gegen den Vietnam-Krieg – Demonstration in Äthiopien für demokratische Rechte – Vereint gegen den Imperialismus

Die Weltrohstoffkonferenz. . .

Vom 9. April bis zum 2. Mai fand in New York die „Weltrohstoffkonferenz“, eine Sondervollversammlung der UNO, statt. Abschlußergebnis war die Verabschiedung zweier Dokumente durch „Konsensus“ (ohne Abstimmung) aller 135 Länder, aber mit „erheblichen Vorbehalten“ durch die imperialistischen Länder. Die „Erklärung über die Errichtung einer neuen (!) internationalen Wirtschaftsordnung“ sagt z.B. richtig: „Es hat sich als unmöglich erwiesen, im Rahmen der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung eine gleichmäßige und ausgeglichene Entwicklung der internationalen Gemeinschaft zu erreichen. In einem System, welches zu einer Zeit geschaffen wurde, als die meisten Entwicklungsländer noch nicht einmal als unabhängige Staaten existierten und welches die Ungleichheit verewigt, vertieft sich die Kluft zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern weiterhin.“

Die Erklärung fordert die „Achtung“ u.a. folgender „Grundsätze“: Gleichberechtigung aller Staaten; Selbstbestimmungsrecht aller Völker; territoriale Unantastbarkeit; Nicht-einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten; breiteste Zusammenarbeit (!) aller Mitgliedsstaaten der internationalen Gemeinschaft; das Recht jeden Landes, sich ohne



Diskriminierung das ihm genehme soziale und wirtschaftliche System zu geben; volle Souveränität über die Bodenschätze und die wirtschaftliche Tätigkeit einschließlich des Rechts der Verstaatlichung; Entschädigung für die Ausbeutung für die Territorien, die fremder Beherrschung unterworfen sind; Kontrolle der multinationalen Unternehmen; Beistand für die um ihre Freiheit kämpfenden Völker; gerechte Relationen zwischen den Preisen der Exportgüter der „Dritten

Welt“ und den Gütern der Industrieländer; Ausweitung der aktiven Unterstützung der „Entwicklungsländer“; Sicherung günstiger Bedingungen beim Kapitaltransfer (!) an „Entwicklungsländer“; Erleichterung der Rolle von Erzeugerkartellen.

Aus politischen Gründen wurden diese Punkte mit dem Konsensus der imperialistischen Länder verabschiedet. Eine Weigerung hätte schlecht ausgesehen. Mit folgenden Forderungen kamen die unterentwickelten Länder nicht durch: Das

Recht auf Verstaatlichung nach Landesrecht (die imperialistischen Länder forderten nach „internationalem Recht“) – Kompromiß: Verstaatlichungsform wird nicht genannt.

20.4.74). An anderer Stelle wiederum sagen die Schreiberlinge der Bourgeoisie offen, daß in New York keinerlei wirkliche Eigenständigkeit der „armen Länder“ erreicht wurde:



sche Eingriffe nicht immer so reagiert, wie man es gerne hätte.“ Ja, nur durch vollkommene Beseitigung der imperialistischen Ausbeuter und der von ihnen ausgehaltenen einheimischen Clique werden die

armen Länder dem „Teufelskreis der Armut“ entkommen, wobei sie aber darauf gewappnet sein müssen, daß der Imperialismus ihrem Befreiungskampf nicht nur das „wirtschaftliche Gefüge“ entgegengesetzt.

Zwei Beispiele aus Springers Federn sollen noch die üble Hetze verdeutlichen, mit der wir es bei uns zu tun haben: „Und kaum eine dieser jungen Nationen denkt so rational (!) um einzusehen, daß höhere Rohstoffpreise in höheren Preisen für die eigenen Importgüter zum Ausdruck kommen, wodurch sie selbst geschädigt werden“. („WamS“, 12.5.74). (Das Märchen von der Lohn-Preis-Spirale anders angewandt – im übrigen kann man natürlich genauso wie kleine Kinder auch junge, „nicht rational denkende“ Nationen zu „ihrem Glück“ zwingen). In der „Welt“ vom 9.5.74 beginnt ein Kommentar mit dem Satz: „Wir, die Reichen dieser Erde –

Elend der Volksmassen – Reichtum einiger „Gouverneure“ des Imperialismus (Slums und Kaiserpalast in Addis Abeba/Äthiopien)

Die „Forderung“ nach gerechten Preisrelationen zwischen Import- und Exportgütern wurde durch „erstreben“ ersetzt. Abgeschwächt wurde die Formel über die Gründung von Erzeugerkartellen nach dem Vorbild der OPEC, indem ausdrücklich auf die Zusammenarbeit zwischen Produzenten- und Verbraucherländern hingewiesen wird.

Faktische Änderungen ergeben sich aus der UNO-Konferenz nicht. Es handelt sich erst mal nur um bloßes Papier. Und die beiden Dokumente würden auch als Papiere erst dann Geltung erlangen, wenn sie von den Parlamenten der beteiligten Länder beschlossen würden. Ansätze dazu sind z.B. in der BRD bisher nicht zu sehen. Die Rohstoffkonferenz hat also wesentliche Erfolge für die Länder der „Dritten Welt“ nicht gebracht.

Im Zerrspiegel der bürgerlichen Presse

Die Rohstoffkonferenz wurde jedoch von der Presse der imperialistischen Länder gegenüber den Werktätigen in den imperialistischen Ländern ausgeschlachtet: „Es wird niemals mehr so sein wie es einmal war. Die Kolonialzeit gehört endgültig der Vergangenheit an“ („Welt“, 6.6.74). „Die militante Gruppe, die rund 30 Entwicklungsländer umfaßt (an der Spitze Algerien), geht inzwischen so weit, daß sie auf Eingriffe wie Interdependenz (voneinander abhängig) und gemeinsame Interessen verzichtet will. Das ist ein schlimmes Zeichen.“ („Welt“,

„Die Papiere . . . liegen nun auf dem Tisch, und die Dritte Welt wird in naher Zukunft versuchen, Punkt für Punkt durchzusetzen. Ohne die Industriestaaten geht das jedoch nicht“ („Welt“, 4.5.74). Der „Tagesanzeiger“ vom 4.5.74 drückt die Beherrschung der „armen Länder“ durch das kapitalistische ökonomische System, das durch irgendwelche sozialreformerische Mittel im Wesen nicht geändert wird, so aus: „Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bilden nämlich ein sehr zerbrechliches Gefüge, das auf politi-

denn das sind wir, Hilfsarbeiter eingeschlossen (!!) – werden uns an einen neuartigen Zustand gewöhnen müssen: Die Armen der Welt werden uns unter Druck setzen. . .“ – Der Kommentar endete dann schließlich 100 Zeilen später: „Gewiß, die Erklärung hat nur den Charakter einer Empfehlung, die in den Parlamenten aller 135 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müßte, um Rechtskraft zu erlangen. So ist das Ziel nicht erreicht, aber doch wieder einen Schritt näher gerückt. Und jeder von uns sollte es kennen, ob ernun die



sich abzeichnende Solidarität begrüßt oder auf einen angemessenen (!) Lohn für seine überlegene Leistung (!) beharrt. Die bequemen Tage der reichen Völker sind vorüber, Hilfsarbeiter eingeschlossen (!!!)“.

Auf solchen Konferenzen der UNO und ähnlicher Organisationen – wie z.B. die Rohstoffkonferenz, die Seerechtskonferenz oder Konferenzen der UNCTAD – kommen verbal die Widersprüche in der Welt schon zur Geltung. Die Vertreter der nationalen Bourgeoisie geben sich radikaler, als sie wirklich sind. Auch die sozialistischen und revisionistischen Länder sind vertreten und äußern ihre Meinung. In vielen Fällen erleiden die imperialistischen Länder Abstimmungsniederlagen, was dem realen Kräfteverhältnis meist nicht entspricht. Abstimmungsniederlagen in diesen Gremien sind keine politischen Niederlagen der Imperialisten. In der Regel sind sie folgenlos und stehen nur auf dem Papier. Auch wenn verschiedene Vertreter von Entwicklungsländern hier „revolutionär“ auftreten, so heißt das nicht, daß sie auch eine revolutionäre Politik ihrer Länder verkörpern. Dies wird verschiedentlich jedoch so interpretiert. Manche gehen sogar so weit, von einer geschlossenen Einheitsfront zwischen den sozialistischen Ländern und den Ländern der „Dritten Welt“ gegen den Imperialismus zu reden.

Davon kann gar keine Rede sein. Die Front der Länder der „Dritten Welt“ ist nicht einheitlich, weil in vielen wichtigen Einzelfragen die herrschenden Klassen dieser Länder selbst in Konkurrenz zueinander stehen und von den Imperialisten gegeneinander ausgespielt werden. Auf die unterschiedliche Entwicklung und Interessenlage der einzelnen Länder der „Dritten Welt“ wurde schon vorhin am Beispiel Persiens und Brasiliens hingewiesen. Diese Länder gehören keineswegs in eine sogenannte „Einheitsfront gegen die Supermächte“, sondern ihre Regierungen dienen direkt der „Supermacht“ USA.

Das Märchen von der Rohstoffknappheit

Unter der Überschrift „Die Ölkrise war nur ein leichter Vorgesmack“ reihte sich der „Stern“ ein in die chauvinistische, von der Arbeiterklasse Opfer fordernde Kampagne zur Sicherung der Rohstoffe für den BRD-Imperialismus. „Nun wird Silber knapp und dann das Kupfer und Zinn und Zink und Blei und Aluminium. Wir (?!) haben die Erde ausgeplündert und die Rohstoffländer nicht gefragt. Nun sind sie aufgewacht. (Haben sie bis jetzt geschlafen? Sind sie nicht per Mord und Folter in eine Friedhofsruhe gebracht worden?) Wenn sie sich rächen . . . dann gnade uns

Gott“. Im weiteren entwickelt dann der „Stern“ trotz seiner Feststellung daß „wir (?!) die Erde ausgeplündert haben“, eine Strategie, wie die BRD-Imperialisten weiterhin die Rohstoffe ausbeuten können – von der Forderung nach höheren Investitionen westdeutscher Monopole bis zu Gesprächen mit den Faschisten in Brasilien. Wie beim Erdöl versucht der „Stern“ bei den Erzen Panikmache mit der angeblichen Knappheit. Nach dem „Stern“ reicht z.B. das Aluminium auf der Welt nur noch für 30 Jahre, hingegen sind nach Rolshoven (in dem Buch „Mineralstoffe“), beruhend auf Angaben des „US-Bureau of Mines“ und der Ford-Stiftung, im Jahre 2000 erst 1/4 der heute bekannten Reserven verbraucht. Bei anderen Rohstoffen macht der „Stern“ ähnlich „vertrauenswürdige“ Angaben:

„Stern“: Eisen – 17 Jahre
Chrom – 54 Jahre

Rolshoven: Eisen – im Jahre 2000 erst etwa vier Prozent (!) verbraucht

Chrom – im Jahre 2000 erst etwa gut ein Fünftel verbraucht.

Darüberhinaus nehmen bei den Rohstoffen in der Regel bisher die Neufunde noch stärker zu als der Verbrauch. Weiterhin wird als „Reserve“ nur bezeichnet, was zu heute profitablen Bedingungen gefördert werden kann. Bei neuen Gewinnungsmethoden oder bei steigenden Preisen können sich die „Reserven“ auf das Mehrfache vervielfältigen. Weiterhin ist bei fast allen Rohstoffen relativ leicht eine Substitution (Ersetzung durch andere Stoffe) möglich. Eine Wiederverwendung findet auch heute größtenteils noch nicht statt. Und nicht zuletzt ist der Meeresbergbau noch gar nicht entwickelt (das Meer bedeckt 2/3 der Erdoberfläche) und das Meerwasser selbst enthält alle in der Natur vorkommenden Elemente in geringer Konzentration – der Gehalt der Ozeane an den verschiedenen Metallen wird auf 50 Trillionen Tonnen geschätzt, eine Menge, die das Vorstellungsvermögen übersteigt.

Das Märchen von der Rohstoffknappheit dient nicht nur einer chauvinistischen, von der Arbeiterklasse Opfer fordernden Kampagne, sondern ist im übrigen auch Bestandteil der neuen „Philosophie“ von den „Grenzen des Wachstums“. Zuerst deutlich vertreten wurde diese „Philosophie“ in dem Bericht des „Club of Rome“ „zur Lage der Menschheit“: „Die Grenzen des Wachstums“ (verfaßt von Meadows u.a. – erhielt übrigens den „Friedenspreis des Deutschen Buchhandels“ 1973). (Der „Club of Rome“ ist ein Gremium von etwa 70 Kapitalisten und bürgerlichen

Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern). Kurz zusammengefaßt wird in diesem Buch gesagt, daß die Menschheit, der Verbrauch von Rohstoffen, die Umweltverschmutzung, der Kapitalbedarf jeweils „exponentiell“ wachsen, also nicht jährlich um die gleiche absolute Zahl zunehmen, sondern jährlich um einen gewissen Prozentsatz. Nach dieser Methode kommt man z.B. zu dem Ergebnis, daß bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von drei Prozent die Weltbevölkerung von heute etwa 3,8 Mrd. sich etwa alle 23 Jahre verdoppelt, also 7,6 Mrd. 1999, 15,2 Mrd. 2022 und schließlich 243,2 Mrd. im Jahre 2114.

Mathematisch stimmt die Methode, jedoch heißt die Schlußfolgerung nicht, wie sie von Meadows und Co. gezogen wird, Eindämmung des Bevölkerungswachstums durch Verbote etc., sondern Beseitigung der Verelendung in der „Dritten Welt“ – das ist nur möglich, wenn die Völker der „Dritten Welt“ eine eigenständige Wirtschaft aufbauen, wenn sie also sich vom Imperialismus befreien und den Sozialismus aufbauen. (Wenn z.B. durch eine Altersversorgung ein wichtiges Motiv für viele Kinder hinfällig ist.) Aus der „exponentiell“ zunehmenden Umweltverschmutzung ziehen Meadows & Co. nicht den Schluß, daß die Herrschaft der Kapitalisten über die Produktion nach dem Profitprinzip zu ersetzen sei durch die Herrschaft der Arbeiterklasse nach dem Prinzip der gesellschaftlichen Produktion, sondern sie ziehen den Schluß, daß das Wirtschaftswachstum zu begrenzen sei.

Unzweifelhaft steht die Menschheit vor großen Problemen, wenn schon heute Millionen verhungern, wenn schon heute Luft und Wasser zunehmend vergiftet werden, wobei die gesundheitlichen Grenzen und Folgen für die Menschheit bisher so gut wie gar nicht erforscht sind. Unzweifelhaft nimmt die Gefahr der Selbstzerstörung der Menschen (sei es durch Umweltvergiftung, Hungersnöte oder Atomkrieg) zu – sie nimmt zu, solange der Imperialismus noch existiert.

Bei der „Philosophie“ von den „Grenzen des Wachstums“ handelt es sich um ein typisches Produkt der bürgerlichen Wissenschaft zu einer Zeit, wo die Wirtschaftskrisen deutlicher werden, wo sich eine Verschlechterung der Lage der Werktätigen ergibt. Das Ende des „Wirtschaftswunders“ soll nachträglich „begründet“ werden, der Arbeiterklasse soll eingeredet werden, daß sie den Riemen enger zu schnallen habe. Unter dem Deckmantel der „humanistischen Sorge um das Morgen, um die nach uns kommenden Generationen“ will die Bourgeoisie eine für die arbeitende Klasse pessimistische Zukunftsperspektive als „weitsichtig“ und „notwendig“ hinstellen.

Der BRD-Imperialismus sichert seine Rohstoffzufuhr ab

Die BRD-Imperialisten sind weitgehend auf Rohstoffzufuhr angewiesen. Die BRD verbraucht knapp zehn Prozent aller in der Welt geförderten mineralischen Rohstoffe. Die Eigenförderung ist gering, nennenswert nur bei Zink, Blei, Steinsalz, Kalisalz, Flußspat und Schwefel. Alle übrigen Mineralien kommen nahezu vollständig aus ausländischen Lagerstätten. Vergleichbar mit der Versorgungslage beim Erdöl haben die BRD-Imperialisten bisher nur wenige Rohstoffquellen unter eigener Kontrolle. Diese sind größtenteils in den Händen von US-Monopolen, aber

auch England und Frankreich haben aufgrund ihrer Kolonialvergangenheit erheblichen Einfluß. Voraussetzung für eine eigenständige imperialistische Macht ist eine relativ preiswerte und auch in „Krisenzeiten“ sichere Rohstoffzufuhr (zumindest bei den für die Industrie, für die Rüstung wichtigen Rohstoffen, nicht z.B. bei Bananen). Während in der Vergangenheit der „freie Einkauf“ für die BRD-Monopole preislich oft vorteilhafter war als der eigene Besitz von Bergwerken etc. (mit großen Investitionen verbunden), hat sich die Lage jetzt mit dem Abbau der alleinigen US-Vormachtstellung, also mit der verschärften imperialistischen Konkurrenz, oder, wie es Rohwedder, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, ausdrückte, mit der „zunehmenden Politisierung der Rohstoffe“, grundlegend geändert.

Inzwischen besitzen die westdeutschen Monopole bei Eisenerz und Uranerz schon eine erhebliche Eigenversorgung. Im Jahre 1970 veröffentlichte die Bundesregierung ein „Rohstoffsicherungsprogramm“ – es sieht u.a. vor, daß die westdeutschen Unternehmen für die Suche nach Rohstoffen bis zu 50% Zuschüsse vom Staatshaushalt bekommen, die nur bei Erfolg der Suche zurückgezahlt werden müssen. Das „Handelsblatt“ konnte schon am 29.11.71 lobend feststellen: „Unabhängig von den Tagesschwankungen widmet die Bundesregierung den Problemen einer langfristig gesicherten Rohstoffversorgung seit Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit. Aus dem Gespräch mit der beteiligten Wirtschaft ist ein permanenter Dialog geworden.“ Dies ist inzwischen noch intensiviert worden. Z.B. lud im Januar Bundespräsident Heinemann Vertreter der Bundesregierung und der Industrie zu einem „viel beachteten“ Gespräch. Die westdeutschen Imperialisten wollen angeblich „partnerschaftliche Beziehungen mit den Rohstoffländern knüpfen“ (Rohwedder); sie wollen, in Wahrheit übersetzt: Eigene Beziehungen, die politisch abgesichert werden und nicht nur rein ökonomisch von dem jeweiligen Unternehmen allein eingegangen werden, und



Westdeutsches Nickelbergwerk im Aufbau (in Australien)

Beziehungen, die das jeweilige Rohstoffland eng an die BRD binden. Die „FR“ schrieb am 20.4.74:

„Die Bundesrepublik zeigt sich besonders an einer engen Zusammenarbeit mit dem Rohstoffland Brasilien (!) interessiert. Dies unterstrich nach seiner jüngsten Reise durch dieses südamerikanische Land Bundesfinanzminister Schmidt“. Friderichs erklärte am 17.1.74 laut „Süddeutsche Zeitung“ vom 19.1.74: „Die Bundesregierung werde sich bei der Rohstoffsicherung keinesfalls auf defensive Strategien beschränken (!), sondern nehme die Situation zum Anlaß, die internationale Situation zwischen Industrie-, Rohstoff- und Entwicklungsländern zu verbessern (!) und auf eine neue Grundlage zu stellen ... Um die zur Erhöhung des ... Angebotes notwendigen In-

vestitionen besser absichern (!) zu können, werde gegenwärtig sehr sorgfältig geprüft, welche Instrumente (?!) geeignet seien, um den höheren politischen Gefahren (!) zu begegnen (!), die über die ökonomischen Risiken hinausgehen. Außerdem wird die Bundesregierung neben der Schaffung eines potenten Mineralölparters Anreize (!) für deutsche Firmen zur Kooperation im Nichtölbereich schaffen. Für diese Kooperation werden Bundesregierung und Parlament erhebliche Finanzmittel (!) bereitstellen müssen ... Außerdem sollen die vorhandenen Förderungsinstrumente (!) ... ausgebaut (!) werden ... Ferner werden die im Bundeshaushalt für die verschiedenen Bürgerschafts- und Garantieinstrumente vorgesehenen ... Fonds erhöht (!) werden.“

Weiterer Kommentar überflüssig.

‘DIE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN!’

Anzeige



Nachdruck von Texten zu den politischen Problemen des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse.

250 S.
6,00 DM

Erhältlich im ARBEITERBUCH,
2 HH 13, Grindelhof 45 oder über

VERLAG ARBEITERKAMPF,
J. Reents, 2 HH 13, Rutschbahn 35

11. Gewerkschaftstag der IGM: Dieser Gewerkschaftstag war ein Tiefpunkt

Am 21. September ging der 11. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover mit der Wiederwahl des alten geschäftsführenden Vorstands zu Ende. Mit klarer Mehrheit wurden Eugen Loderer (bei nur 8 Gegenstimmen und 42 Enthaltungen) von den 526 Delegierten zum Vorsitzenden und Hans Mayr zu seinem Stellvertreter gewählt.

So wie die Wahl eindeutig zugunsten des IGM-Vorstands ausging, so war der gesamte 6-tägige Kongreß bestimmt und beherrscht von der Politik und den Vorstellungen dieser Gewerkschaftsführer. „Wirtschaftsdemokratie“ und Antikommunismus standen

im Mittelpunkt (vergleiche dazu den Artikel im AK 49).

Wir werden uns in diesem Artikel auch ausführlich mit der D'K'P und ihrer Berichterstattung zum Kongreß und ihrer Zeitung „UZ“ auseinandersetzen. So wie der Kongreß der Tiefpunkt in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung in der IG Metall war, so war auch die Berichterstattung der DKP der Tiefpunkt (oder auch trauriger Höhepunkt) revisionistischer Gewerkschaftspolitik, an deren Talsohle totale Anpassung, Speichelleckerei, Denunziantentum und offener Antikommunismus zutage traten.

In einem Punkt war sich die bürgerliche Presse bei der Beurteilung des Kongresses einig: es hat noch nie einen so ruhigen, „harmonischen“ Gewerkschaftstag der IGM gegeben wie in diesem Jahr.

Tatsächlich waren die zentralen Punkte der Auseinandersetzung der letzten Jahre in der Mitgliedschaft der IG Metall auf dem Gewerkschaftstag fast ausschließlich nur als Meinung des Vorstands vertreten! „Vergessen“ anscheinend die spontanen Streiks des letzten Jahres, in denen mehr als 100 000 Metallarbeiter auf eigene Faust Tarifpolitik machten und in denen massive Kritik am gewerkschaftspolitischen Kurs der IGM-Führer geübt wurde. „Vergessen“ anscheinend auch die Auseinandersetzungen um die innergewerkschaftliche Demokratie, gegen die Zentralgewalt des Vorstands. „Vergessen“ auch die Auseinandersetzung um die Vertrauensleutearbeit als ein entscheidendes Fundament gewerkschaftlicher Arbeit usw.

Stattdessen „Harmonie“ der Mitgliedschaft mit dem Vorstand (wie Eugen Loderer sich in einem Fernsehinterview nach dem Kongreß ausdrückte), die Beweis sei für die große Solidarität in dieser Organisation, bei aller Kritik und Härte der Auseinandersetzung usw.

Der Kongreß hat bewiesen: der Apparat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist ausgezeichnet intakt. Eine ausgeklügelte Satzung, eine Vielzahl von Gremien zur Auswahl und Festigung „zuverlässiger“ Leute und vor allem die totale Ausschaltung der Mitgliedschaft bei allen Entscheidungen, und stattdessen ein Delegierungsprinzip auf allen Ebenen (oberste Delegierte sind die Handvoll Gewerkschaftsbosse selber) garantieren das Ausschalten oppositioneller Strömungen. (Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ vom 23.9.74 bekannten sich von den Delegierten 406 zur SPD, sechs zur CDU und zehn zur DKP.)

Der Tiefpunkt innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, wie er auf diesem Kongreß deutlich wurde, ereignet sich zu einer Zeit, in der die Auseinandersetzung um eine Klassenpolitik der Gewerkschaften in der Mitgliedschaft einen Aufschwung nahm. Ein Beweis für die Rücksichtslosigkeit, mit der die Gewerkschaftsführer vorgehen, die Gewerkschaftsmitglieder auszuschalten und die eigenen Vorstellungen durchzusetzen.

Zur Eröffnung des 11. IGM - Kongresses

Schauturnen der „Prominenz“

„Selbst erfahrene Kongreßexperten werden sich kaum an einen so glanzvollen Auftakt einer Gewerkschaftsversammlung erinnern können.“

Es war ein Nachmittag „angestrahlt von intellektueller Brillanz.“ – ja, der Schreiberling der großbürgerlichen „FAZ“ vergeht fast vor Verückung in seiner Berichterstattung vom 1. Tag des 11. IGM - Kongresses in Hannover („FAZ“; 17.9.74).

„Diese Gala-Vorstellung verdankt die IG Metall den beiden Hauptdarstellern: dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär der CDU (Biedenkopf)“ (ebenda)

Und wahrlich, Helmut Schmidt hatte eine „Sternstunde“: „Er doziert, er übertreibt, er macht lächerlich und plötzlich der Ruf des Fürsten: Wehe Euch! Und das Volk (?) im Saal spendet Ovationen, ist plötzlich erschreckt und knurrt und ist schon wieder von der nächsten Pointe eingefangen“ (ebenda).

Es kann einen richtigen „Gewerkschafter“ von der legitimen Sorte der meisten Kongreßdelegierten schon vor Begeisterung vom Platz reißen, wenn Schmidt von der „Sinnlosigkeit der Lohnerhöhungen, die die Preise treiben“ („FAZ“; 17.9.74) spricht, von „notwendigen Strukturanpassungen“ (gemeint ist die verschärfte Rationalisierung), und von dergleichen, wenn er insge-

samt eine „Mahnung zur Einschränkung, zum Zurückstecken, mehr als deutlich“ („FAZ“; 17.9.74) vom Stapel läßt, oder etwa nicht?

Nach Schmidt sprach Biedenkopf (CDU). Das war der 2. „Höhepunkt“ des ersten Tages, „wie Paprika in einer Schleimsuppe für Magenranke“ („FAZ“; 17.9.74). Zunächst einmal müsse in einer Gewerkschaft „Chancengleichheit für alle Parteien“ bestehen, aber das bedeutet nicht etwa „politische Abstinenz...“, es ist eine Frage des Maßstabes. In der Tat, die 48 ohne und 18 mit Verfahren ausgeschlossenen Mitglieder seit April 1974 bestätigen das. („Welt“; 16.9.74). Ferner gab Biedenkopf „zu bedenken“, „daß die Freiheit der Tarifautonomie politisch auf die Dauer nicht zu erhalten sei, wenn nicht eine Kontrolle durch die Öffentlichkeit gewährleistet werde (!!)“ („Welt“; 16.9.74).

Die kleinen und mittleren Frechheiten Biedenkopfs seien hier gar nicht erst erwähnt.

Wer sich nun fragt, was solche Provokateure auf dem Kongreß einer Arbeiterorganisation verloren haben, wer das wie wir für Verschwendung von Zeit hält, die anschließend in der Diskussion um die Anträge fehlt, der wird in dem Bestreben der Gewerkschaftsführung mit Kapital und bürgerlichem Staat weiterhin in der „Konzertierten Aktion“ so „nutzbar“ zusammenzuarbeiten schon eine kleine Antwort finden. Zu einer solchen Politik paßt es eben, die Repräsentanten des Staates auf Gewerkschaftskongressen zu Wort kommen zu lassen.

Investitionskontrolle — ein alter sozialdemokratischer Schmarrn

Auf dem Kongreß wurden folgende Forderungen verabschiedet:

Investitionskontrolle (Demokratisierung der Wirtschaft), volle paritätische Mitbestimmung, Preiskontrolle durch das Bundeskartellamt, Kontrolle multinationaler Konzerne, gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung durch paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte.

Kernpunkt der Diskussion war die erstmals von der IG Metall-Führung (bisher lehnte die IG Metall dies übrigens in Abgrenzung zur IG Chemie ab!) formulierte Forderung nach Investitionskontrolle. Danach sollen in Zukunft große Investitionen melde- und begrenzt genehmigungspflichtig sein. Die Investitionszentrale soll nach IGM-Vorstellungen staatlich sein. Loderer schlug das Bundeswirtschaftsministerium als „sachlich kompetente“ Stelle hierfür vor.

Die Investitionskontrolle ist nach der Theorie der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein Mittel, die Anarchie der Produktion im Kapitalismus durch begrenztes zentrales Gegensteuern zu überwinden. „Zielbegründungen in dieser Debatte (gemeint ist die Debatte um Investitionskontrollen) waren (a) die Vermeidung unternehmerischer Fehlentscheidungen durch zentrale, planmäßige Koordination und (b) die stärkere Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse.“ (1) „Vor allem dienen sie der langfristigen Regelung sonst unüberbrückbarer Konflikte zwischen unabweislichen gesellschaftlichen Ansprüchen und privatwirtschaftlicher Gewinnorientierung“, so formulierte es der IGM-Vorstand (2).

Man will also einen Kompromiß herstellen zwischen dem Profitstreben der Kapitalisten und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse. Da der einzelne Unternehmer dies aber nicht erreichen kann, soll in Zukunft der Staat bei größeren Investitionen der Kapitalisten „lenken“, unter Berücksichtigung, so Loderer, der „Struktur-, Konjunktur- und Reformpolitik“ (3).

Die Gewerkschaftsführer verwahren sich aber dagegen, sie würden hierbei das Privateigentum oder das „freie Unternehmertum“ angreifen. Loderer: „Unternehmerinitiative und Wettbewerb bleiben erhalten, sie werden lediglich in die richtigen Bahnen gelenkt.“ (4)

Statt Klassenkampf predigen die Gewerkschaftsführer die „Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen“ (Loderer) (5).

Die hier großartig propagierten Vorstellungen sind durchaus nicht neu. Bereits 1928 hatte Fritz Naphtali, führender Theoretiker der „Wirtschaftsdemokratie“, auf dem 13. Kongreß des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) diese zum Programm des ADGB er-

hoben. „Die Spitzenkörperschaften der Gewerkschaften hielten es ernsthaft für möglich, im Rahmen der Weimarer Republik zu erreichen, daß die beiden wirtschaftlichen Faktoren, Kapital und Arbeit, ebenbürtig und gleichberechtigt auftreten, vom Betrieb bis zum Reichswirtschaftsrat.“ (6) Die Parallele zur Forderung der DGB-Gewerkschaften nach paritätischer (gleichberechtigter) Mitbestimmung im Betrieb und zur IGM-Forderung nach „gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung“ ist offensichtlich.

„In paritätisch zusammengesetzten wirtschaftlichen Körperschaften sollte Übereinstimmung über eine gemeinsame Wirtschaftspolitik erreicht werden.“ (7) Vergleiche dazu die Forderung der IGM nach paritätisch besetzten Wirtschafts- und Sozialräten. „Aufbau neuer demokratischer Wirtschaftsformen. Kontrolle der Monopole unter Mitwirkung der Gewerkschaften.“ (8) Vergleiche dazu: Kontrolle multinationaler Unternehmen, Preiskontrolle, Investitionskontrolle.

„Der kapitalistische Staat sollte durch seine Organe Gegensätze ausgleichen und auf diese Weise einer neuen Ära der friedlichen Entwicklung und der Klassenharmonie statt des Klassenkampfes, der Weg geebnet werden.“ (9)

Dieselbe Rolle ordnet Loderer dem bürgerlichen Staat in der BRD zu. Die Investitionsmeldezentrale soll danach Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums sein. In seinem Grundsatzreferat definierte Loderer die Stellung der Gewerkschaftsführer zum bürgerlichen Staat: „Man darf den Staat nicht als Agenten einer herrschenden Klasse ansehen“ und „die parlamentarische Demokratie ist das beste aller Gesellschaftsmodelle“. Bereits heute akzeptieren die Gewerkschaftsführer in der „Konzertierten Aktion“ die Vertreter der Bundesregierung als „Vermittler zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“.

Einiges muß noch zu den Folgen der Politik der „Wirtschaftsdemokratie“ Ende der zwanziger Jahre gesagt werden. Nur ein Jahr nachdem Naphtali sein Referat auf dem ADBG-Kongreß hielt, setzte die große Wirtschaftskrise ein. Die Arbeitslosigkeit stieg bis 1932 über 40 %; 22,6 % der Arbeiter mußten kurzarbeiten, der Reallohn sank bis 1932 auf die Hälfte des Stands von 1924.

Die Verelendung der Arbeiterklasse schritt rapide voran, ein großer Teil der Löhne lag unter dem Existenzminimum (10). Daran waren natürlich nicht die Gewerkschaftsführer schuld, sondern die Raubgier und brutale Ausbeutung der Kapitalisten. Genau diese Politik erforderte aber den entschlossenen Kampf und den organisierten Widerstand der Arbeiterklasse. Den aber behinderte die ADGB-Führung mit ihrer „Wirtschaftsdemokratie“ und dem Predigen der „Klassenharmonie“.

Streikten in den Jahren 1919 bis 1924 noch 3,4 Millionen Arbeiter pro Jahr, so sank diese Zahl 1929

auf 220 000 und ging 1932 sogar auf 130 000 zurück. (11)

Eine wesentliche Folge einer Politik, die den gewerkschaftlichen Kampf zugunsten von Verhandlungen auf höchster Ebene mit den Kapitalisten opferte. Es ist eines der Merkmale der Politik der „Wirtschaftsdemokratie“, daß die Mitglieder aus dieser Politik herausgehalten werden, was sich auch im inneren Zustand der Gewerkschaften widerspiegelt.

Zunehmende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau des Reallohns und die wachsende Schwierigkeit, konkrete Verbesserungen für die Mitglieder zu erreichen, haben das Wiederaufflammen „wirtschaftsdemokratischer“ Theorien begünstigt. Gerade in einer Situation, wo sich die Klassenauseinandersetzungen verschärfen, wo sich die materielle Lage der Arbeiterklasse verschlechtert, ist es notwendig, alle Versuche, die Arbeiterklasse zu entzweifeln, energisch zu bekämpfen.

1861 betrugen die Ausgaben für Streiks noch 66 % der Gesamtausgaben der Gewerkschaften. 1925 waren es nur noch 23 %.

1929 nur noch 6,5 %.

1974 gab die IG Metall weniger als 5 % ihrer Ausgaben für Streiks aus.

Ein Drittel der Gesamtausgaben der IG Metall waren Ausgaben für die Arbeit des Vorstands!!!

IGM bleibt in der „Konzertierten Aktion“!

Sechs Anträge lagen dem Gewerkschaftstag vor, in denen der Austritt der Gewerkschaften aus der „Konzertierten Aktion“ gefordert wurde, da sie „von den Unternehmern als Mittel verwendet worden (ist), zu versuchen, die gewerkschaftliche Tarifpolitik durch Orientierungsdaten, Lohnleitlinien, Empfehlungen und einseitige Wirtschaftsprognosen einzuengen“ (Antrag 123 aus Köln).

Die in der Vergangenheit immer wieder heftig kritisierte Mitarbeit der Gewerkschaftsführer in der „Konzertierten Aktion“ wurde von diesen mit den absurdesten Argumenten verteidigt. Kostproben hiervon bot Eugen Loderer, als er in der Debatte um diese Anträge sich „mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit“ gegen diese Anträge einsetzte. Die „Konzertierte Aktion“ sei „lediglich als unverbindlicher Gesprächskreis zur Erörterung allgemeiner wirtschaftspolitischer Probleme“ zu betrachten. Von größter Bedeutung sei es, „Informationen zu erhalten und den Standpunkt der Organisation klarzumachen“.

Unsinniger kann man kaum noch argumentieren. Die einzige Information, die sich die Gewerkschaftsführer in der „Konzertierten Aktion“

holen und holen können, ist die darüber, was sie nach Ansicht der Kapitalisten und der Regierung zu tun haben. Alles andere, Zahlen, Daten usw. kann man aus jeder „guten“ bürgerlichen Wirtschaftszeitung wesentlich besser und ausführlicher erfahren. Und den Standpunkt der Organisation kann man allerdings auf jede andere Weise besser klar machen, z.B. durch klar formulierte Forderungen und Kampfmaßnahmen an die Adresse der Unternehmer und der Regierung und nicht durch unverbindliche Gespräche.

Den ganzen Unsinn versuchte Loderer sogar noch „kämpferisch“ zu umhüllen. Die Gewerkschaften müßten „sogar für Mißklänge in diesem Konzert sorgen“, und es sei ihre Aufgabe, sich der „unternehmerischen Agitation überall dort zu stellen, wo diese Kräfte im Trüben fischen“.

Bei der Besetzung des Gewerkschaftstages war es nicht schwer, diesen Unsinn auch noch absegnen zu lassen. Über 400 Delegierte stimmten für die Mitarbeit in der „Konzertierten“ Aktion, nur etwa 75 dagegen.

Gerade die jüngste Sitzung der „Konzertierten Aktion“ am 24.9. in der die Gewerkschaftsführer ihre Befriedigung in Übereinstimmung mit den Kapitalisten über die Lohnleitlinien der Regierung äußerten, hat noch einmal deutlich gemacht, daß die Forderung „Gewerkschaften raus aus der konzertierten Aktion“ eine aktuelle Kampfforderung für alle fortschrittlichen Gewerkschafter ist, die es besonders in den kommenden Tarifrunden zu vertreten gilt.

Mit den Ausschlußparagrafen ist die Vorstandswillkür perfekt!

Einmalig in ihrer Grenzenlosigkeit dürften die neuen Ausschlußparagrafen in der IGM-Satzung sein. Auch diese wurden mit eindeutiger Mehrheit (genaues Abstimmungser-

gebnis ist uns noch nicht bekannt) von den Delegierten verabschiedet.

Loderer selbst ließ es sich nicht nehmen, zur Hexenjagd gegen alles, was links ist, zu blasen. Er konnte sich in dieser Frage auf die einmütige Unterstützung durch die bürgerliche Presse verlassen, die genüßlich zu berichten wußte „Die IG Metall nimmt den Kampf gegen den Linksextremismus auf“ (stellvertretend für viele: Schlagzeile des „Handelsblatt“ vom 16.9.). Dabei wird mit allen Mitteln der Demagogie gearbeitet: Wegen „Hetze gegen ehren- und hauptamtliche (man beachte die Reihenfolge!) Funktionäre . . . (die) systematisch verleumdet“ würden, sei die Satzungsweiterung notwendig. „Die persönliche Beleidigung, der politische Rufmord und das permanente Aufwiegeln gegen die gewerkschaftliche Arbeitnehmerorganisation sind die Norm“ (aus der angenommenen Entschließung des Vorstands).

So werden die politischen Auseinandersetzungen reduziert auf wüsten persönliches Geschimpfe, man gibt sich gar nicht einmal die Mühe, die Differenzen überhaupt zu benennen. Der Demagoge Loderer wußte in seiner Rede die Hetzjagd auf die Gewerkschaftslinken sogar noch mit „linken“ Sprüchen an den Mann zu bringen: „Gewerkschafter denken revolutionär und handeln evolutionär“ (dabei hat er wohl die Faust in der Tasche geballt) und: „Die Gewerkschaften sind nicht gewillt, wegen einer dubiosen Revolutionserwartung im nächsten Jahrhundert ihre berechtigten Ansprüche von heute und morgen zurückzustellen.“ Er hat von Helmut Schmidt gelernt, der in ähnlicher Weise gegen die „Theoretiker“ zu Felde zog.

Im selben Atemzug wußte Loderer natürlich vom Kampf gegen beide Extreme, rechts wie links, zu berichten, um dann bekannt zu geben, daß seit April 1973 46 Mitglieder ohne Verfahren und 18 mit Verfahren aus

der IGM ausgeschlossen wurden. Alles Linke natürlich!

Mit der neu verabschiedeten Satzung können die Gewerkschaftsführer in Zukunft Mitglieder wegen „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ oder dessen „Unterstützung“ (vgl. AK 49) ohne Verfahren ausschließen. Die Entscheidung darüber hat der IGM-Vorstand, der diese Satzungsparagrafen als „lebenswichtiges Kernstück der organisatorischen Integrität“ (13) bezeichnete. Auch bei diesem Antrag scheuten sich die Herren Gewerkschaftsführer nicht vor offenem Zynismus zurück: „Die Auseinandersetzung mit Extremisten muß unter strikter Wahrung der Rechtsstaatlichkeit erfolgen“ (14), heißt es in einer Entschließung hierzu. Der Ausschluß ohne Verfahren soll nur dann erfolgen, wenn „Gewerkschaftsschädigung nachgewiesen“ ist.

Der Witz an der Sache ist nun, daß ein Verfahren für den Nachweis gar nicht vorgesehen und eine Beweispflicht nicht erforderlich ist. Die „strikte Rechtsstaatlichkeit“ besteht also darin, daß der Vorstand und nur der! darüber entscheidet und sich selber „kontrolliert“.

Die Vorstandswillkür hat damit ihre perfekte Legitimation!

Diese neue IGM-Satzung muß von uns entschieden bekämpft werden! Sie ist der Gipfel des Versuchs der Gewerkschaftsführer, die Demokratie in den Gewerkschaften völlig auszuschalten.

Fortschrittliche Anträge wurden abgelehnt!

Zu den Fragen gewerkschaftlicher Politik, die unter den Mitgliedern im Vordergrund der Auseinandersetzung stehen – Tarifpolitik, Vertrauensleitarbeit – fanden auf dem Gewerkschaftstag kaum Auseinandersetzungen statt. Die auf dem 10.



Gewerkschaftstag „Stargast“ Schmidt, umrahmt vom 1. Vorsitzenden der IGM, Eugen Loderer (rechts) und 2. Vorsitzenden, Hans Moyr (hier links, sonst auch rechts)

Gewerkschaftstag in Wiesbaden noch im Mittelpunkt stehende Vertrauensleutearbeit, Satzungsrechte für Vertrauensleute etc. war trotz einiger Anträge in diese Richtung nicht Gegenstand der Diskussion auf diesem Gewerkschaftstag!

Die Tarifpolitik, heftig kritisiert und in einer Vielzahl von Anträgen zur Veränderung behandelt (vergl. AK 49) gipfelte in einer der üblichen Entschlüsse des Vorstands mit viel Blah, blah und möglichst keinen konkreten Aussagen. Mehr Einkommen will man erreichen, sechs Wochen Urlaub, einen 13. Monatslohn, mehr Weihnachtsgeld, „Humanisierung der Arbeit“ etc. Konkrete Anträge zur Tarifpolitik wurden mit Mehrheit abgelehnt, obwohl der Vorstand hierbei die meisten Gegenstimmen einstecken mußte:

- Mit 260 gegen 212 Stimmen wurde ein Antrag nach einem Mindesteinkommen in Tarifverträgen abgelehnt und an den Papierkorb des Vorstands als „Material“ überwiesen,
- mit 287 gegen 200 Stimmen wurde ein Antrag, daß Lehrlinge fortan „ihren Lebensunterhalt unabhängig von Dritten bestreiten“ können, abgelehnt,
- mit klarer Mehrheit wurde ein Antrag, die Grenze bei Urabstimmungen von 75% auf 66 2/3% zu senken, abgelehnt, nachdem Hans Mayr persönlich erklärte, daß es dem Vorstand mit der 75%-Grenze doch nicht darum ginge, Streiks zu verhindern, sondern gerade erfolgreiche Streiks durchzuführen.

Machen wir die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse

Der Gewerkschaftstag der wichtigsten Industriegewerkschaft in der BRD hat noch einmal die sozialdemokratische Beherrschung und Versumpfung der Gewerkschaften deutlich gemacht. Nicht die Probleme der Kollegen, nicht die Interessenvertretung der Arbeiterklasse liegt diesen Gewerkschaftsführern am Herzen, sondern die Bindung der Arbeiterklasse an das kapitalistische System, die Zementierung der herrschenden Zustände und ihre eigene Existenzabsicherung als Gewerkschaftsführer.

Unsere Aufgabe ist es, die Beschlüsse dieses Gewerkschaftstages zu diskutieren und in der Mitgliedschaft für die Ablehnung der anti-kommunistischen und gewerkschaftsfeindlichen Maßnahmen zu agitieren. Eine zentrale Bedeutung kommt der Aufklärung über die Hintergründe und Inhalte der reformistischen Theorie der Wirtschaftsdemokratie zu, mit der die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abgehalten werden soll.

Die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen, kann allerdings nicht heißen, dafür zu werben, den gewerkschaftlichen Apparat zu übernehmen. Dieser Apparat, das hat der IGM-

Gewerkschaftstag eindeutig gezeigt, ist ein Apparat von Agenten der Bourgeoisie zur Fesselung und Knebelung der Arbeiterklasse. Wir müssen vielmehr in der politischen Auseinandersetzung und in Abgrenzung zu den Reformisten und Revisionisten eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften propagieren. Der Kampf muß um die Mitglieder-massen in den Gewerkschaften geführt werden.

DKP und Gewerkschaftstag – Pfui Teufel !!

Die DKP will bekanntlich eine Alternative zu den bürgerlichen Parteien sein und empfiehlt sich als die „einzige Partei“, die Politik für die Arbeiterklasse macht. In den Gewerkschaften versucht sie, die fehlende Massenbasis der Kommunisten durch Anbiederung an die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und strengsten „Gewerkschaftslegalismus“ (d.h. das Akzeptieren der bestehenden Machtverhältnisse in den Gewerkschaften) zu erschleichen. Im Stile bürgerlicher Politiker wird auf kommunistische Massenarbeit verzichtet, ja selbst der Revisionismus wird in den Gewerkschaften abgelegt; stattdessen versucht man, Ämter, Posten und Funktionen zu erhaschen. Und das geht in den bestehenden Gewerkschaften am einfachsten, indem man sich bemüht, sozialdemokratischer als die Sozialdemokraten zu sein. Den Gipfel derartiger Politik bot die DKP mit ihrer Berichterstattung zum 11. IGM-Gewerkschaftstag.

Die Berichterstattung beschränkte sich in der Regel auf eine Wiedergabe des Verlaufs. Eine Kommentierung der Inhalte oder gar Kritik gab's in der „UZ“ kam. Allerdings bediente sich die „UZ“ der Methoden des bürgerlichen Journalismus: Es wurden in der Berichterstattung bestimmte, nicht ins eigene Bild passende Dinge einfach weggelassen, ander, für die Gesamtbeurteilung und den Ablauf des Kongresses unbedeutende Ereignisse fanden sich in den Schlagzeilen der „UZ“ wieder.

So erschien beispielsweise am 18.9. ein Artikel mit der Schlagzeile: „Konzertierte Aktion hat Arbeitern nichts gebracht“, in dem ein Delegierter, der dies vertrat, zitiert wurde. Dieselbe „Konzertierte Aktion“ war am 19.9. aus der Schlagzeile verschwunden, denn tags zuvor war der Antrag, aus der „Konzertierte Aktion“ auszutreten, mit eindeutiger Mehrheit abgelehnt worden. Kritik daran wurde nicht geübt, stattdessen berichtete man von einer „Kampfabstimmung“ in dieser Frage (75 der über 500 Delegierten waren gegen die „Konzertierte“).

Ein weiterer Trick der „UZ“: In der Ausgabe vom 18.9. wurde ein Redner zitiert, der kritisiert hatte, daß in einer Entschlußung zum „einheitlichen Kampf der europäischen Gewerkschaften gegen die multinationalen Konzerne“ die Ge-

werkschaften der revisionistischen Länder von dieser Einheit ausgenommen würden. Der Redner machte dann den tollkühnen Versuch, diese Passage der Entschlußung als Widerspruch zu Aussagen Loderers zu konstruieren. In der „UZ“ las sich das so: Der Kollege „wandte sich . . . gegen bestimmte Passagen der Entschlußung . . . die unter Mißachtung der Feststellung Eugen Loderers dem „einheitlichen Kampf der europäischen Gewerkschaften“ entgegenstehen“. Hier wird Loderer einfach etwas in den Mund gelegt, was er wahrhaftig nicht vertritt. Die „UZ“ verschweigt, daß es gerade die DGB-Gewerkschaften sind, die im IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) mit massivem Antikommunismus versuchen, alle linken Gewerkschaften rauszuhalten – zuletzt ist die revisionistische italienische Gewerkschaft CGIL gegen den massiven Widerstand des DGB in den IBFG aufgenommen worden.

Auf dem Gewerkschaftstag wurde auch eine Entschlußung verabschiedet, in der die DDR (!) scharf angegriffen wurde, da sie die „Verbesserung der Beziehungen“ zur BRD durch ihre „ständigen Abgrenzungsversuche“ behindere. Offensichtlich fand die „UZ“ keinen Dreh, wie sie dies als fortschrittlich hinstellen konnte. Sie verschwieg diesen Passus einfach.

Speichelleckerei

Zu Beginn des Kongresses verschickte die DKP ein Grußschreiben an die Delegierten. „Jeder . . . Fortschritt . . . (kann) nur im Kampf gegen die sozial-reaktionären Kräfte (? ?) des Großkapitals durchgesetzt werden“ („UZ“ 16.9.), hieß es da, wobei man sich schon in der Sprache bemühte, so unkommunistisch wie möglich zu sein.

Die Berichterstattung schloß die „UZ“ mit einem Bild Eugen Loderers, der Bekanntgabe seiner Wiederwahl und folgendem Satz ab: „Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, wünscht Eugen Loderer und den übrigen gewählten Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands der IGM viel Erfolg bei der Interessenvertretung aller in der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten“ (23.9.).

Derartige plumpe Anbiederungsversuche gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern waren keine Seltenheit. Der IGM-Führer Benz z.B. wird in der Ausgabe vom 19.9. als ganz harter Kämpfer hingestellt: „Der Kollege Georg Benz . . . hatte schon darauf hingewiesen, daß auch das . . . Betriebsverfassungsgesetz die Basis der kapitalistischen Wirtschaft . . . nicht erschüttert oder auch nur in Frage gestellt hat“. Solche Aussage steht unter völliger Verleugnung der Tatsache, daß gerade die Gewerkschaftsführer mit Zähnen und Klauen einen Kampf gegen das reaktionäre BVG verhindert haben. Und daß sich an



Volksschauspieler Willy Brandt, auf dem IGM - Gewerkschaftstag heiß bejubelt

dieser Einstellung auch heute nichts geändert hat, zeigt der folgende Satz aus der „UZ“ vom 20.9.: „In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird auf ‚zahlreiche gesetzestechnische Mängel und Lücken‘ (im BVG) hingewiesen“.

Solche widersprüchlichen Aussagen veröffentlichen die Journalisten der „UZ“ an zwei aufeinanderfolgenden Tagen. Ganz offensichtlich will man die Leser der Zeitung für dumm verkaufen.

Antikommunismus und Denunziantentum

Da war noch die Auseinandersetzung um die „Gewerkschaftsfeinde“ und die Ausschußparagrafen in der Satzung. Schon vor Beginn des Kongresses zitierte die „UZ“ Äußerungen von Gewerkschaftsführern, in denen diese betonten, daß die DKP nicht gemeint sei („UZ“ vom 10.9.: „IG Metall strebt normales Verhältnis zur DKP an“, und „UZ“ vom 13.9.).

Das Vorgehen der Gewerkschaftsführer gegen Kommunisten und linke Gewerkschafter steht für die Revisionisten gar nicht zur Debatte, im Gegenteil, sie zitieren immer wieder ausführlich die Herren Gewerkschaftsführer gegen „gegnerische Organisationen“, sie billigen und unterstützen dieses Vorgehen. Diesen jämmerlichen Opportunisten flattert nur die Hose bei dem Gedanken daran, ihre eigene Organisation könnte hiervon betroffen sein, wohlwissend, daß der Ausschußterror sich nicht gegen irgendwelche „Chaoten“, sondern gegen die Gewerkschaftslinken richtet.

Die Verabschiedung der antikommunistischen Entschließung und Satzungsparagrafen kommentierte die „UZ“ in ihrer Ausgabe vom 21.9., unter der Zwischenüberschrift „Loderer: Kommunisten haben ihren Platz“ (schon die Überschrift lügt, denn er sagte nämlich, die „DKP hat ihren Platz“), folgenden Abschnitt, den wir ganz zitieren:

„Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag bekräftigte den Beschluß des Beirats der IG Metall zur Tätigkeit gewerkschaftlicher Kräfte.“

Mit Nachdruck und von Beifall unterbrochen, stellte der Vorsitzende der IG Metall fest, daß sich der zur Debatte stehende Beschluß nicht gegen die in den Gewerkschaften tätigen Mitglieder der DKP richtet, sondern daß die DKP genauso wie die anderen Parteien in dieser Einheitsgewerkschaft IG Metall ihren Platz hat“.

Das letzte Zitat Loderers veröffentlichte die „UZ“ zur Beruhigung ihrer Mitglieder allein dreimal in den letzten zwei Wochen.

Die üble, antikommunistische Art, in der sich diese Partei mit so zentralen Fragen innergewerkschaftlicher Demokratie beschäftigt, wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die DKP-Kampagne gegen die Berufsverbote. Ähnlich wie bei der „Extremistenjagd“ in den Gewerkschaften, orientiert die DKP ihren Kampf gegen die Berufsverbote darauf, daß im Grunde genommen alles nur ein Mißverständnis sei, schließlich stünde die DKP doch auf dem Boden des Grundgesetzes. In der Berichterstattung über die Berufsverbote beschränkt die DKP sich darauf, allein ihre von den Verboten betroffenen Mitglieder als

Opfer derartiger Angriffe darzustellen. Daß darüberhinaus zahlreiche Kommunisten und Demokraten betroffen sind, wird verschwiegen. Es geht den Revisionisten in diesen Fragen nicht um die Sache, es geht ihnen nicht darum, Extremistenerlasse, Berufsverbote etc. als Mittel kapitalistischer Politik zu bekämpfen, sondern sie wollen ihren Verein reinwaschen und sich selber schützen.

In diesem Licht gewinnt die oft strapazierte Parole „Macht die DKP stark“ überhaupt erst ihre wahre Bedeutung: Stärkung der DKP, Stärkung des revisionistischen Einflusses in der Arbeiterklasse, bedeutet Stärkung des Opportunismus und Schwächung einer wirklich revolutionären Politik.

Metall-Komitee KG/Gruppe Hamburg

Quellen:

- 1) Albert Schunk, Wirtschaftsabteilung des IGM-Vorstands, „Investitionslenkung und Gewerkschaftspolitik“, in WSI-Mitteilungen 8/74
- 2) „Welt der Arbeit“ vom 20.9.74
- 3) „Handelsblatt“ vom 10.9.74
- 4) dito
- 5) dito
- 6) Karl Fugger, „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ Berlin 1949
- 7) dito
- 8) Hannes Heer, „Burgfrieden oder Klassenkampf“, Neuwied 1971
- 9) Fugger ...
- 10) Jürgen Kuczynski, „Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33“, Berlin 1966
- 11) dito
- 12) „Welt der Arbeit“ vom 13.9.74
- 13) dito
- 14) „Neue Hannoversche Presse“ vom 21.9.

KRITIK AN DER DURCHFÜHRUNG DER HAMBURGER CHILE-VERANSTALTUNG

Nach der Chile-Veranstaltung am 13.9. im Audi-Max hatte ich eine Diskussion mit Sympathisanten und einem Kollegen. Sie fanden die drei Hauptreferate sehr gut, kritisierten jedoch die anschließende Diskussion. Sie warfen den anwesenden KB-Genossen vor, daß die Redner der anderen Organisationen nicht ihre Standpunkte formulieren, bzw. daß sie nicht ausreden konnten. Sie selbst hätten oft gar nicht verstanden, worum es eigentlich ginge, da die Beiträge der KPD/AO und des KBW in Protestrufen untergingen.

Vor allem kritisierten sie, daß die Protestrufe schon begannen, wenn der Redner zur Bühne ging, ohne überhaupt einen Ton gesagt zu haben.

Ähnlich lautete auch die Kritik von Kollegen, mit denen ich die 1. Mai-Veranstaltung und die Brescia-Veranstaltung besucht habe.

Meiner Meinung nach ist diese Kritik gerechtfertigt. Sicher ist es wichtig, auf Provokationen, wie sie der KBW auf der Chile-Veranstaltung gebracht hat, mit Protestrufen und – wenn es sein muß – auch mit Wortentzug zu reagieren. Es geht aber in dem Moment zu weit, wo ein Genosse für sein „Nun halt mal die Fresse!“ zum KBWler mehr Beifall bekommt, als für seine inhaltliche Kritik an der Politik des KBW.

Kollegen und Sympathisanten, die ohnehin Schwierigkeiten haben, die Differenzen innerhalb der kommunistischen Bewegung zu erkennen, gehen verwirrt und teilweise sogar in der üblen von der Presse so häufig verbreiteten Hetze: „Die Linken bekämpfen sich selber stärker als die Unternehmer!“ bestärkt nach Hause. Ich habe öfter sehr ausführliche Diskussionen mit den Kollegen führen müssen, um diesen Eindruck zu nichte zu machen.

Meiner Meinung nach entlarven sich die Opportunisten durch ihre Beiträge oft besser als durch Protestrufe der Genossen, was besonders an der Stellungnahme des KBWlers zur Einladung der JU zur Chile-Solidarität deutlich wurde. Ich fand die scharfe inhaltliche Kritik des Genossen, der den KBWler zur Stellungnahme aufforderte, sehr gut, denn sie hat den Kollegen den Gegensatz zwischen dem heuchlersichen Gerede und der Praxis des KBW in der Chile-Solidarität sehr deutlich vor Augen geführt.

Ein anderer Kritikpunkt wurde von den Kollegen noch erwähnt, den ich ebenfalls unterstütze.

Die Diskussion beschäftigte sich ausschließlich mit den Differenzen innerhalb der linken und kommunistischen Bewegung in Westdeutschland.

Was dadurch in den Hintergrund rückte, waren so wichtige Fragen wie: Warum unterstützen wir den MIR und welche Differenzen gibt es in der chilenischen Arbeiterbewegung? Wie sieht es mit der Chile-Solidarität in den Betrieben aus? Was für Aktivitäten sind bisher gemacht worden und was kann man beim derzeitigen Bewußtseinsstand der Kollegen für Reaktionen erwarten?

Wie hat sich bisher die Gewerkschaftsführung gegenüber der Chile-Solidarität verhalten?

Auch die Frage des Parteaufbaus wäre in dieser Veranstaltung ein wichtiger Punkt gewesen, den man ausführlicher hätte ansprechen müssen.

Meiner Meinung nach ist es wichtig, sich mit den opportunistischen Strömungen innerhalb der Linken scharf auseinanderzusetzen, aber die Gewichtung der Diskussion wird dann falsch, wenn man sich darauf beschränkt. Selbstkritisch muß ich jedoch sagen, daß auch ich diese Fragen nicht angesprochen habe, in der Erwartung, daß dies wohl kommen würde. Eine bessere Vorbereitung ist deshalb Voraussetzung für das Gelingen der Diskussion.

– Metall-Genosse –
KB/Gruppe Hamburg

Stellungnahme der Redaktion

Kritik daran, daß Redner vom KBW und „KPD“ auf KB-Veranstaltungen unterbrochen und gestört wurden, kam in Diskussionen auch von einigen anderen Genossen.

Die Redaktion stimmt zu, daß hier z.T. auf Veranstaltungen „des Guten zuviel“ getan wird. So wurde z.B. auf der Veranstaltung in Hamburg gegen den Entzug der staatlichen Förderung des RBJ die Rednerin des KBW nur noch ausgelacht – selbst

dann, wenn sie gar nichts Falsches gesagt hatte. Das sollte nicht sein.

In solchen „Störaktionen“ und Heiterkeitsbekundungen kommt zum Ausdruck, daß den Genossen die ewig gleichen Vorträge von KBW und „KPD“ bis zum Überdruß bekannt sind (die „KPD“ mit ihrem sektiererischen Überschwang; der KBW mit seinem hirnrissigen Versuch, den KB gleichzeitig von rechts und von „links“ zu überholen).

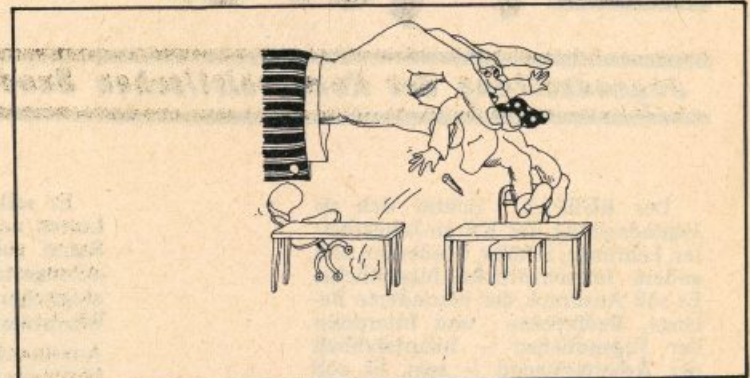
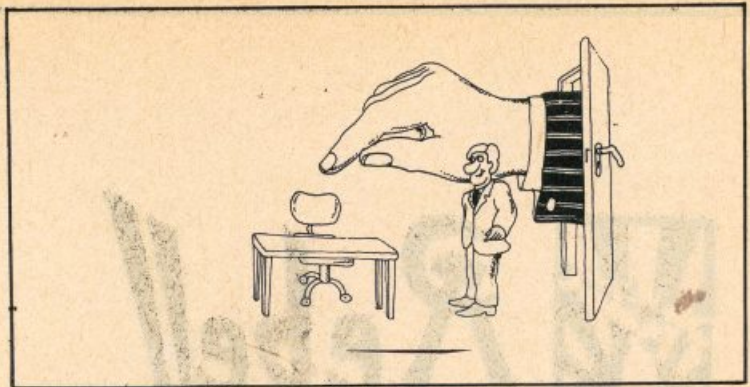
Besonders gegenüber dem KBW kommt die Empörung dazu, daß diese Leute sich nicht nur weigern, sich in ihren Veröffentlichungen mit dem KB auseinanderzusetzen, sondern daß sie im Gegenteil die wildsten Fälschungen und Verleumdungen in die Welt setzen. Diese Leute suchen natürlich auch auf unseren Veranstaltungen nicht urplötzlich die sachliche Auseinandersetzung, sondern nur das große Publikum, das eine KB-Veranstaltung ihnen nun einmal bietet, und wo man vielleicht noch auf die Schnelle eine überschwengliche Resolution „durchbringen“ kann (Spezialität der „KPD“).

Trotzdem hat der Genosse grundsätzlich Recht, daß das übermäßige Auslachen und Ausklatschen dieser Leute für Besucher unklar bleibt und abstoßend wirkt, die die Auseinandersetzung gar nicht kennen, also z.B. sympathisierende Kollegen und Menschen, die sich einfach einmal anhören wollen, was die Kommunisten zu sagen haben.

Auf der anderen Seite erscheint es uns nicht ganz konsequent, wenn der Genosse eine breite Palette wünschenswerter Diskussionsthemen hinbreitet, von den Differenzen innerhalb der chilenischen Arbeiterbewegung bis hin zum Parteaufbau in der BRD. Zum einen ist eine sinnvolle Diskussion mit dieser Themenbreite überhaupt nicht möglich, und zum anderen wird der Gang der „Diskussion“ naturgemäß gerade durch die „Auseinandersetzung“ mit den Rednern von „KPD“ und KBW erschwert – man erinnere sich nur daran, wie diese die Zypern-Veranstaltung zu einer Veranstaltung gegen den „Sozialimperialismus“ umfunktionierten – als ob diese Makarios gestürzt hätten. . .

Eine sinnvolle Diskussion hängt also nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, davon ab, „die anderen (KBW, „KPD“) ausreden“ zu lassen.

**Wenn es
nicht
so
kommen
soll . . .**



lies den



Arbeiterkampf

Zeitung des Kommunistischen Bundes



Abonnement

- ☐ für 6 Ausgaben
- ☐ für 12 Ausgaben
- ☐ Förderabo für 6 Ausgaben
- ☐ Förderabo für 12 Ausgaben

zu bestellen bei: 2 Hamburg 13
J. Reents Rutschbahn 35

erhältlich im:
Arbeiterbuch

DM 4,80
DM 9,60
ab DM 6,-
ab DM 12,-

2 Hamburg 13
Grindelhof 45



Rebell

Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes

Der REBELL richtet sich als Jugendzeitung des KB an Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler, Studenten und andere fortschrittliche Jugendliche. Er soll Ausdruck der besonderen Belange, Bedürfnisse und Interessen der Jugendlichen – hauptsächlich der Arbeiterjugend – sein. Er soll die Kämpfe der Jugendlichen möglichst eng verbinden mit dem Kampf der Arbeiterbewegung gegen Imperialismus, Kapitalismus und Faschismus für den Sozialismus. Er soll die Begeisterung der Jugendlichen auf das Ziel der sozialistischen Revolution lenken.

Er soll Spaß machen und seinen Lesern und Freunden möglichst viel Raum geben, die Zeitung selbst mitzugestalten. Und in politisch-ideologischer Hinsicht soll es keine Windstille geben, sondern eine aktive Auseinandersetzung mit allen Schattierungen des Opportunismus.

Kurz: Für uns gilt weiter die Devise, unter der der REBELL vor sechs Jahren erstmals erschien:

„Letzten Endes kann man all die Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Rebellion ist gerechtfertigt!“

(Mao Tse-tung)

Redaktion des REBELL

Abonnement

6 Ausgaben DM 4,80

12 Ausgaben DM 9,60

Förderabo

6 Ausgaben ab DM 6,-

12 Ausgaben ab DM 12,-

Der Rebell erscheint sechswöchentlich

Bestellungen an Verlag ARBEITERKAMPF
J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35



Impressum

Herausgeber:

Verlag ARBEITERKAMPF

J. Reents

2 Hamburg 13

Rutschbahn 35

verantw. Red.: K. Ehlers

Verlagsadresse

Druck: J. Schultze, Hamburg

Auflage: 4000

Oktober 1974

PREIS: 2,00 DM

die Internationale

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgewählt, daß sie unsere Meinung wiedergeben und unsere Politik bestätigen sollen, sondern wir wollen versuchen, ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu geben.

„die internationale“ erscheint sechswöchentlich

Abonnement

- ☐ für 6 Ausgaben DM 4,80
- ☐ für 12 Ausgaben DM 9,60
- ☐ Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6,-
- ☐ Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12,-

erhältl. im:

ARBEITERBUCH
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

zu bestellen über:

J. Reents
2 Hamburg 13
Ratschbahn 35



¡Proletarios de todos los países, uníos!
¡Proletarios, pueblos y naciones oprimidos del mundo entero, unámonos!



**MUNDO
OBRERO
ROJO**

ORGANO CENTRAL DEL PARTIDO COMUNISTA DE ESPAÑA (Internacional)



Kommunist

Teoretiskt organ för Förbundet KOMMUNIST NR 16 Pris 4 kr